

Privatisierung des Wassersektors in Europa

Reformbedarf oder Kapitalinteressen?

Wolfgang Lauber (Hrsg)

166



Wien, 2006
ISBN 3-7062-0091-0

Informationen zur Umweltpolitik
Nr 166

Privatisierung des Wassersektors in Europa

Reformbedarf oder Kapitalinteressen?

Wolfgang Lauber (Hrsg)



Zu beziehen bei: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel.: ++43 (0) 1 -501 65/ 2698
Fax: ++43 (0) 1 -501 65/ 2105
e-mail: christine.schwed@akwien.at
<http://wien.arbeiterkammer.at/www-3290.html>

Österreichischer Städtebund
1082 Wien, Rathaus
Tel.: ++43 (0) 1 4000/89980
Fax: ++43 (0) 1 4000/7135
e-mail: post@staedtebund.gv.at

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2006, by Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, 1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Medieninhaber, Herausgeber, Vervielfältiger: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1041 Wien. Die in den "Informationen zur Umweltpolitik" veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte wieder.

Vorwort

Im Frühjahr 2005 führten die Arbeiterkammer Wien und der Österreichische Städtebund eine Veranstaltung zur Privatisierung des Wassersektors in Europa durch, die vor allem den - zum Teil sehr unterschiedlichen - Erfahrungen in den Anrainerstaaten Österreichs gewidmet war. Zwar hat sich die Privatisierung in diesem Sektor bisher nicht so rasant entwickelt, wie es noch vor wenigen Jahren von ihren Befürwortern prophezeit worden ist. Das gilt nicht nur für Afrika und Lateinamerika, sondern auch für Europa. Allerdings findet der stellenweise feststellbare Rückzug großer Konzerne aus dem Wassergeschäft vor allem in armen Entwicklungsländern statt, wo die Armut der Bevölkerung die Gewinnaussichten der Konzerne einschränkt. Aber in vielen europäischen und internationalen politischen Institutionen wird, in Kooperation mit Wasserunternehmen und Finanzierungsinstitutionen, weiterhin Druck in Richtung verstärkter Privatisierung ausgeübt, nicht nur in und für Entwicklungsländer, sondern auch in Europa.

Der Anteil Privater bei der Wasserversorgung ist in Europa sehr unterschiedlich. In den „Frontstaaten“ der Wasserprivatisierung, Frankreich und Großbritannien, liegt er bei 80%, Tschechien liegt knapp darunter. In Südeuropa bei knapp über 30%, in den neuen Mitgliedstaaten im Schnitt noch unter 20%. Ein Drittel der Bevölkerung Europas aber entfällt auf jene klar identifizierbare Gruppe von Staaten in Nord- und Mitteleuropa, wo ein hohes Qualitätsniveau mit einem günstigen Preis/Leistungsverhältnis verbunden ist. Diese Staatengruppe, zu der auch Österreich gehört, weist ein ganz besonders niedriges Privatisierungsniveau auf, im Durchschnitt werden hier 8% der Bevölkerung von Privaten versorgt. Frägt man nach den Hintergründen für den Privatisierungsdruck auch in diesen Staaten, drängt sich die im Untertitel zur Veranstaltung gestellte Frage – Reformbedarf oder Kapitalinteressen? - auf.

Wie der vorliegende Band zeigt, der die überarbeiteten und ergänzten Beiträge enthält, widmete sich die Veranstaltung daher vor allem auch der Frage nach den Hintergründen für die Privatisierungspolitik im Wassersektor. Denn ein Ende dieser Politik ist nicht absehbar. Ihrer Unterstützung und Propagierung dient etwa auch die im Dreijahresabstand tagende internationale Großveranstaltung der „Weltwasserforen“, im Frühjahr 2006 in Mexico City.

Wolfgang Lauber

Inhaltsverzeichnis

1. Begrüßung und Eröffnung	1
Herbert Tumpel	3
Erich Pramböck.....	7
2. Der Wassersektor in Europa	11
Wolfgang Lauber.....	13
Karl Georg Doutlik.....	23
David Hall.....	31
3. Privatisierung im Wassersektor bei Österreichs Anrainern.....	43
Slowenien , Vesselina Penevska	45
Ungarn (1) , Wolfgang Lauber	71
Ungarn (2) , Zsolt Boda	89
Slowakei , Roman Havlicek.....	97
Tschechien , Pavel Ruzicka.....	117
Deutschland , Nikolaus Geiler	137
Schweiz , Urs Kamm	143
Italien , Emanuele Lobina	159
4. Was tut sich in Brüssel?.....	179
Simona Wolessa, Österreichischer Städtebund, Brüssel.....	179
Autorenliste	191

1. Begrüßung und Eröffnung

Begrüßung und Eröffnung

Herbert Tumpel

Präsident der Bundesarbeitskammer

Der Titel der heutigen Veranstaltung, „Privatisierung des Wassersektors in Europa“, trifft den Punkt: Denn in den vergangenen Jahren wurde diese Thematik oft unter dem sperrigen Titel „Daseinsvorsorge“ diskutiert. Dabei geht es um den Wohlfahrtsstaat, wie er in Österreich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut wurde: solidarische Absicherung gegen Grundrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Behinderung sowie Armut im Alter, Entfaltungschancen durch ein öffentliches Bildungswesen, Gewährleistung der Daseinsvorsorge der BürgerInnen durch öffentliche Infrastrukturdienstleistungen wie Wasserversorgung oder Verkehrswesen, Energieversorgung, Abfallwirtschaft usw.

Es gibt eine Reihe ökonomischer, sozialer und politischer Gründe, warum der Staat Erstellung und Betrieb von Infrastrukturnetzen übernommen hat: So etwa die Tatsache, daß der Betrieb der teuren Infrastrukturnetze ein „natürliches Monopol“ darstellt. Private Betreiber werden eine Monopolrente abschöpfen, was zu überhöhten Preisen für den Konsumenten führt. Weiters führen die langen Amortisationszeiten der hohen Investitionen in die Infrastruktur in der Regel dazu, daß private Betreiber Einsparungen bei Qualität und Versorgungssicherheit vornehmen.

Seit einigen Jahren erfolgt auch in Österreich ein Abbau bzw. Angriff auf den Wohlfahrtsstaat. Die ideologischen Schlagworte dazu lauten „Mehr Markt, weniger Staat“ bzw. „Privat ist besser als Staat.“ Denn es geht um die Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen, wie sie auch im Titel dieser Veranstaltung angeführt wird. Man sollte dies konkret ansprechen, denn je konkreter eine Sache benannt wird, um so mehr Interesse ruft dies auch hervor.

Scheinbar gibt es ja zu diesem Thema in Österreich eine große Übereinstimmung. Wenn man sich die Wortmeldungen zu einer etwaigen Privatisierung des Wassers in Österreich Revue passieren lässt, dann gibt es – scheinbar - in den politischen Parteien kaum dezidierte Befürworter für eine Privatisierung. Die Diskussion darüber dauert nun in Österreich schon einige Jahre und sie hat die Menschen sehr bewegt. Die Österreicherinnen und Österreicher haben eine eindeutige Meinung: Sie sind klar gegen eine Privatisierung des Wassers. Bemerkenswert an der österreichischen Diskussion ist, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt plötzlich die mutige These aufgestellt wurde, die österreichischen Quellen würden niemals ans Ausland verkauft.“ – worum es ja bei der Privatisierungsdiskussion keineswegs geht. Mit diesem Ablenkungsmanöver sollte offenbar die Debatte beendet werden, um mehr oder weniger unbemerkt weiter auf dem sogenannten Weg der Marktöffnung des Wassersektors fortzufahren.

Erfreulicherweise war die Diskussion aber schon sehr intensiviert und doch nicht so einfach zu beenden. Die Arbeiterkammer hat gemeinsam mit dem Städtebund nicht nur eine

grundsätzliche Positionierung abgegeben, sie hat vor einiger Zeit auch eine empirisch sehr gründliche Studie über Erfahrungen mit der Privatisierung des Wassersektors in Europa in Auftrag gegeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Deren Ergebnisse waren eindeutig: Dort, wo in Europa der Wassersektor privatisiert wurde, haben die Konsumenten davon keinerlei Vorteile. Die Preise steigen bei Privatisierung praktisch immer an. Und die Qualität ist in den Vorzeigeländern der Privatisierung, in Großbritannien und Frankreich, deutlich schlechter. Auch die Effizienz – die ja immer als Privatisierungsargument herangezogen wird - liegt in keinem dieser Länder höher als in Österreich. Daß Private im Wassersektor keineswegs effizienter sind, zeigen übrigens auch Studien der Weltbank und der OECD, die international Projekte untersucht haben. Die meisten negativen Erfahrungen mit privaten Wasserver- und Abwasserentsorgern gibt es freilich in Entwicklungsländern, wo die Geschäftspolitik der Multis nicht allzusehr von nationalen Regulierungen beschränkt wird. Aber auch das französische Beispiel der Konzessionen an Wasserunternehmen ist keinesfalls das Vorbild, als das es hingestellt wird: Gleiche Preise wie in Österreich für deutlich schlechtere Qualität. Es hat eben seinen Grund, warum die große Mehrheit der europäischen Kommunen, und zwar insbesondere jene mit sehr guter Versorgung in Mittel- und Nordeuropa, den Wassersektor nicht Privatunternehmen übergeben will.

Wenn nun in Österreich im öffentlichen Bewusstsein, im Bewusstsein der Menschen in diesem Land, aber auch im Bewusstsein der politischen Parteien eine – wohl nur scheinbar - so breite Übereinstimmung besteht, könnte man die Diskussion beenden. Aber es werden immer wieder Versuche gestartet, einer Marktöffnung, einer Liberalisierung, einer Privatisierung unter den verschiedensten Titeln das Wort zu reden und Argumente zu finden, die scheinbar dafür sprechen. Daher ist es zum Einen dringend notwendig - und das ist auch der Sinn der heutigen Veranstaltung -, dass die sachlichen Aspekte neuerlich diskutiert werden. Und zum Zweiten wird entgegen aller innerösterreichischen Beteuerungen das Thema sehr wohl auch auf EU-Ebene vorangetrieben. Zwar unterliegt der Diskussionsprozess in der EU erfreulicherweise einer gewissen Öffentlichkeit. Was allerdings nicht so klar im Bewusstsein ist, das sind die Hintertüren, die immer wieder zur Zielsetzung Privatisierung genutzt werden. Dazu gehören etwa die Verhandlungsrunden im Rahmen der WTO, insbesondere des GATS, die sich mit Sicherheit durch eine hohe Intransparenz auszeichnen. Im Zuge dieser Welthandelsliberalisierung fordert Europa von Dutzenden außereuropäischen Staaten, ihren Wassersektor zu „öffnen“, das heißt, für eine Privatisierung zugänglich zu machen. Klar ist freilich, dass Liberalisierungsschritte, die im Zuge dieser Organisationen weltweit gesetzt werden, nie eine Einbahnstraße darstellen, sondern immer auf Gegenseitigkeit beruhen. Diese Verhandlungen finden aber praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Hier besteht ganz offensichtlich wirklich die Gefahr, dass über die Verhandlungen eine „Öffnung“, wie es so schön heißt, in Wirklichkeit aber eine Privatisierung des Wassers auch in Europa erzwungen werden kann.

Nur diese scheinbaren „Sachzwänge“ sind es, die auch in Österreich die internationalen Wasserkonzerne auf Aufträge hoffen lassen. Denn unter mehreren Tausend Städten und Gemeinden in Österreich gibt es seit Jahren gerade ein Dutzend, in denen Privatunternehmen an Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung beteiligt sind. Die Hoffnung der

Wasserkonzerne liegt bei der Finanznot der – infolge der Politik – ausgehungerten Kommunen: Die Einnahmen aus der Beteiligung von Privatunternehmen sollen helfen, die leeren Kassen wieder etwas zu füllen – und dabei die Vorherrschaft über einen zentralen Bereich wie das Wasser herzugeben. Denn viele internationale Erfahrungen, über die wir wohl auch heute hören werden, zeigen: Auch bei Minderheitsbeteiligungen der privaten Unternehmen sichern sie sich Entscheidungsmehrheiten, lassen sie sich Gewinne garantieren und Verlustabdeckung durch die Kommunen festschreiben. Auch wenn die Kommunen formal die Anteilsmehrheit besitzen – die Bürger sind faktisch oft von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen. Daß Wasser ein gutes Geschäft ist, insbesondere in den Industriestaaten, daran besteht kein Zweifel.

Deshalb ist die Auseinandersetzung mit diesem Thema nach wie vor aktuell. Es gibt wirklich gute, sachliche Gründe, dass so wichtige Güter, die eben die „Daseinsvorsorge“ kennzeichnen - und Wasser ist da ein ganz wesentliches Gut - in der Verfügungsgewalt der Allgemeinheit bleiben. Anforderungen an die Versorgungssicherheit, aber auch an die Kosten werden eindeutig von öffentlichen Trägern besser erfüllt als von Privaten. Das ist unsere Position.

Seit vorigem Jahr sind 10 weitere Staaten Mitglieder der EU. In einigen dieser Staaten wird eine besonders ausgeprägte neoliberale Politik der Privatisierung verfolgt. Da die neuen Mitgliedstaaten auch die Entscheidungsstrukturen der EU mitbeeinflussen, ist es für Österreich interessant, ihre Erfahrungen und ihre Politik im Wassersektor näher kennenzulernen. Aber auch die Entwicklungen in den übrigen Anrainerstaaten Österreichs sind spannend.

Diese Veranstaltung soll daher dazu dienen, die Kenntnisse über den Wassersektor insbesondere in den Anrainerstaaten Österreichs zu erweitern, um die politische Diskussion mit sachlichen Inhalten zu füllen und auch, um künftige Bündnispartner für unsere eigenen Zielsetzungen zu finden.

Wasser wahren statt Ware Wasser

Erich Pramböck

Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

Wasser darf kein vom Wettbewerbsrecht dominiertes Luxusgut werden

Seit den 80er-Jahren, seit der Epoche von Margret Thatcher und Ronald Reagan, heißt die Lösung aller nationaler und weltweiter Probleme Privatisierung. Das Regelspiel des freien Marktes garantiert am besten eine allgemeine und qualitativ hochstehende Versorgung, so die Devise. Seither wird alles „liberalisiert“, was nur zu privatisieren ist, wobei auch vor den Diensten im allgemeinem Interesse nicht halt gemacht wird.

Dies war nicht immer so:

In ihrer Mitteilung zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vom 26. 9. 1996 hat die Europäische Kommission den besonderen Stellenwert des Wassersektors anerkannt und diese nicht als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse behandelt. „Das Angebot aller anderen Leistungen der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Sozialschutz, Bildung, Wasserversorgung und Wohnung muss auf nationaler bzw. regionaler Ebene sichergestellt werden“, hieß es damals.

Mit Art. 16 im «Amsterdam-Vertrag» legte die Europäische Union ein Bekenntnis zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ab und garantierte eine Balance zwischen Wettbewerb und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Doch die Zeiten änderten sich:

Mehrere Vorstöße der Europäischen Kommission in letzter Zeit machen deutlich, dass die sektorale Liberalisierung nun auch den Wassersektor erfassen könnte. Bei den GATS-Verhandlungen hält die EU-Kommission weiterhin an ihrer Forderung an 72 Länder fest, die Trinkwasserversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen zu liberalisieren. Dass es der EU mit weitreichenden Marktöffnungen sehr ernst ist, zeigte sich am Frühjahrsbericht zur Lissabon-Strategie, wo die EU-Kommission verstärkt Deregulierung und Liberalisierung einforderte.

Dabei wird von den Liberalisierungsbefürwortern regelmäßig vorgebracht, dass verstärkter Wettbewerb zu einer größeren Wahlmöglichkeit für die Konsumenten, zu einer Effizienzsteigerung bei der Versorgung und zu niedrigeren Preisen führt. Eine bei Price Waterhouse

in Auftrag gegebene Studie des Wirtschaftsministeriums wollte sogar ein Einsparungspotential von bis zu 37 Prozent in Österreich festgestellt haben. Kurz für den Konsumenten wird es besser und billiger. Etliche Beispiele beweisen aber, dass dies eher Wunschtraum als Realität ist.

Mehr Wettbewerb - wodurch?

Echter Wettbewerb braucht die Entscheidungsfreiheit der Kunden über die gewünschte Qualität der Produkte oder der Leistung. Aufgrund der Leitungsgebundenheit der Ver- und Entsorgungsnetze kann diese Entscheidungsfreiheit nicht gewährleistet werden.

Die Leitungen für Trink- und Abwasser bleiben ein natürliches Monopol und da der Aufbau mehrerer Netze in der Regel unwirtschaftlich ist, bleibt das natürliche Monopol unangefochten. Der Verbraucher kann also immer nur auf einen einzigen Anbieter zurückgreifen, eine Wahlmöglichkeit ist daher von vornherein ausgeschlossen.

Lösung „common carriage“ – NEIN Danke!

Damit ist gemeint, Wässer unterschiedlicher Zusammensetzung und Qualitäten von verschiedenen Anbietern in ein Versorgungsnetz einzuspeisen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass Trinkwasser ein sensibles Lebensmittel ist und aus wasserchemischen Gründen nicht beliebig mischbar ist. Es sind im Vorfeld Qualitätsfragen zu klären, da sonst beim freien Mischen von Trinkwässern unterschiedlicher Beschaffenheit wegen des Verlustes des Kalk- Kohlensäure- Gleichgewichts Korrosionen im Rohrnetz drohen. Eine Einspeisung in das Netz und die Abgabe an die Verbraucher müssen aufwendig zeitlich und hydraulisch koordiniert werden. Andernfalls könnten Druckstöße zu vermehrten Rohrbrüchen führen und das Netz insgesamt gefährden. Bei Durchleitung und Wasservermischung müssen die Kunden mit zeitweiligen Qualitätseinbußen allgemeiner Art wie Eintrübungen oder Versorgungsdruckschwankungen rechnen.

Mehr Effizienz durch Liberalisierung

Die vom Österreichischen Städtebund und der Arbeiterkammer Wien in Auftrag gegebene Studie „Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft“ besagt genau das Gegenteil. In dieser Studie wurde die österreichische Wasserwirtschaft mit jener in England und Wales, Frankreich sowie Deutschland und den Niederlanden verglichen. Während die Leistungsverluste in Frankreich 30 Prozent, in England und Wales 22 Prozent betragen, liegt dieser Wert in Österreich bei nur 9,5 Prozent.

In England und Wales sind seit 1989 praktisch 100 Prozent der Wasserwirtschaft privat, in Frankreich sind 79 Prozent der Trinkwasserversorgung und 52 Prozent der Abwasserent-

sorgung privat. Betrachtet man als Gradmesser zur Beurteilung von Effizienz das Ausmaß der Leitungsverluste, so wird man jetzt kaum mehr davon sprechen können, dass ein liberalisierter Markt effizienter ist, oder?

Eine Studie der Universität Manchester ergab, dass die Instandsetzungsinvestitionen nach der Privatisierung in England und Wales mehr als halbiert worden waren. Vor der Privatisierung wurden jährlich 3,3 % des Anlagewerts für Instandsetzung ausgegeben, nach der Privatisierung waren es nur noch 1,5 %. Die Experten schätzten, dass täglich 4 Mrd. Liter Wasser durch undichte Rohrleitungen versickern und verloren gehen (BMW - Studie¹).

Billiger durch Liberalisierung

In England und Wales sind die Wasserpreise von 1988 bis 1998 um durchschnittlich 36 % gestiegen. Die Gewinne der Unternehmen vor Steuern stiegen von 1990/91 bis 1997/98 sogar um durchschnittlich 147 %.

Ein Beispiel aus Deutschland:

Ende 1997 Teil-Privatisierung der Potsdamer Wasserwirtschaft (49 % der Wasserbetriebe Potsdam an Eurawasser GmbH - [Eurawasser GmbH, Berlin - deutsches Tochterunternehmen von ONDEO Services (vormals Suez Lyonnaise des Eaux) und Thyssen - Krupp/RWE] veräußert)

Kurze Zeit später erfolgten zwei Gebührenerhöhungen: Angefangen hatte man 1998 bei 4,92 Mark und lag im Juni 2000 schon bei 8,80 Mark. Innerhalb der nächsten 17 Jahre wollte Eurawasser die Gebühren noch einmal um 100 Prozent erhöhen (bis 2017 von 8,80 DM auf 16,40 DM pro Kubikmeter) - trotz sinkendem Wasserbedarf.

Die Stadt Potsdam trennte sich am 19.6.00 vom privaten Mitgesellschafter des Wasserbetriebes Potsdam, dem deutsch-französischen Gemeinschaftsunternehmen EURAWASSER (Berlin). Die Kündigung des Kooperationsmodells hat die Stadt ungefähr fünf bis zehn Millionen Mark gekostet.

Bei dem Anpreisen privatwirtschaftlicher Versorgungsmodelle wird von vornherein eine völlige Ineffizienz kommunaler und genossenschaftlicher Lösungen vorausgesetzt. Eine These, für die es keinen haltbaren Beweis gibt. Unsere Studie stellt als Resümee fest, dass

¹ „Optionen und Rahmenbedingungen einer Marktöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung“, Studie im Auftrag des BMWi (Deutschland, 2001)

privatwirtschaftliche Unternehmen ebenso wie Großbetriebe nicht a priori effizienter sind als die öffentliche Wasserwirtschaft.

Ein gutes Beispiel für eine gut funktionierende Selbstverwaltung ist die Stadt Wien.

Dies bestätigt die „Quality of Life“- Studie vom internationalen Consultingunternehmen Mercer. Wien hat in dieser Studie unter 219 Städten bei einem Vergleich von 39 Kriterien (u.a. Wasser-, Elektrizitäts- und Verkehrsversorgung) hinter Zürich und Bern 2003 den 3. Platz belegt. Dies ist Platz 1 in der Europäischen Union!

Die große Mehrheit der europäischen Bevölkerung wird von der öffentlichen Hand, also vor allem von ihren Städten und Gemeinden, mit Wasser versorgt. Diese Bevölkerung hat Null Interesse an einer Liberalisierung des Wassersektors (Eurobarometer- Umfrage vom 28. Juni 2004). Daher kann es nur heißen, an der bisherigen verfassungsrechtlich verankerten kommunalen Selbstverwaltung festzuhalten.

Es freut mich außerordentlich heute einen Einblick in die Situation unserer Nachbarstaaten zu bekommen und ihre Erfahrungen zur Privatisierung des Wassersektors zu schildern.

2. Der Wassersektor in Europa

Privatisierung des Wassersektors in Europa

Wolfgang Lauber, Bundesarbeitskammer

Im folgenden soll die Themenwahl der Veranstaltung begründet werden. In Österreich begann die Beschäftigung mit ppp-Modellen, also mit der wirtschaftlichen Beteiligung von Privatunternehmen an öffentlichen Betrieben, in der ersten Hälfte der 90er Jahre – damals noch relativ ungetrübt durch Kritik, in der frühen Phase der Liberalisierungseuphorie. Im Koalitionsübereinkommen 1996 war auch verankert, Pilotvorhaben mit privater Beteiligung im Wassersektor, also bei Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, zu starten. Aus diesem Beschluss, umgesetzt faktisch über die Förderstellen, stammt auch die Mehrheit der wenigen Beteiligungen Privater in Österreich, ausschließlich im Abwasserbereich (Ö-WAV 2001). Im Trinkwasserbereich dagegen war es die Beteiligung von bzw. Übernahme durch mehrheitlich – aber eben nur mehrheitlich – öffentlichen Energieunternehmen, die Private als Minderheitseigentümer von Wasserversorgern zur Folge hatte.

Dieser Schritt – der Einstieg Privater beim Trinkwasser – sowie die im Regierungsauftrag erstellte Studie von PricewaterhouseCoopers (2001) fachte die Diskussion in Österreich im Jahr 2001 heftig an, die faktisch eine Ausschreibungsverpflichtung der bisher kommunalen Ver- und Entsorger empfahl. Es folgte eine heftige Reaktion von Kommunen, die ihr bisheriges Entscheidungsrecht beschnitten sahen.

Ganz offensichtlich hat die Diskussion auf keinerlei Erfahrungen bzw. empirische Ergebnisse mit Privaten im Wassersektor zurückgegriffen. Wir – AK und Städtebund – haben daher damals eine sehr umfangreiche Vergleichsstudie der Siedlungswasserwirtschaft (A, UK, F, D, NL) in Auftrag gegeben, deren Vergleichsband inzwischen auch ins Englische übersetzt worden ist (Schönbäck et al 2003).

Ziel war es, Qualität und Kosten der Systeme zu vergleichen. Dabei schneidet Österreich jedenfalls sehr gut ab – kein Grund für den Einstieg Privater.

Seither schwelt die Diskussion in Österreich dahin, immer wieder vorangetrieben vor allem von der Industriellenvereinigung. Neue Projekte gibt es kaum. Die Hoffnung der internationalen Wasserunternehmen liegt im Wesentlichen in der Budgetnot der Kommunen – ein Einstieg Privater könnte Geld bringen.

Vor drei Jahren hat sich die Diskussion auf die EU-Ebene verlagert. Zum einen kamen von der Kommission in Brüssel regelmäßig Signale, dass auch der Wassersektor „dem Markt geöffnet“ werden solle. Mitteilungen der Kommission, interne Papiere, Vorträge von Kommissaren, eine Reihe von der Kommission beauftragter internationaler Studien sowie die Reaktionen des EU-Parlaments belegen dies. Dazu kamen noch die damals und inzwischen wieder aktuellen GATS-Verhandlungen, wo die EU von anderen Staaten Unterneh-

menszugang zum Wassersektor forderte. Aber über Brüssel werden Sie ja anschließend mehr hören.

Vor einem Jahr sind zehn weitere Länder der EU beigetreten. Damit haben sich auch die politischen Kräfteverhältnisse in Brüssel geändert. Mit einem Bevölkerungsanteil von 16% in der EU-25 stellen diese Staaten 22% der EU-Parlamentarier, verfügen über 26% der Stimmen im Rat und stellen 40% der EU-Kommissare. Da einige dieser Staaten eine sehr entschiedene Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik betreiben, stellt sich die Frage, wieweit davon eine Auswirkung auf die EU-Politik zu erwarten ist.

Ziel dieser Veranstaltung ist es daher, einen Überblick über die Politik der europäischen Staaten im Wassersektor zu geben. Aus Gründen der zeitlich notwendigen Einengung beschränken sich die Vorträge zu einzelnen Mitgliedstaaten auf die Anrainerstaaten Österreichs.

Ich möchte hier einen groben quantitativen Überblick über die Privatisierung und einige qualitative Merkmale in den europäischen Staaten geben (soweit Daten verfügbar waren; vgl. Karten im Anhang). Anhand dieses Überblicks sollte auch klar werden, dass die Beschränkung auf die Anrainerländer durchaus wesentliche Entwicklungen erfasst.

Landkarte und Tabelle² (im Anhang) zeigen, dass unter den neuen Mitgliedsländern in erster Linie Tschechien mit einem weitgehend privatisierten Wassersektor, dann die übrigen Anrainerländer Österreichs, Slowakei, Ungarn, Slowenien, sowie Polen eine relevante Privatisierungspolitik im Wassersektor aufweisen. Estland, Lettland, Litauen sowie die südeuropäischen Beitrittsländer Zypern und Malta weisen bisher nur sehr geringe oder gar keine Privatisierung in diesem Sektor auf. Im Hinblick auf künftigen Einfluß dürften also die Anrainerstaaten eine wichtige Auswahl darstellen.

Auf der anderen Seite sollten auch die Kenntnisse über die übrigen Mitgliedstaaten erweitert werden. Aufgrund ihrer Vorreiterrolle sind inzwischen Informationen über den Wassersektor in Großbritannien und Frankreich ins öffentliche Bewusstsein getreten. Ähnliches gilt zwar auch für Deutschland, aber die Bedeutung der deutschen Wasserpolitik hat nicht nur auf EU-Ebene, sondern immer auch für die innerösterreichische Diskussion eine besondere Rolle gespielt. Auch die Wasserpolitik der Schweiz hat die österreichische Politik immer wesentlich beeinflusst – jedenfalls bis zum EU-Beitritt Österreichs. Immerhin hat die Schweiz mit Österreich vergleichbare topographische Verhältnisse und eine Vorreiterrolle im Umweltschutz. Die Entwicklungen in Italien – das ja bezüglich der Einwohner zu den Großen der EU gehört – zeigen ein spannendes Beispiel für strukturelle Änderungen in Südeuropa: Strukturreformen mit oder ohne Privatisierung?

² In diesen Darstellungen wird zwischen Betrieben bzw. Unternehmen, die völlig der öffentlichen Hand gehören und den übrigen unterschieden. Diese, hier als „privat“ bezeichnet, reichen also von PPP-Unternehmen mit privater Minderheitsbeteiligung bis zu Unternehmen ohne Beteiligung der öffentlichen Hand. Eine Differenzierung je nach Ausmaß der Beteiligung würde nicht nur die Möglichkeiten der Darstellung sprengen; sie würde auch wenig aussagen, da die Entscheidungsmehrheiten nicht identisch sind mit den wirtschaftlichen Mehrheiten bzw. den Besitzverhältnissen.

Von 460 Millionen Bürgern der EU-25 wurden in den Jahren 2003/2004 ca 160, also ein gutes Drittel, von privaten Trinkwasserunternehmen versorgt. Der Anteil der Unternehmen im Eigentum der bekannten multinationalen Wasserkonzerne liegt bei ca. 20%.

Wenngleich einfache Kausalitäten zwischen Organisationsform (Öffentlich / Privat) und qualitativem Zustand des Wassersektors nicht unterstellt werden können, legen die Daten doch eine Einteilung in vier Staatengruppen nahe:

1. Mittel – und nordeuropäische Staaten mit hohen Standards im Wassersektor und mit geringer Privatisierung (B, DK, D, FIN, IRL, L, NL, A, S): 142 Mio Einwohner, davon 10 Mio (ca 7%) privat versorgt.
2. Mittel- und südeuropäische Staaten mit derzeit niedrigen Standards im Wassersektor und mit vergleichsweise stärkeren Privatisierungsbestrebungen (GR, I, P, E): 121 Mio Einwohner, davon 35 Mio (ca 30%) privat versorgt; der Privatisierungsgrad ist allerdings sehr ungleich verteilt.
3. Die Vorreiter privaten Wassersektors, Frankreich und Großbritannien: 122 Mio Einwohner, davon 100 Mio (ca 80%) privat versorgt.
4. Die neuen Mitgliedstaaten, von denen einige aufgrund ihrer historischen Entwicklung andere Voraussetzungen mitbringen (zB Übergang von zentralen staatlichen Systemen auf kommunale Systeme; CY, CZ, EST, H, LT, LV, M, PL, SLO, SK): 75 Mio Einwohner, davon 12 Mio (ca 15%) privat versorgt; auch hier sehr ungleich Verteilung, also zT sehr unterschiedliche Politik, zT unterschiedliche Rasanz der Entwicklung.

Für die erste Gruppe, zu der auch Österreich gehört, gilt jedenfalls:

- Offensichtlich kein Bedarf, die Qualität (wesentlich) zu erhöhen.
- Relativ hohe Gebühren, was interpretiert werden könnte mit hohen Kosten durch hohe Investitionen und mit relativ geringen staatlichen Subventionen.
- Weder die technische noch die finanzielle Situation der Wasserbetriebe kann als Anlass genommen werden, eine Privatisierung zu fordern. Einziger Grund könnte die – politisch bewirkte – Budgetknappheit der Kommunen sein.

Die Frage, ob – in erster Linie - Reformbedarf oder Kapitalinteressen für Privatisierungen maßgeblich sind, lässt sich in diesem Fall klar beantworten. Die Kapitalinteressen werden allerdings nicht direkt sichtbar, sie treten unter dem Mantel der ausgehungerten öffentlichen Budgets auf.

Im Fall Frankreichs und Großbritanniens ist die Frage ebenfalls leicht zu beantworten. Und für die übrigen Staaten möchte ich den heutigen Referaten nicht vorgreifen.

Literatur:

Euromarket (2003): Analysis of the European Water Supply and Sanitation Markets and its possible evolution;

http://www2.epfl.ch/webdav/site/mir/shared/import/migration/D2_Final_Report.pdf

Hall, David; Emanuele Lobina, Robin de la Motte (2003): Water privatisation and restructuring in Central and Eastern Europe and NIS countries. Public Services International Research Unit, University of Greenwich, London

Medd, Will; Cordula Fay, Simon Marvin: Comparative Review of Water Sector Restructuring in the EU Accession States; Work Package 1, Final Report, EU FP5 „Intermediaries“ Project, 2003; www.irs-net.de/intermediaris

Mohajeri, Shahrooz; Bettina Knothe, David-Nicolas Lamothe, Jean-Antoine Faby (Eds.; 2003): Aqualibrium – European Water Management between Regulation and Competition. European Commission, Brussels

ÖWAV, Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (2001): Kommunale Entsorgung versus Privatisierung. Organisationsformen der Siedlungswasserwirtschaft im Vergleich. Schriftenreihe des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes Heft 143

Owen, David Lloyd (2002): The European Water Industry. CWC Publishing Ltd, London

PricewaterhouseCoopers (2001), Optimierung der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung im Rahmen einer nachhaltigen Wasserpolitik, Im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien.

Scherrer, Christoph; Francois Beilecke, Thomas Fritz (2004): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen durch das GATS – gemeinwirtschaftliche Auswirkungen in den Sektoren Wasserversorgung und Verkehr. Band 4 der Schriftenreihe Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen; Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Schönbäck, W., G. Oppolzer, R.A. Kraemer, W. Hanse, N. Herbke (2003), Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft, Informationen zur Umweltpolitik der AK Wien, Bd. 153/1-5;

<http://wien.arbeiterkammer.at/www-403-IP-12304-AD-17167.html> ;

http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d21/153_Band6.pdf

Wasserversorgung mit privater Beteiligung in EU-25 (2003/4)

Bevölkerung in Mio davon "privat" versorgt				
EU		459	163	36 %
EU Frankreich, Grossbritannien		122	101	83 %
Frankreich		61,7	48,7	79 %
Großbritannien		60,0	52,2	87 %
EU Südeuropa		121	40	33 %
Griechenland		11,0	3,6	33 %
Italien		58,2	16,3	28 %
Portugal		10,5	1,3	12 %
Spanien		41,1	19,3	47 %
EU Mittel+Nordeuropa		142	10	8 %
Belgien		10,4	0,3	3 %
Dänemark		5,4	0,1	1 %
Deutschland		82,6	9,1	11 %
Finnland		5,2	0,0	0 %
Irland		4,0	0,0	0 %
Luxemburg		0,5	0,0	0 %
Niederlande		16,3	0,0	0 %
Österreich		8,1	0,6	7 %
Schweden		9,0	0,4	5 %
EU Neue Mitgliedsländer		75	12	17 %
Estland		1,4	0,4	29 %
Lettland		2,3	0,0	0 %
Litauen		3,5	0,0	0 %
Malta		0,4	0,0	0 %
Polen		38,6	1,2	3 %
Slowakei		5,4	0,2	3 %
Slowenien		2,0	0,0	0 %
Tschechien		10,3	7,2	70 %
Ungarn		10,1	2,6	26 %
Zypern		0,7		
Schweiz		7,3	0,0	0 %
Norwegen		4,5	0,0	1 %

Quellen: Euromarket (2003), Hall et al (2003), Medd et al (2003), Mohajeri et al (2003), Owen (2002), Scherrer (2004), Schönback (2003), Boda+Lauber, Havlicek, Penevska, Ruzicka - in diesem Band, sowie eigene Berechnungen

Anmerkungen:

Versorger mit privater Beteiligung: private und gemischte (öffentlich-private) Unternehmen, unabhängig vom Ausmass der Beteiligung Privater.
Wie der Vergleich unterschiedlicher Quellen zeigt, sind die Zahlen hier eher überschätzt, da offenbar in einigen Fällen auch privatrechtliche Unternehmen, die zu 100% in öffentlichem Besitz sind, dazugezählt wurden.

„PRIVATISIERUNG DER WASSERVERSORGUNG“



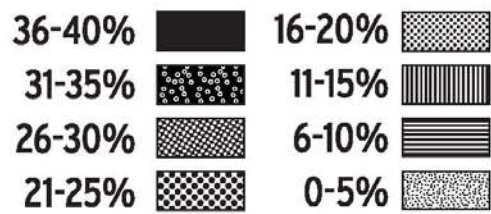
SKALA
Anteil von Unternehmen
mit privater Beteiligung

91-100%		41-50%	
81-90%		31-40%	
71-80%		21-30%	
61-70%		11-20%	
51-60%		0-10%	

WASSERVERLUSTE



SKALA



FEHLENDE NÄHRSTOFFBESEITIGUNG













SKALA
Eine dritte Stufe
fehlt für %

91-100		41-50	
81-90		31-40	
71-80		21-30	
61-70		11-20	
51-60		0-10	

WASSERPREISE



SKALA
(EUR/m³,
Wasser + Abwasser)

4,6-5		2,1-2,5	
4,1-4,5		1,6-2	
3,6-4		1,1-1,5	
3,1-3,5		0,6-1	
2,6-3		<=1	

Das Wasser und die EU

Karl Georg Doutlik, Europäische Kommission, Wien

Aktuelle Tätigkeiten der EU-Kommission im Bereich des Wassermarktes

Das Thema Wasser sorgt in den österreichischen Medien immer wieder für Schlagzeilen. Es besteht die Angst vor dem „Ausverkauf österreichischen Wassers“. In der öffentlichen Diskussion ist die Rede davon, dass die Europäische Kommission die verpflichtende Liberalisierung oder gar die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie z.B. der Wasserversorgung plane, wo bisher kein oder nur wenig Wettbewerb vorhanden war. Begründet wird dies mit dem Hinweis auf zwei im Mai 2003 veröffentlichte Dokumente der Europäischen Kommission, dem „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ sowie dem Bericht mit dem Titel „Binnenmarktstrategie – Vorrangige Aufgaben 2003-2006“. Mittlerweile ist im Mai 2004 auch das „Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ herausgegeben worden. Die europäische Kommission befasst sich derzeit damit, die konkreten Wettbewerbsbedingungen des europäischen Wassermarktes zu erheben. Sollte sich für diesen Markt Handlungsbedarf in Bezug auf die bestehenden Binnenmarkt- oder Wettbewerbsregeln ergeben, wird die Europäische Kommission entsprechende Maßnahmen ergreifen bzw. Rat und Parlament Vorschläge unterbreiten.

I. Der europäische Wassermarkt

Wasser ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der Union. Sein geschätzter Jahresumsatz der EU-15 von 80 Milliarden Euro liegt über dem des Erdgassektors. Die jährlichen Wassergebühren in der EU für eine Familie, die im Jahr 200 m³ Wasser verbraucht, schwanken zwischen 350 Euro in Berlin und 50 Euro in Rom. In Irland werden derzeit überhaupt keine Wassergebühren verlangt.

Der Wassermarkt umfasst die Bereitstellung von Dienstleistungen für

- Trinkwasserversorgung
- Brauchwasserversorgung für Industrie und Gewerbe
- Abwasserentsorgung
- Landwirtschaftliche Bewässerung
- Sonstige Nutzungen

Es ist zu unterscheiden zwischen der Rechtsgrundlage für den Besitz und die Ausübung von Wasserrechten, der gesetzgeberischen Verantwortung für die qualitative hochwertige und mengenmäßig ausreichende Ver- bzw. Entsorgung und den Grundlagen für eine ko-

stenmäßig effiziente Bereitstellung der Dienstleistungen (z.B. Wasserpreis, Abwassergebühr).

II. Rahmenbedingungen für Gemeinschaftsaktionen

Es liegt im Verantwortungsbereich der zuständigen nationalen, regionalen und örtlichen Behörden über die Bereitstellung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu entscheiden. Diese Zuständigkeit schließt die Organisation, die Finanzierung und Überwachung dieser Dienstleistungen ein, d.h. auch wer diese Dienste anbietet und ob sie im öffentlichen oder privaten Eigentum stehen. Die Mitgliedsstaaten können auch frei darüber entscheiden, ob sie die Dienstleistungen im Wassersektor nach außen vergeben oder selbst anbieten.

Somit liegt die gesetzgeberische Verantwortlichkeit für den Wassersektor bei den Mitgliedsstaaten. Dieses Fundament ist auch im Verfassungsvertrag für Europa eindeutig festgeschrieben und wird von den derzeitigen Arbeiten der Europäischen Kommission nicht berührt.

Die Europäische Kommission beabsichtigt nicht, Vorschläge für eine Änderung des Besitz- und Rechtsverhältnisse im Wasserbereich vorzulegen!

Die Bereitstellung von Wasserdienstleistungen und die organisatorische Abwicklung im Allgemeinen unterliegen allerdings auch den für den Binnenmarkt, den Wettbewerb und die staatlichen Beihilfen geltenden Vorschriften.

Indes liegen für den Fall, dass die öffentlichen Behörden die Erbringung von Dienstleistungen im Wasserbereich an Dritte vergeben wollen, Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge vor, insbesondere die EG-Richtlinien 92/50/ EWG und 93/38/EWG. Diese Bestimmungen wurden am 3. Februar 2004 novelliert, sind aber von den Mitgliedsstaaten noch nicht umgesetzt worden. Diese Regeln stellen sicher, dass die im Wassersektor tätigen öffentlichen Einrichtungen und Behörden Aufträge für Warenlieferungen, Dienstleistungen und Bauvorhaben in einer transparenten und nichtdiskriminierenden Form vergeben.

Die Wasserrahmenrichtlinie

Für den Wassersektor wurde eine spezielle Gemeinschaftsvorschrift erlassen: die Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik). Mit ihr hat sich die EU eine umfassende Wasser- und Gewässerschutzgesetzgebung gegeben. Sie verfolgt folgende Ziele:

Einen umfassenden Schutz aller Gewässer: Bis zum Jahre 2005 sollen sie alle einen guten Zustand erreicht haben

Eine umfassende Einbindung der Bürger, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse

Den Einsatz ökonomischer Instrumente zur Unterstützung des Schutzes unserer Gewässer, mit Preisen für wasserbezogene Dienstleistungen (z.B. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung), die sich am Grundsatz der Kostendeckung orientieren, die andererseits aber auch Spielraum für regionale oder andere Gegebenheiten geben. In diesem Sinne beginnt die Wasserrahmenrichtlinie mit dem Satz „Wasser ist keine Handelsware wie jede andere, sondern ererbtes Gut, das geschützt werden muss...“

Respekt der kulturellen Vielfalt und der Rolle der Kommunen

Die Europäische Kommission unterstreicht in dem „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (KOM (2003) 270) ausdrücklich, die kulturelle Vielfalt und die Rolle der Kommunen bei gemeinschaftlichen Maßnahmen im Wassersektor achten zu wollen.

Die Europäische Kommission ist sich der Tatsache bewusst, dass Unternehmen, die im Wassersektor tätig sind, eine Reihe von Dienstleistungen erbringen, die im öffentlichen Interesse liegen. Dazu gehören beispielsweise der „universale Zugang“ zu Wasser zu vernünftigen Preisen und die Einhaltung von Umweltvorschriften, wie etwa jenen der Wasserrahmenrichtlinie. Darüber hinaus müssen Unternehmen, die im Wassersektor tätig sind – dies gilt selbstverständlich auch für andere Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – die Wettbewerbsvorschriften einschließlich des Artikels 86 des EG-Vertrages und die Binnenmarktregeln respektieren.

Die EU Wettbewerbsvorschriften sind auf alle Unternehmen anwendbar, wenn der zwischenstaatliche Handel betroffen ist. Wasserversorger sind Unternehmen und eine wettbewerbsrelevante Beeinträchtigung könnte nachgewiesen werden (a) wenn sich der Wasserverbraucher an einer Grenze befindet und somit von einem benachbarten Mitgliedstaat versorgt werden könnte, (b) wenn der Verbraucher die Wasserdienstleistungen für die Erzeugung von Exportwaren einsetzt, (c) falls der Wasserversorger einen wesentlichen Teil des Gemeinsamen Marktes beherrscht, (d) falls es eine kumulative Wirkung auf mehrere kleine Netze gibt oder (e) wenn ein Vertrag oder eine Lizenz ausgegliedert wird und ein Netzbetreiber in einem anderen Mitgliedstaat sich dafür interessiert.

Die Europäische Kommission vermag keinen Widerspruch zu erkennen zwischen der Anwendung der Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln auf der einen Seite und der Einhaltung eines hohen Umweltschutzniveaus und anderer Ziele, die im allgemeinen Interesse liegen, auf der anderen Seite.

Mehr Investitionen zu erwarten

Im Bereich der Wasserversorgung sind vor allem in den neuen Mitgliedstaaten massive Investitionen erforderlich, um die Qualität der Infrastruktur in den nächsten Jahren zu ver-

bessern oder das bereits erreichte hohe Qualitätsniveau zu sichern. So gehen etwa in einigen Mitgliedstaaten zum Teil große Mengen an Wasser wegen schadhafter Leitungen und vernachlässigter Wartung von Anlagen verloren. Diese großen Investitionen in der durch gesetzliche Regelungen vorgegebenen kurzen Zeit zu tätigen könnte die öffentlichen Haushalte überfordern und die Bereitstellung privaten Kapitals erforderlich machen.

III. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Grünbuch, Herzog-Bericht, Weißbuch

Im „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ konnten alle Interessenten zu einer Reihe von Fragen Stellung beziehen.

Im Dezember 2003 hat das Europäische Parlament den im Ausschuss für Wirtschaft und Währung vorbereiteten Bericht (A5-0484/2003) des Abgeordneten Philippe Herzog, als Reaktion auf das Grünbuch angenommen. Im Herzog-Bericht wird hervorgehoben, dass Dienstleistungen von allgemeinem Interesse komplex sind und sich fortwährend entwickeln und dass die Organisation dieser Dienstleistungen gemäß den kulturellen Traditionen und den geographischen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ist. Weiters heißt es, dass es nicht entscheidend ist, wer die Dienstleistungen zur Verfügung stellt, sondern dass Qualitätsstandards und ein gerechtes soziales Gleichgewicht aufrechterhalten bleiben. Es sollte frei darüber entschieden werden können, ob Dienstleistungen vom öffentlichen Sektor oder von privaten Unternehmen erbracht werden. Darüber hinaus wird im Bericht angeführt, dass Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die von den örtlichen Behörden zur Verfügung gestellt werden, den internen Wettbewerbsvorschriften und Binnenmarktregeln unterliegen sollen.

Im Mai 2004 hat die Europäische Kommission ein „Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (KOM(2004) 374) veröffentlicht, in dem die Vorgehensweise der Europäischen Union zur Förderung der Entwicklung hochwertiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse dargelegt wird. Das Weißbuch enthält auch die Schlussfolgerungen der Kommission aus der breit angelegten öffentlichen Konsultation im Anschluss an das im Jahr davor aufgelegte Grünbuch. Hervorgehoben wird in dem Weißbuch, dass für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse die Union und die Mitgliedstaaten gemeinsam Verantwortung tragen. Die Rolle der nationalen, regionalen und lokalen Behörden bei der Festlegung von Gemeinwohlaufgaben und der organisatorischen Abwicklung, der Finanzierung und der Kontrolle im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wird darin näher beschrieben. Ferner enthält das Weißbuch nähere Einzelheiten über die Hauptbestandteile einer EU-Strategie, die darauf ausgerichtet ist, sicher zu stellen, dass jeder Bürger und jedes Unternehmen Zugang zu einem umfassenden Angebot von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse hat, und mehr Rechtssicherheit zustande kommt.

Schlussfolgernd stellt die Kommission fest, dass in der jetzigen Phase nicht hinreichend erwiesen ist, dass Rechtsvorschriften in Form eines horizontalen Rahmens im

Vergleich zu den bestehenden sektorspezifischen Regelungen von zusätzlichem Nutzen wären.

IV. Binnenmarkt der EU

Ziel der von der Europäischen Kommission präsentierten Binnenmarktstrategie für die Jahre 2003-2006 ist es, „zehn Jahre nach Vollendung des Binnenmarktes noch bestehende Defizite aufzuzeigen, welche diesen großen Markt daran hindern, sein volles Potential zu entfalten“. Von den etwa hundert Punkten in dem Kommissionsdokument nimmt lediglich einer auf den Wassermarkt Bezug. Darin wird angekündigt, dass die europäische Politik in der Frage des Eigentums an der Ressource Wasser und der Wasserversorgungseinrichtungen bei ihrer neutralen Haltung bleiben werde. Zugleich würden aber die Dienststellen der Kommission „die rechtliche und administrative Situation im Wasser- und Abwassersektor prüfen, auch unter wettbewerblichen Gesichtspunkten“, ohne jedoch die Garantien des EG-Vertrages oder die geltenden Umweltvorschriften anzutasten. Die Kommission werde alle Möglichkeiten einer Prüfung unterziehen, „auch gesetzgeberische Maßnahmen“.

V. Europäische Verfassung

Auch in der Europäischen Verfassung wird auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aufgenommen. In Artikel III-122 wurde die Bestimmung hinzugefügt, dass dafür Grundsätze und Bedingungen durch Europäische Gesetze festgelegt werden. Dadurch könnte ermöglicht werden, dass Mindeststandards für Qualität, Versorgungssicherheit sowie Anwendung der Binnenmarktregeln und des Wettbewerbsrechts einheitlich erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass auch weiterhin hochwertige wettbewerbskonforme Dienstleistungen angeboten werden.

VI. GATS

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist ein internationales, multilaterales Vertragswerk der WTO, das den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen regelt und deren fortschreitende Liberalisierung zum Ziel hat. Es gibt viele Bedenken, dass die Liberalisierung der Wasserversorgung des GATS zur Privatisierung des Wassers und zu einer Deregulierung führen könnte. Die Europäische Kommission kann die Bedenken eine Privatisierung betreffend aus dem Weg räumen und ist vom Erfolg der Verhandlungen im Rahmen des GATS überzeugt. Erstens betreffen die Vorschläge der EU für Verhandlungen im Rahmen des GATS nur die Erbringung von Dienstleistungen der Wasserversorgung. Der Zugang zu natürlichen Ressourcen ist nicht Gegenstand des GATS. Die Europäische Kommission hat nicht vor, den grenzüberschreitenden Handel von Wasser über das GATS zu liberalisieren. Zweitens hat das GATS keinen Einfluss auf die nationalen Regulierungen für die Wasserversorgung. Diese Verantwortung liegt unverändert bei den jeweiligen Re-

gierungen. Die Europäische Kommission ist davon überzeugt, dass die Einbeziehung des privaten Sektors zusammen mit den Regierungen und den Zivilgesellschaften eine Möglichkeit darstellt, um die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung insbesondere in Entwicklungsländern zu verbessern.

VII. Schwerpunkte der europäischen Kommission

Konzentration auf gewerbliche Großverbraucher

Die Europäische Kommission sieht ihre Aufgabe darin, für geordnete Wettbewerbsbedingungen im Wassersektor zu sorgen, um insbesondere gewerblichen Verbrauchern, Wasserversorgungs- und Abwasserunternehmen beim Kauf von Dienstleistungen eine größere Auswahl zu günstigen Preisen zu ermöglichen.

Im Wassersektor wird sich die Europäische Kommission hauptsächlich auf Großverbraucher in Industrie und Gewerbe und die größeren Wasserversorgungsunternehmen konzentrieren. Dabei wird die Kommission ihr besonderes Augenmerk neben dem Trinkwasser auch auf die Abwassersammlung und –reinigung richten.

Marktöffnung und Liberalisierung

Im Bezug auf den Wassersektor geht es im Grünbuch, im Weißbuch und in der Binnenmarktstrategie ausschließlich um die Frage der Öffnung von Dienstleistungen für den Wettbewerb. Die etwaige stärkere Öffnung des Wassersektors für den Wettbewerb darf nicht einer Privatisierung der Wasserversorgung gleichgesetzt werden. Die Europäische Kommission nimmt einen völlig neutralen Standpunkt ein in Bezug auf privates oder öffentliches Eigentum an Wasserver- und -entsorgungsunternehmen. Dies entspricht im Übrigen dem Artikel 295 des EG-Vertrages, der die Neutralität der Gemeinschaft in Bezug auf das öffentliche und private Eigentum an Unternehmen garantiert. Gemäß Artikel 175 des EG-Vertrages können Maßnahmen im Bereich der Bewirtschaftung der Wasserressourcen vom Rat nur einstimmig angenommen werden. Die EU-Kommission wird daher keinesfalls die Privatisierung öffentlicher Unternehmen vorschlagen oder verlangen.

Öffentlich-private Partnerschaften

Angesichts der finanziellen Engpässe der öffentlichen Haushalte wird zur Finanzierung des immensen Investitionsbedarfes im Wassersektor immer häufiger auf öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP oder public-private partnership, PPP) zurückgegriffen. Manche Kommunen sind dazu übergegangen, diese Tätigkeiten mittels langfristiger Verträge an öffentliche Unternehmen zu delegieren, während andere wiederum Privatunternehmen damit beauftragen.

Die öffentlich-rechtlichen Partnerschaften wie auch die Auslagerung an andere öffentliche oder private Unternehmen werfen eine Reihe von Wettbewerbsfragen auf. Die europäische Kommission will dafür sorgen, dass bei diesen Optionen der Wettbewerb nicht verfälscht wird und bei der Vergabe von Wasserkonzessionen die Grundsätze der Transparenz und Nicht-Diskriminierung beachtet werden.

Im April 2004 hat die Europäische Kommission ein „Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen“ (KOM (2004) 327) vorgelegt. Mit diesem Grünbuch wurde eine umfassende Diskussion darüber angestoßen, ob die Gemeinschaft tätig werden muss, um den Wirtschaftsteilnehmern der Mitgliedstaaten auf der Basis effektiven Wettbewerbs und rechtlicher Klarheit einen besseren Zugang zu den verschiedenen Formen der öffentlich-privaten Partnerschaft zu verschaffen.

Quellen

Forum Gas Wasser Wärme: http://www.gaswaerme.at/ufile/8/18/forum_02_2004.pdf

Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie) :

http://europa.eu.int/eurlex/pri/de/oj/dat/2000/l_327/l_32720001222de00010072.pdf

Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse:

http://europa.eu.int/eurlex/de/com/gpr/2003/com2003_0270de01.pdf

Herzogbericht:

http://wwdb.europarl.eu.int/oeil/oeil_ViewDNL.ProcedureView?lang=2&proci d=2624

Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse:

http://europa.eu.int/eurlex/de/com/wpr/2004/com2004_0374de01.pdf

Vorläufige konsolidierte Fassung des Vertrags über eine Verfassung für Europa:

<http://www.eca.eu.int/news/docs/101de.pdf>

Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen:

http://europa.eu.int/eurlex/de/com/gpr/2004/com2004_0327de01.pdf

Rückfragehinweis:

Dr. Jürgen Frieberger, Leiter der Presseabteilung Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Tel: 01 / 516 18 – 334, Fax: 01 / 513 42 25

[mailto: Juergen.Frieberger@cec.eu.int](mailto:Juergen.Frieberger@cec.eu.int) <http://europa.eu.int/austria>

Water privatisation und restructuring in Europe

David Hall, PSIRU, London

1. EU developments

A number of EU policies influence the extent of privatization and restructuring in the water sector. In general, these policies create conditions which favour privatization.

1.1 Water Framework Directive (WFD)

This concerns water resource policies but also has provisions concerning charging for water supplies. The WFD encourages – but does not require – full cost recovery through charges, and requires adequate contributions from domestic, agricultural and business users by 2010. This creates pressure to corporatise water services, but not to privatize.

1.2 Internal market: no draft water directive

The EC has not yet produced a draft directive on liberalization of the water sector, and there is no clear timetable for doing so. In 2004 the previous European Commission said that it was considering doing so; the European parliament however agreed that it did not want a directive liberalising the water sector.

1.3 Internal market: Services directive

In February 2005 the EC withdrew the draft Services Directive, which had been drawn up by the previous commission. This directive set out a framework for liberalizing services sector in general, but was strongly opposed by member states and other groups, partly because of its potential impact on public services (The other factor was the ‘country of origin’ clause which would allow companies to claim the right to operate under their home countries laws e.g. on labour rather than the laws of the country in which they are doing business). The withdrawal implies that the EC will produce a new version which addresses these concerns. The parliament is discussing formulae that could have this effect.

1.4 No draft SGI framework directive

The EC has not yet prepared a draft framework directive for services of general interest (SGI, = public services). This has been discussed as a possibility following a green paper and a white paper on SGI in 2003 and 2004. Depending on its contents, such a directive could help by protecting public services from the extension of the internal market, or it could create a template for the liberalization of SGI.

1.5 PPPs: white paper to come

The EC is still preparing a white paper on PPPs, following consultation on a green paper. The green paper discussed ways of encouraging PPPs in general, but also recommends making concessions subject to procurement rules.

1.6 State aid: Altmark judgment and Monti package

The Altmark judgment of the ECJ in 2003 set out criteria by which state aid for public services would be permitted under the EU treaty. The EC has tabled proposals to formalize these rules. These would create greater clarity but establish more rigid limits to member states' freedom to finance public services as they wished.

1.7 Procurement: Halle judgment and mixed ownership

In January 2005 the ECJ judgment in the Halle case ruled that no joint public-private enterprise could be awarded a contract without opening the work to competitive tendering, even if the private holding is as low as 1%. This ruling threatens the practice in some countries eg Germany, France of treating joint enterprises as inhouse operations. It may make joint ventures and PPPs less attractive.

1.8 Limits on government borrowing: encouraging PPPs, reviewing limits

The rules of European monetary union limit the borrowing and debts of governments of member states (these rules have become known as the 'stability pact'). In 2004 a technical ruling by Eurostat made it easier for member states to use PPPs as a way of circumventing these monetary restrictions, even if the choice of PPPs is less efficient. Since 2003 the limits have been breached by large member states including France, Germany, UK and Italy: the rules are being reviewed. If they are relaxed, it will reduce one key source of pressure to privatize water and other services

1.9 Other international developments: IMF, World Bank, GATS, donors

In April 2004 the IMF agreed to revise its definitions of government borrowing to exempt borrowing by state-owned trading companies (this is already the case under EU rules). It also expressed some concern about how PPPs could undermine monetary guidelines, including concern about the weakness of the Eurostat ruling.

The World Bank acknowledged since 2003 that privatization has failed to deliver the necessary investment in infrastructure, including water, in developing countries. It is reviewing its policies and now states it is neutral between public and private operators. The World

Bank is nevertheless actively encouraging privatization of water supply and sanitation in Ukraine, Russia and other former soviet union countries.

There has been little development so far in relation to EU requests for water sectors to be opened under GATS, or in relation to the EU Water Initiative. Donor countries are coming under increasing pressure to review their policies of supporting water privatization through conditionalities, including the UK, Belgium and Netherlands. USAID is researching possible ways of supporting public sector water companies (including using Debrecen as an example).

The EC and member states continue to provide active diplomatic pressure in support of European private water companies, for example by pressurising Argentina against adopting stricter regulation, and by pressurising Indonesia to allow European companies to increase the price of water in Jakarta.

2. Company developments

2.1 Suez

2.1.1 Europe: maintaining position

Suez is retaining most of its water concessions and contracts in France. It has reduced its shareholding in the Northumbrian Water in the UK, and replaced it with debt financing, like a number of other English water companies. In Spain, its subsidiary Aguas de Barcelona has maintained and even increased its contracts – it claims over 15m customers. It has a strong position in Italy, Czech republic and Hungary (but may lose its contract in Pecs). Suez has a contract in Moscow for a treatment plant, but is waiting for developments by the private sector in Russia before making further commitments.

2.1.2 Rejection and problems in Argentina, Bolivia, elsewhere

Suez have the greatest investment in water concessions in Argentina, where the company has written off nearly €1billion in losses since the economic crisis of 2003. It is engaged in abrasive negotiations with the Argentinian government over terms for the possible continuation of its concessions in the country. In Bolivia, Suez is also trying to rescue some form of involvement in the La Paz concession, after an uprising in El Alto, the major shanty town attached to La Paz, forced the Bolivian government to promise to terminate the water concession.

Suez has been acquiring more contracts in China, but elsewhere in Asia and Africa it is not expanding and has exited from a few contracts eg a bulk supply BOT in Vietnam.

2.2 Veolia

Veolia owns two water companies in the UK, the largest of which, Southern water, is structured with a high level of debt, and relatively 'thin' equity. It also has a joint stake, along

with RWE-Thames, in Berlin wasser, and a number of ventures in Italy. It exited from water in Spain when it sold its holding in Spanish company FCC. Veolia has a strong presence in Czech republic, Hungary and Romania, where it holds Apa Nova, the water company of Bucharest. Veolia is less active in Russia, where it is waiting while local companies take the immediate privatization opportunities.

2.3 SAUR

Bouygues has sold SAUR, the third largest French water company, to a financial institution, PAI – except for SAUR's business in Africa, which has major problems in Cote d'Ivoire and Mali, and Italy. In effect, this means that PAI owns the French operations and SAUR's contract in Gdansk, Poland. SAUR also has one or two contracts in Asia and Latin America.

2.4 RWE-Thames Water

Like other English water companies, Thames has not been making high returns on capital, and it has been reported that RWE would consider selling Thames. However, RWE states that it expects Thames to be one of its more profitable subsidiaries in 2005. Thames Water has a poor record on leakage in the UK: its average leakage rate is 33%, compared with an average of 23% for all English water companies. RWE-Thames has two minority stakes in major operations in Europe: a stake with Veolia in Berlin Wasser, and a stake with Suez in Budapest Water. Otherwise RWE-Thames' presence in continental Europe is weak, with no other water supply business in the EU15, and minor operations in Poland, the Czech Republic, and indirectly through Berlinwasser, a joint stake with Veolia in Budapest sewerage.

Elsewhere Thames has operations in Australia, Chile and Indonesia, where it is losing money. It has recently exited from contracts in Malaysia and China.

2.5 Other companies

The UK company United Utilities owns half of the company which runs water concessions in Tallinn (Estonia), Sofia (Bulgaria) and Bielsko-Biala (Poland). Its previous partner IWL sold its shares to EBRD (no private buyer could be found).

The Austrian utility EVN bought WTE Wassertechnik from Berlin wasser, and now has BOT contracts in a number of cities in eastern Europe and Russia, including a series of three treatment plants in Moscow.

3. Some national developments

3.1 Netherlands

The Netherlands passed a law in 2004 which makes water privatization illegal – only 100% publicly owned companies can own or operate a water supply service. The law was supported by nearly all parties. This law is completely compatible with the EU constitution and directives.

3.2 Sweden

Sweden is also drafting a new water law which will make privatisation more difficult, One of two cities in Sweden with a private operator, Norkoping, has remunicipalised the water service.

3.3 UK

In the UK, proposals to commercialise the water service in Northern Ireland and introduce extra charges for water, are being strongly resisted by all sections of the community: the DUP and Sinn Fein share a common platform on this issue.

3.4 France

A number of long-term contracts have been retendered in France in the last 3 years. A few have been remunicipalised but not many.

3.5 Germany

The largest German private water company, Gelsenwasser, was remunicipalised in 2003 when it was taken over by the municipalities of Dortmund and Bochum.

Successful campaigns, using local referendums, prevented the proposed privatization of water services in Hamburg (November 2004) and Mulheim (February 2005)

In 2003 the federal parliament and the parliaments of many of Germany's laender passed motions against the liberalization through GATS of water services in Germany.

3.6 Greece

The water company of Athens, EYDAP, was converted into a plc in 2000 and % of its shares were sold on the stock exchange, following which the Greek state owns 71% and private investors 29%. The water multinationals are not shareholders. EYDAP agreed with Veolia in 2002 to make a series of joint bids for contracts in other countries in southeast Europe and mediterranean, specifically Libya, Egypt, Malta, Cyprus, FYR Macedonia, Slovenia, Albania, Romania and Bulgaria.

3.7 Hungary

The city of Pecs, one of four Hungarian cities which have privatized water, decided in December 2004 that it wished to remunicipalise the service.

4. Comments

EU policies to promote privatization and PPPs are meeting with some resistance

There is a trend towards subjecting all forms of water operation to competitive tendering

The water multinationals are operating more cautiously in all parts of the world (except China)

The international institutions are reviewing their policies towards water privatization and investment.

There is evidence of strong resistance to water privatization in a number of countries (in EU and elsewhere)

Water privatisation and restructuring in Europe

David Hall

**Public Services International Research Unit (PSIRU)
University of Greenwich, UK**

www.psiru.org

Arbeiter Kammer symposium, Vienna, March 2005

Acknowledgements

This presentation draws on research by PSIRU over the last 10 years. PSIRU reports, and much of the data in a global database, are available at www.psiru.org

The majority of this research has been financed by Public Services International (PSI – www.world-psi.org), and by EPSU (www.epsu.org) whose support is gratefully acknowledged.

It also draws on the Watertime project, funded by the European Commission under the 5th framework programme. www.watertime.net. PSIRU is coordinator of the project which involves institutions from Spain, Germany, Finland and Hungary.

Summary

- Introduction
- EU and international developments
- Company developments
- Some national developments
- Comments
- Decision-making

EU law and policies

- **Multiple policies: not just environmental directives**
- **Water Framework Directive (WFD)**
- **Internal market: no draft water directive**
- **Internal market: services directive withdrawn**
- **No draft SGI framework directive**
- **PPPs: white paper to come**
- **State aid: Altmark judgment and Monti package**
- **Procurement: Halle judgment and mixed ownership**

EU and international policies

- EU limits on government borrowing:
 - encouraging PPPs
 - reviewing EMU rules
- Other international bodies
 - IMF: relaxes rules on borrowing
 - IMF: concerns about PPPs
 - World Bank: privatisation has not worked
 - Donors: reviewing policies on conditionalities
- BUT: still demand privatisations eg post-Tsunami, Russia, Ghana, S-E Europe

Companies

- Suez
 - Europe: maintaining position
 - China: expanding but risks
 - Rejection and problems eg Argentina, Bolivia, Colombia – and Pecs
- Veolia
 - Similar, but more active in eastern Europe
- SAUR
 - Sold to finance house (except Africa, Italy)
- RWE-Thames Water
 - Leakage in UK, weak in Europe, withdraws from China
- Other companies
 - United Utilities (partnered by EBRD)
 - EVN: expanding into eastern Europe and Russia
- Move to debt finance and finance capital: UK, SAUR, Czech

PSIRU	Vienna March 2005	www.psiru.org
<div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin: 0 auto; width: 80%;"> <h2 style="margin: 0;">Some national developments</h2> </div> <ul style="list-style-type: none"> • Netherlands – private water supply is illegal • Sweden – new law, Norkoping remunicipalised • UK – campaign in Northern Ireland • France – not much remunicipalisation • Germany – Gelsenwasser municipalised, privatisation rejected in Hamburg, Mulheim • Greece – sale of some shares to public in EYDAP • Hungary – Pecs wants to terminate Suez concession 		

PSIRU	Vienna March 2005	www.psiru.org	
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 0 auto; width: 80%;"> <h2 style="margin: 0;">Public resistance to water privatisation</h2> </div>			
Year	Country	City	Event
2001	France	Grenoble	Privatisation rejected
1998, 2000, 2004	Germany	Potsdam, Munich, Hamburg, Mulheim	Privatisation rejected
1995, 2005	Sweden	Malmo, Norkopping	Privatisation rejected
2004	Netherlands	all	Privatisation illegal
1994, 2002	Poland	Lodz, Poznan	Privatisation rejected
1995, 2004	Hungary	Debrecen, Pecs	Privatisation rejected
2004	UK	Northern Ireland	Campaign against privatisation
2004	Ukraine	Odessa	Privatisation rejected
200, 2000, 1996	USA	Atlanta, Washington	Privatisation rejected
1999, 200	Canada	Montreal, Halifax	Privatisation rejected
1998, 2002, 2005	Argentina	Tucuman, Buenos Aires,	Termination of privatisation
2000, 2005	Bolivia	Cochabamba, La Paz	Termination of privatisation
1999, 200	Brazil	Parana, Rio	Privatisation rejected
1995, 1999, 2002	Honduras, Panama, Trinidad, Paraguay, Mauritius	all	Privatisation rejected
2002	Ghana, Indonesia, South Africa, India, Philippines	various	Continuing campaign

Comments

- EU policies to promote privatization and PPPs are meeting with some resistance
- There is a trend towards subjecting all forms of water operation to competitive tendering
- The water multinationals are operating more cautiously in all parts of the world (except China)
- The international institutions are reviewing their policies towards water privatization and investment.
- There is evidence of strong resistance to water privatization in a number of countries (in EU and elsewhere)

Decision-making

- Big pressures for privatisation since 1990
 - Driven by fiscal limits, politics, private interests
- Need to learn from 15 years experience
 - No more decisions based on faith and hope
 - Evaluate local, national, EU decisions
- Watertime project www.watertime.net
 - Studies 29 cities
 - Developing 'good practice', decision model to assist municipalities etc
- Draft model to be tested in 3 cities
- Final workshop Greenwich November 2005
- Contact www.watertime.net

3. Privatisierung im Wassersektor bei Österreichs Anrainern

Slovenien

Vesselina Penevska, New Bulgarian University, Sofia

Water Sector Restructuring in Slovenia

The paper aims at outlining the major parameters of the water and wastewater sector restructuring in Slovenia related to the process of liberalization and privatisation of the sector, and the role of the national and international actors in that process. Several interrelated topics are addressed: after a short overview of the water and wastewater sector in Slovenia, the legislation regulating water supply and wastewater treatment is presented in relation to the major actors in the water sector governance. The ways of financing and the main actors in water sector funding are also reviewed, as well as the international partnerships concerning the water sector. Public debate about water sector privatisation is also presented.

Water Sector Overview

Slovenia has a population of about 2 million inhabitants on about 20 thousand square meters, half of them living in cities. In the capital, the city of Ljubljana, live approximately 300 000 people. In comparison with what is consumed, available water is plentiful in Slovenia. In terms of annual consumption of water, Slovenia ranks among the European countries with the lowest water use – its water exploitation index is about 2,5%. The precipitation is over 32 billion cubic meters per year, total water resources are 45,4 cubic kilometers per year, which makes a mean average water resources per capita of about 22 700 cubic meters per year. Approximately 85% of the population is supplied with potable water by public water supply systems. The annual water use per capita is about 170 cubic meters (EARS, 2002). The network losses are calculated to be up to 40%. Approximately 75% of the population is provided with a wastewater treatment – 12% pretreatment, 45% cesspools primary treatment, 3% mechanical primary treatment, 12% secondary treatment (GWP, 2000).

Water Sector Gouvernance

There are several major governmental bodies that manage and regulate the water and sewage sector in Slovenia: the Ministry of Environment, Spatial Planning and Energy (MESPE), the Ministry of Health, the Council for Sustainable Development (CSD), Environment Protection Council (EPC), local government, etc.

Ministry of the Environment, Spatial Planning and Energy (MESPE)

MESPE is responsible for coordinating water resource management and development, and policy at the national level. It also controls water resource registers and ground water balances. It has two departments dealing with the water sector (MESPE 2005). The first department is the *Office for the Environment* (chaired by a State Secretary for Environment). It itself has an *Office for Water Management* (chaired by a State Undersecretary) responsible for 'the improvement of the state of the water environment; water management, water management facilities and equipment, protection of drinking water, maintenance of the water regime, flood protection, water protection and removal and cleaning of wastewater'. The second department is *The Inspectorate of the Republic of Slovenia for the Environment and Spatial Planning*. It supervises the enforcement of laws, other regulations and general acts that regulate the water regime, and the organisation and management of waters (according to the Organization and Competence of Ministries Act).

Council for Sustainable Development (CSD)

The CSD is established in 1997 as an advisory board to the Government under the auspices of the MESPE. Since February 2003 it is under the responsibility of the Office for Structural Policy and Regional Development. The CSD is composed of 38 representatives: Ministries and other governmental bodies, NGO's (3 representatives), the private sector (Chamber of Economy and Chamber of Small Business), trade unions, local communities and regions, academics and others. The Council is led by the Minister without Portfolio, responsible for Regional Development. The Council has a Secretariat with 10 representatives from all relevant Ministries. The CSD Secretary and the secretariat appointed by the Government. The CSD has the potential to play an important role in the SD policy and is a significant actor for assuring sustainable development in the country (Freshwater 2004).

Project Preparation and Implementation Unit (PPIU)

The PPIU (1999) functions within the Division for Preparation and Management of Investments at MESPE – to manage the investment process related to the Action Plan for the water sector, based on the Urban Wastewater Directive (Gorišek 2003). The division develops and manages annual and long term investment programs for the water infrastructure and the municipal environmental protection infrastructure. It also manages the investments co-financed by the Government and all EC funds (in the past PHARE, ISPA; in the future Cohesion Fund, Structural Funds). It also takes part in the development of State development programs, the preparation and co-ordination of specific environmental investment projects and the preparation of investment projects with local communities.

Ministry of Health

The Ministry of Health is responsible for the monitoring of drinking water.

Environmental Protection Council (EPC)

The EPC is established in 1994 under the Environmental Protection Act. Its members are appointed by the Parliament among the environment protection experts (Freshwater 2004). Its major tasks are to supervise the state of environmental protection, to deal with the strategy coming out of the national environmental protection policy, to coordinate it with the international trends, etc. So far the EPC has not adopted a pro-active role.

Local government

Municipal authorities are responsible for the organisation, management, operation and maintenance of water supply, wastewater treatment and waste management services (according to EPA). Municipalities own all municipal infrastructure facilities in the water and waste management sectors, and act as investors or contracting authorities in the implementation process. The MESPE works closely with the municipalities to prepare all strategic and planning documents related to water and environmental investments, such as the National Environmental Action Plans (NEAP) and sectional Action Plans. The municipalities' involvement helps to keep the plans and timetables for implementation realistic and workable in the context of available resources and competing demands on time and funds (Gorišek 2003).

Environmental Agency of the Republic of Slovenia (EARS)

The EARS (2001) is responsible for the *acquis* implementation. It also carries out awareness-raising activities for saving water in households and industry. It also informs the public during the driest months about measures for conserving water. Under the supervision of the MESPE, the EARS was the main recipient of a twinning project on for water quality assessment tools – financed by PHARE in 2003.

Slovenian Fund for Water Protection (SFWP)

The SFWP is a partnership project of the enterprise Helios, national and local governments and NGOs. The aim of the project is to promote the consumption of less environmentally damaging paint and varnish products and to provide funding for actions to protect water sources. In the year 2000 the Consumers' Association of Slovenia conducted an educational programme for the women on farms on how to save water. The intention is to have such programmes once per year.

Water Sector Legislation

There are three general legislative acts that regulate the water and sewage sector: the Environmental Protection Act (EPA), the National Environmental Action Plan (NEAP) and the Water Act (2001). Besides their core functions, they are also transpose the EU environment related legislation into the Slovenian legislation and set out the route towards the water and wastewater sector legislation (MESPE 2005).

The EU environmental legislation is transposed to the national legislation of Slovenia by the Environmental Protection Act (EPA), the Water Act and the corresponding Ordinances and Decrees (adopted between 1999-2002) defining the sector specific EU standards and the relevant implementation schemes and time periods. The basic strategic documents that regulate the national environmental policy and the different environmental sectors are the National Environmental Action Programme (NEAP) and the National Development Plan (NDP).

In relation to the EPA's directions and NEAP's main environmental objectives, sectional Action Plans are introduced (Gorišek 2003). The Action Plans regulate the implementation of the investment-intensive Directives in water, waste and air sectors. The Action Plans also state the transitional periods for the implementation of the EC Acquis Communautaire – 10 years for the Urban Waste Water Directive; 8 years for the IPPC Directive (industry and waste management sectors).

The first phase of the investment-intensive Directives' implementation is defined by the Action Plan for Urban Wastewater Collection and Treatment with the Programme of Water Supply Projects (1999). The second phase of the UWWD implementation (2002-2015) is defined by the Action Plan for Urban Wastewater Collection and Treatment in Agglomerations up to 15.000 PU (2001). The Urban Waste Water Directive and the Drinking Water Directive (for 1999-2006) are focused on the protection of water resources, designated for potable water consumption, the upgrading and construction of water supply network in water deficient areas and the upgrading and construction of sewer network and wastewater treatment facilities.

Environment Protection Act (EPA)

The EPA (passed in 1993) is the framework law about the environment in Slovenia. It aims at achieving a balance between the developmental and environmental needs as a basic condition of healthy and sustainable development. EPA's main goals are: first, to regulate the preservation, improvement and development of the integrity, diversity, and quality of the natural elements, natural ecosystems, natural resources, and the natural treasure they represent; second, to regulate the development, exploitation and use of space and other activities affecting the environment. The EPA is also the legal basis for the environmental impact assessments and the rehabilitation and sanitation programmes. It also defines the framework for the State and local authorities control, the liabilities for pollution and damage, the polluter-pays-principle application, the public access to relevant information, etc.

Water Act

The new Water Act (passed in 2001) is the general legislation and regulatory framework for water management in Slovenia. The water policy is implemented on its basis. It deals with the State's administrative tasks in the area of water regulation, maintenance of the existing infrastructure and investment in protection against the harmful effects of water. The Water Act introduces economic valuations of the use of water and payments for water rights. The right of use is acquired on the basis of a *water permit or concession*. The Water Act also

incorporates the legal and economic mechanisms for establishing the economic price of water, introducing a pricing policy for cost-recovery and equitable allocation of water. It also establishes protected areas where drinking water, thermal, mineral, and medicinal water are significant. There is a specific legislation about the quality of surface and ground water: Regulation on groundwater quality (2002), Rules on the health suitability of drinking water (1997, 1998, 2000), Regulation on water quality standards of surface fresh water (2002). There is also a specific legislation about the use of sewage sludge in agriculture: Decree on the Input of Dangerous Substances and Plant Nutrients into the Soil, the Decree on the Limit, Warning and Critical Concentration Values of Dangerous Substances in Soil. A National Water Management Programme is adopted in 2002. On its basis two programmes are introduced. The first one is the Programme for drinking water supply projects. The second one is the Operational Programme for the Collection and Treatment of Municipal Wastewater, focusing on the construction of drainage and sewage systems, wastewater treatment facilities and systems for drinking water supply (MESPE 2005).

National Environmental Action Plan (NEAP)

The NEAP (1999) defines the objectives and basic guidelines in the protection and use of water as a natural public resource. It generally addresses the problem of water deficient areas and inadequate quality of water, especially in small and rural settlements. Policy objectives concerning water management are:

Raising the rational use of water resources;

Introducing preferential investments in the area of water supply that simultaneously restore drainage and waste water treatment;

Reducing the losses in water systems;

Moving to the construction of regional water systems and combining the small systems and preventing inappropriate interventions into the water environment.

Building water supply networks in water deficient areas

Economic instruments

The economic policy of the water sector – and in particular, the application of economic instruments for implementing it – has a priority importance. To ‘cover’ the gap between the required and provided funds (mainly public finance), an enhanced effectiveness of actions and more sustainable use of water resources is looked for. For instance, Slovenia has begun to implement fully unearmarked wastewater tax in 1995 (Klarer 1999: 22). In the area of wastewater regulation (a key area in the environmental policy of Slovenia) the European legislation has been entirely harmonised and transposed into Slovenia's legal system. The wastewater tax (1955), proportional to the pollution loads of the wastewater, is a successful stimulus for investing in the construction of municipal infrastructure through the mechanism of duty payment relief. It will need to be amended or supplemented as a result of the more

efficient directing of funds from the wastewater tax into national priority investment projects in the area of the collection and treatment of wastewater. Slovenian water effluent charges and taxes (in addition to sewage charges) include effluent charge elements and non-compliance elements at the same time (Klarer 1999: 58).

Prices

The government is entitled to set the maximum water prices every four months. Water and sewage prices do not allow for cost recovery. New legislation addressing price setting is passed in the second half of 1998 (MESPE 2005; Klarer 1999).

Investment and Actors

In order to implement the programmes based on the above legislation Slovenia has developed a framework for financing water and wastewater sector activities for the coming year. Investments come from both national and international actors. The Government and local authorities, through a system of economic instruments, and a number of local banks are the major donors for the water sector. Among the foreign actors are the EU (Phare, ISPA, Cohesion Fund, etc.), other EU countries (Austria, UK, France, etc.) and some major international institutions through loans or grants (WB, EBRD, UNESCO, etc.).

There are two types of priority investments in the water sector in Slovenia that use different *financial sources*: *first, investments co-financed by the European Commission financial instruments and second, investments financed by national sources only* (Gorišek 2003).

The investments co-financed by the European Commission financial instruments, use four financial sources: *State budget* (direct co-financing – 10-15% of the total investment costs, wastewater pollution tax – 25-35% of the total investment costs, tax on water leakages – 10-15% of the total investment costs), *municipal budget* provides at least 10 % of total investment costs (co-financing including non-commercial loans, municipal tax, water consumption and wastewater collection charges), *EU co-financing programmes* (grants, 45-55 % of the total investment costs), *private sector* (concession contracts, joint co-financing with public sector).

The investments financed by national sources only use two financial sources: *State budget* (direct co-financing – 20-40% of the total investment costs, wastewater pollution tax – 25-35% of the total investment costs, tax on water leakages – 10-15% of the total investment costs), *municipal budget* provides 20-30 % of total investment costs (co-financing including non-commercial loans, municipal tax, water consumption and wastewater collection charges).

The state of the major projects included in the first phase of the Action Plan and NEAP (1999-2006) in drinking water sector is given in Table 1 below:

Investment project	Start – End	Capacity	Status	Financing
Water supply system (Paka basin)	2003 – 2004	6 500	Under construction	National & ISPA
Sustainable water supply and protection of drinking water sources (Soca basin)	2003 – 2005	12 000	Under construction	National & ISPA

Table 1: Implementation status of the first phase of Action Plan and NEAP (1999-2006) in the drinking water sector in 2004

The state of the major projects included in the first phase of the Action Plan and NEAP (1999-2006) in the wastewater sector is given in Table 2 below:

Investment project	Start – End	Capacity PU	Status	Financing
Sewer network & WWTP (Kranjska Gora)	1999 – 2002	6 500	In operation	National & PHARE
WWTP (Rogaska Slatina)	2000 – 2003	12 000	In operation	National
Main collection & WWTP (Celje)	2001 – 2004	85 000	Finalised	
Sewer network (Lendava)	2001 – 2004	45 000	Under construction	PPP-national public-private and ISPA
WW collection & treatment (Upper stream Sava basin)	2002 – 2004	20 000 11 000	In tendering procedure	National Concession
WWTP Ljubljana	2002 – 2005	350 000	Under construction	National
WW treatment (Paka basin)	2002 – 2005	45 000	Under construction	National & ISPA
WWTP reconstruction (Murska Sobota)	2002 – 2004	45 000	Under construction	Concession
WW collection & treatment (Down stream Sava basin)	2003 – 2006	9 900 16 000 13 000	In tendering procedure	PPP-national public-private and ISPA

Table 2: State of implementation of the first phase of Action Plan and NEAP (1999-2006) in the wastewater sector in 2004

Among the major national actors in water and wastewater sector investments in Slovenia are the local banks and local private sector companies. Among the major international actors in water and wastewater sector investments in Slovenia are some other European countries (Austria, France, Germany, UK) and foreign companies. A number of international institutions also take an active part in the process. Among the major ones are: the EBRD establishes especially for the purpose the Environmental Credit Facility (2003), the World Bank finances the Istria and Coast Water supply and sewage project (1998, 91 million Euro), UNICEF supports the Water Education Project (2002).

Austria plays an active part in water sector development in Slovenia. It has signed two bilateral agreements with Slovenia – the Agreement on the regulation of the Drava river and the Agreement on the regulation of the Mura river. Together with other European countries, Austria also takes part in twinning projects on the implementation of the Water Framework Directive. Austria also supports financially a number of water sector programmes: water supply and sanitation for Suha Reka region (2003), wastewater treatment plant (2001-2002), sewage treatment plant (1997).

Privatisation and Debate

Although the legislation has set the basis for privatization, very few water and wastewater facilities have been a subject of privatization activities. The market structures of public commercial services in Slovenia are still largely incomplete as many markets are in initial phases of development. The emphasis is on the concession contracts of BOT (build-operate-transfer) type. The major example is the Maribor water utility.

Maribor Concession

One water utility – the one in Maribor, the second biggest city in Slovenia – is privatised. The concession is given to a multinational consortium – Suez-Lyonnaise/Steweg in 1998. A special-purpose company is established – Aquasystems d.o.o., owner of 100% of the utility. Aquasystems do.o. is a private company established by a consortium led by Suez-Lyonnaise des Eaux (SLDE) and Degrémont of France. The consortium also includes Steweag and Styrcon of Austria, and Nigrad, the waste-water municipal operator in Maribor is expected to participate (EBRD 1999).

The contract also provisions design, financing and construction of a waste-water treatment plant as well as its maintenance and operation for a 22-year period. EBRD provides a loan – the beneficiary is the Aquasystems d.o.o. – of EUR 28.1 million. The operation is financed under an "A/B" structure, with the EBRD providing an A-loan of EUR 14.8 million and commercial banks providing a B-loan of EUR 13.3 million. The total project cost is EUR 35.2 million. It is the first project under a Build-Operate-Transfer (BOT) contract with the city of Maribor. Aquasystems d.o.o. will finance, construct and operate the waste-water treatment plant for a period of 22 years. Once the BOT agreement expires, the legal ownership and operation of the plant will be transferred to the city. The municipality awarded

the BOT contract in July 1998 following a full international competitive bidding process organised with assistance from the EBRD (EBRD 1999a).

Public Debate

The main debate is about the concession of Maribor water utility. Two groups of arguments could be outlined: Arguments 'before' and arguments 'after' the concession comes into functioning.

Arguments 'pro' before the concession: The major argument is that the concession will optimise the private sector involvement in the financing and provision of municipal services. It is also believed that the project as a whole will help develop the frameworks that promote market functioning and efficiency and is expected to have an important demonstration effect. "Slovenia, like other countries in the region, faces a major challenge in raising adequate levels of investment funds to improve municipal infrastructure and services," said Charles Frank, First Vice President at the EBRD. "The Maribor project provides an important model for private sector involvement in the financing and provision of such infrastructure" (EBRD 1999). As the concession also invests in a new waste water plant, it is considered that the investment allows Maribor's utility to be treated to EU standards, set in the 1991 European Union directive on urban waste-water treatment and local legislation, such as the Regulation on Emission of Discharges of Waste Water from Urban Water Treatment Plants. Before this project the city's waste water receives no treatment. "The project will help Slovenia meet European Union environmental accession requirements – says the deputy mayor of Maribor, Mr. Joze Protner. – Involving the private sector in the construction and operation of the new waste-water treatment plant helps the city to finance such investment without burdening the municipal budget" (EBRD 1999). The waste-water treatment plant will have, it is believed, a major positive impact on both the environment and public health as it will allow a great improvement in surface and possibly ground waters. Besides, the project is the first one in the municipal and environmental infrastructure sector to involve a BOT-type (build – operate - transfer) concession in both Slovenia and in Central and Eastern Europe as a whole (EBRD 1999a).

Arguments 'against' before the concession: These address the concern that the concession represents a potential risk of monopolistic formation of prices, abuse of dominant positions that could harm the consumers and other market participants, declining economic efficiency, inflation inertia (Hall 1997, 1999; Lobina 1999).

Arguments 'pro' after the concession: They are equal to the arguments before the start of the concession and generally include statements that the new owner makes the necessary investments in the utility for sustaining and further developing its technical infrastructure and services. Being the first case of competitive bidding and BOT procedure it provides a model for private sector involvement, e.g. it serves as a case-study for the rest of the sector and the region. These arguments however serve the private sector itself and do not concern the larger social, environmental and economic implications of the project. The only

argument concerning the latter is that the project will contribute to the better environmental and health conditions but those are not results coming from the mere act of privatisation.

Arguments 'against' after the concession: The first concern is that there is (has been) a secrecy about the contract. Second, there seem to be a conflict about the control issues between the municipality and the concession. The Municipality believes it is in a disadvantage as the multinational has the control on the management board. Third, the funds go to foreign – and not to local – consultants. For instance, an environmental impact assessment (EIA) was performed by independent foreign environmental consultants (EBRD 1999). And not last, there are the social consequences of the concession – price rises to levels higher than those applied by the municipal companies.

SOURCES

EARS (2002) Hydrological Data Bank; Database of water payment, taxes and concessions;

European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) (15 April 1999) EBRD support for Slovenian wastewater treatment facility brings clean water to Maribor citizens. Available HTTP: <<http://www.ebrd.com/>> (accessed January 2005).

European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) (23 April 1999) Maribor water and waste-water BOT project, Slovenia. Available HTTP: <<http://www.ebrd.com/>> (accessed January 2005)

Gorišek, M. (2004) Five priorities for cohesion fund co-financing and national financing in the timeframe 2004-2006. MESPE

Gorišek, M. (2003) Slovenian approach to the implementation of infrastructure investments in water sector. MESPE

GWP/CEETAC (2000) Water for the 21st Century: Vision to Action. Central and Eastern Europe.

Hall, D. and Lobina, E. (1999) Water and privatisation in Central and Eastern Europe. PSPRU database. Available HTTP: <www.psir.org/> (accessed December 2004).

Hall, D. (1997) Public partnership and private control – ownership, control and regulation in water concessions in Central Europe. PSIRU database. Available HTTP: <www.psir.org/> (accessed January 2005).

Hall, D. (1997a) Restructuring and Privatisation in the public utilities – Europe. PSIRU database. Available HTTP: <www.psir.org/> (accessed January 2003).

Klarer, J. – McNicholas, J. – Knaus, E. (eds.), (1999) Sourcebook on Economic Instruments for Environmental Policy in Central and Eastern Europe: A Regional Analysis. Sofia Initiative on Economic Instruments.

Lobina, E. (2001) Water privatisation and restructuring in Central and Eastern Europe. PSIRU database. Available HTTP: <www.psiru.org> (accessed January 2003)

Lobina, E. and Hall, D. (1999) Public sector alternatives to water supply and sewerage privatisation: Case studies. PSIRU database. Available HTTP: <www.psiru.org> (accessed January 2005)

Ministry of Environment, Spatial Planning and Environment of Slovenia (MESPE). Available HTTP: <<http://www.sigov.si/cgi-bin/wpl/mop/en/index.htm>> (accessed January 2005)

Republic of Slovenia (2001) Pre-Accession Economic Programme. Ljubljana, 2001

Water Management Society of Slovenia (DVS, Društvo vodarjev Slovenije) (2001) Maribor Concession. Available at HTTP: <<http://www.dvs.si>> (Accessed February 2005)

The paper is partially based on the research findings of the project 'Intermediaries: New intermediary services and the transformation of urban water supply and wastewater disposal systems in Europe', Framework 5 Programme, EU, contract EVK1-CT-2002-00115. The content of the paper exceeds the projects' scope.

WATER SECTOR RESTRUCTURING IN SLOVENIA

Dr Vesselina Penevska

STEPS OF THE PRESENTATION

- 1. Water sector overview*
- 2. Governance and legislation*
- 3. Investments and actors*
- 4. Privatisation and debate*

PART 1: WATER SECTOR OVERVIEW

PART 1: WATER SECTOR OVERVIEW

- A. General data*
- B. Water resources*
- C. Water supply & use*
- D. Water treatment*

PART 1: WATER SECTOR OVERVIEW

A. General data

- ➔ **Area:** 20 000 km²
- ➔ **Population:** 2 million
- ➔ **Urbanisation:** 50% live in cities
- ➔ **Biggest city:** Ljubljana, ~ 300 000

- ➔ **Precipitation:** 32,2 billion m³/year
- ➔ **Danube basin:** 80 % of area & population
- ➔ **Adriatic basin:** 20 % of area & population

PART 1: WATER SECTOR OVERVIEW

B. Water resources:

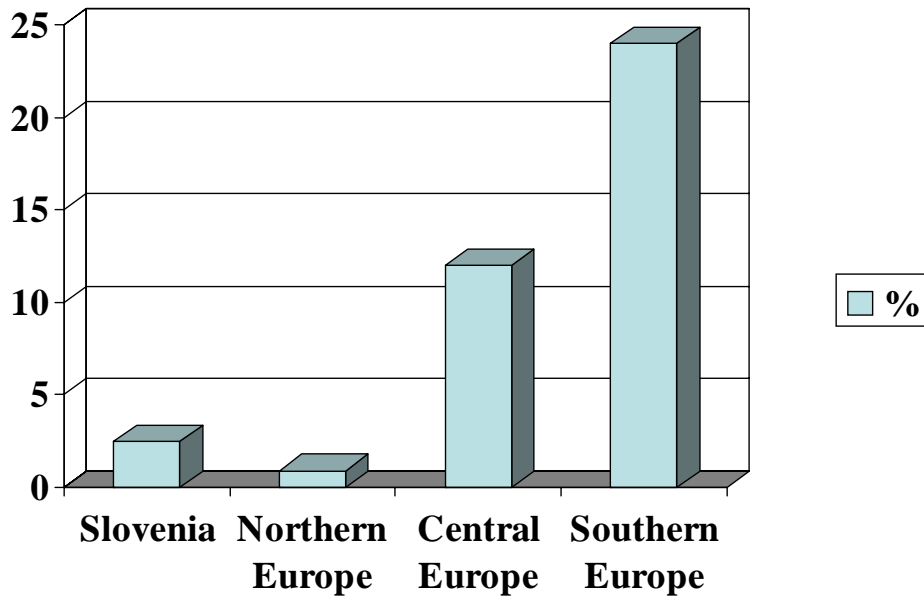
(mean average, GWP 2000)

- ➔ **Total:** 45,4 km³
- ➔ **Total per capita:** 22 700 m³

- ➔ **Internal total:** 32,2 km³
- ➔ **Internal per capita:** 16 100 m³

- ➔ **External total:** 13,2 km³
- ➔ **External per capita:** 6 600 m³

➔ Water Exploitation Index



PART 1: WATER SECTOR OVERVIEW

C. Water supply & use: (GWP 2000 – EARS 2002 - Europe)

- ➔ **Population supplied:** 85 %
- ➔ **Network losses:** 40 %
- ➔ **Total use:** 0,5 km³
 - ➔ *Public supply:* 20 % - 13 % (19 %)
 - ➔ *Industry:* 79 % - 86 % (35 %)
 - ➔ *Agriculture:* 1 % - 1 % (40 %)
- ➔ **Per capita:** 170 m³

PART 1: WATER SECTOR OVERVIEW

D. Water treatment:

➔	Pre-treatment:	12 %
➔	Primary mechanical:	3 %
➔	Primary cesspools:	45 %
➔	Secondary:	12 %
➔	No treatment:	25 %

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Governance

? . *Ministry of Environment,
Spatial Planning and Energy*

B. Ministry of Health

C. Council for Sustainable Development

D. Local authorities

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Governance

? . *Ministry of Environment, Spatial
Planning and Energy (MESPE)*

**→ Office for the Environment →
Office for Water Management**

**→ Inspectorate for the Environment and
Spatial Planning - supervision & control**

**→ Project Preparation and Implementation
Unit (PPIU) – investment**

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Governance

D. Local authorities

- Own all municipal infrastructure water & wastewater facilities**
- Management & maintenance of water supply, waste services & treatment**
- Act as investors or contracting authority**

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Framework Legislation

- ? . Environment Protection Act*
 - 1993 (EPA)**
- B. National Environmental Action Plan*
 - 1999 (NEAP)**
- C. Water Act*
 - 2003 (WA)**
- D. National Water Management Program*
 - 2003 (NWMP)**

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Legislation

? . *Environment Protection Act*

- *Transposes EU legislation***
- *Preservation & improvement of environment***
- *Use & development of space***
- *Environment assessment & rehabilitation programs***

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Legislation

B. Water Act

- *Transposes EU legislation***
- *Right of use (water permit, concession)***
- *Water quality & preservation***
- *Infrastructure maintenance***
- *Economic instruments***
- *Development & investment policy***

PART 2: GOVERNANCE & LEGISLATION

Legislation

C. NEAP

- Basic objectives & guidelines
for water protection & use**
- Rational use of water resources**
- Water losses reduction**
- Preferential investments**
- Regional water systems construction**

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

Investments financed by national public sources only

State budget

- ▶ **State budget co-financing** (20-40 % of total investment)
- ▶ **Waste water pollution tax** (25-35 % of total investment)
- ▶ **Tax on water leakages** (10-15 % of total investment)

Municipal budget (at least 20-30 % of total investment)

- ▶ **Municipal budget direct co-financing**
- ▶ **Municipal tax**
- ▶ **Charges** (water consumption & wastewater collection)

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

Investments co-financed by other actors

State budget

- ▶ **State budget co-financing** (10-15 % of total investment)
- ▶ **Waste water pollution tax** (25-35 % of total investment)
- ▶ **Tax on water leakages** (10-15 % of total investment)

Municipal budget (at least 10 % of total investment)

- ▶ **Municipal budget direct co-financing**
- ▶ **Municipal tax**
- ▶ **Charges** (water consumption & wastewater collection)

EU programs

- ▶ **Grants** (45-55 % of total investment)

Private sector

- ▶ **Concessions (BOT), co-financing with public sector**

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

Projects - Water Supply (1999-2006)

National & ISPA

- ▶ **2003-2004, 6 500 PU**
- ▶ **2003-2005, 12 000 PU** (in tendering procedure)

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

Projects - Wastewater Sector (1999-2006)

National public

- ▶ **2000-2003, 12 000 PU**
- ▶ **2002-2004, 20 000 PU**
- ▶ **2002-2005, 350 000 PU** (Ljubljana)

National public & EC

- ▶ **1999-2002, 6 500 PU** (PHARE)
- ▶ **2002-2005, 45 000 PU** (ISPA)
- ▶ **2004-2006, 3 projects** (Cohesion Fund)

National PPP & ISPA

- ▶ **2001-2004, 45 000 PU**
- ▶ **2003-2006, 10 000 – 16 000 – 13 000 PU** (tender procedure)

Concessions

- ▶ **2002-2005, 11 000 PU** (tender procedure)
- ▶ **2002-2005, 45 000 PU** (tender procedure)

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

Other Actors

National

- ▶▶ **Local banks**
- ▶▶ **Local companies**

Other countries

- ▶▶ **Governments: Austria, France, Germany, UK**
- ▶▶ **Foreign companies**

International players

- ▶▶ **World Bank**
 - ▷ **Istria & Coast Water Supply & Sewage (1998) 91 mill.**
- ▶▶ **EBRD**
 - ▷ **Maribor WWTP (1998) 28,1 mill.**
 - ▷ **Environmental Credit Facility (2003)**
- ▶▶ **Foundations, etc.**
 - ▷ **UNICEF (2002) Water Education Project**

PART 3: INVESTMENTS & ACTORS

Austria's commitment

Bi-lateral agreements

- ▶ **Agreement on the Regulation of River Drava Waters**
- ▶ **Agreement on the Regulation of River Mura Waters**

Support programs

- ▶ **Water supply & sanitation: 1,5 million EUR so far**
(Suha Reka Region, Last project – 2003, Vrania)
- ▶ **Sewage TP (1997)**
- ▶ **Wastewater TP (2001-2002)**

Twinning projects

- ▶ **Implementation of the Framework-Directive (2000-2001)**

Austrian companies

- ▶ **ELIN (Potable water preparation)**
- ▶ **PURATOR (Small water cleaning facilities)**

PART 4: PRIVATISATION & DEBATE

PART 4: PRIVATISATION & DEBATE

Maribor concession

- ➔ **1998, 22 year, BOT contract**
- ➔ **Waste Water Treatment Plant**
 - ➔ *Design, financing, construction*
 - ➔ *Maintenance and operation*
- ➔ **Aquasystems d.d.o. =**
 - ➔ *Suez-Lyonnaise & Degrémont (France)*
 - ➔ *Steweag & Styrcon (Austria)*
 - ➔ *Nigrad (municipal operator)*
- ➔ **Loan 35,2 million EUR**
 - ➔ *EBRD 28,1*
 - ➔ *Commercial banks 14,3*

PART 4: PRIVATISATION & DEBATE

Arguments 'Pro'

Benefits for the private sector

- ➔ **Optimises private sector involvement in municipal services' financing & provision**
- ➔ **Promotes market functioning & efficiency**
- ➔ **Demonstration & model effect, first BOT**

PART 4: PRIVATISATION & DEBATE

Arguments 'Pro'

Benefits for the public sector

- ➔ **Provides compliance to EU standards & accession requirements**
- ➔ **Better management & investments**
- ➔ **Improves municipal infrastructure & services**
- ➔ **Positive impact on environment & public health**
- ➔ **Improvement of surface & ground water**

PART 4: PRIVATISATION & DEBATE

Arguments 'Con'

New monopoly

- ➔ **Risk of monopolistic formation of prices**
- ➔ **Dominant position that could harm the consumers & other market participants**

Underperformance

- ➔ **Declining economic efficiency**
- ➔ **Service quality decrease**

PART 4: PRIVATISATION & DEBATE

Arguments 'Con'

Potential Conflicts

- ➔ **Lack of transparency about**
 - ➔ **concession procedure & contract**
 - ➔ **complex channeling of multilateral funds**
- ➔ **Complexities on control issues**
 - ➔ **within the mixed PP management**
 - ➔ **over the water resource**
- ➔ **National wealth exported**

Ungarn (1)

Wolfgang Lauber, Bundesarbeitskammer

Privatisierung des Wassersektors in Ungarn

1. Entwicklung und aktuelle Situation der materiellen Strukturen

Trinkwasser

Im Jahr 1990 waren 85 % der ungarischen Haushalte an eine öffentliche Wasserversorgung angeschlossen, im Jahr 2002 waren es 93 %. Die Wasserversorgung beruht zu 90 % auf Grundwasser, wobei rund zwei Drittel dieses Grundwassergebietes aufgrund der Geologie potentiell von Oberflächeneinflüssen gefährdet sind. Dies ist auch ein wesentliches Motiv dafür, neben einer umweltschonenden Abfallentsorgung (Deponien!) die Abwasserentsorgung auszubauen (MET 2003, 16 ff).

Die Leitungsverluste werden mit 18 % angegeben (Morris et al 2004, 45), andere Quellen geben allerdings deutlich höhere Werte von 30-40% an (Owen 2002, 59).

Da rund ein Viertel der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt wird, das bei einigen Parametern (Arsen, Bor, Fluoride, Nitrit, Ammonium) nicht die Grenzwerte der EU-Trinkwasserverordnung sowie der entsprechenden ungarischen Regelung erreicht, sind entsprechende Investitionen (neue Aquifere, Aufbereitung) nötig.

Bis zum Jahr 2009 sollen die Grenzwerte schrittweise erreicht werden. Dafür sind 433 Mio € vorgesehen (MET 2003, 116)

Abwasser

Im Jahr 1990 waren 42 % der Haushalte an ein Kanalnetz angeschlossen, im Jahr 2002 waren es 56 %. 40 % der gesammelten Abwässer gelangten im Jahr 2002 ungereinigt in die Oberflächengewässer, 5 % wurden nur einer mechanischen, 35 – 40 % darüberhinaus einer biologischen und die restlichen 20 % zudem einer Dritten Reinigungsstufe (Stickstoff, Phosphor) zugeführt (CEEP 2004, 28; MET 2003, 181; Morris et al 2004, 47; VZCOSZSZ 2005)

Während im Landesdurchschnitt vor allem die größeren Städte über Kläranlagen verfügen, wird der niedrige Reinigungsgrad von Zentralungarn vor allem durch Budapest bestimmt. Denn dort werden zwar 90 % der Abwässer erfaßt, aber nur 28 % davon gelangen in eine biologische Reinigung, 22 % in eine mechanische, der Rest gelangt ungereinigt in die Donau. Der vor wenigen Jahren vergebene Bauauftrag sieht mit Inbetriebnahme der neuen Kläranlage und Ausbau der bestehenden bis 2010 eine biologische Reinigung von 100 % der Abwässer vor (AQUAMEDIA 2004b).

Beginnend bei Ortschaften mit mehr als 10.000 Einwohnern (EW) sollen zu den derzeit 5,5 Mio Einwohnerwerten, die einer – oft nur mechanischen – Reinigung zugeführt werden (42 % der insgesamt 13,2 Mio EW für 10,4 Mio Einwohner), bis zum 2015 insgesamt Anlagen für eine biologische Reinigung von 4,1 Mio EW dazukommen, entsprechend der EU-Richtlinie. Dafür sind Investitionen im Umfang von 3.300 Mio € vorgesehen. Die Hälfte der Investitionen soll aus staatlichen Mitteln kommen, 20 % aus EU-Fonds, der Rest von Kommunen und aus Bankkrediten (Bayer et al 2004, 71; MET 2004, 115).

2. Gesetzliche und organisatorische Entwicklungen

Bis 1990 wurde die kommunale Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung in Ungarn von 33 staatlichen Betrieben mit einheitlichen Gebühren durchgeführt. Im Jahr 1990 begann eine Dezentralisierung zu den Kommunen. Die Anlagen im Wert von 200 Mrd Forint wurden 1991 in das Eigentum von 3200 Gemeinden und einigen Bezirken sowie 5 weiterhin staatlichen Gesellschaften übertragen. 377 Betriebe übernahmen zumeist sowohl Wasserver- als auch Abwasserentsorgung. Die Kommunen – bis dahin nicht mit dieser Aufgabe befaßt! - erhielten Wasserversorgung und später auch Abwasserentsorgung als Pflichtaufgabe, die Organisationsform wurde ihnen freigestellt.

Ursprünglich war vorgesehen, aber später wieder revidiert wurde die Bestimmung, die Wasserbetriebe ab 1996 in privatwirtschaftliche Rechtsform überzuführen. Diese Betriebe sollten kostendeckend arbeiten. Von den 98 Mitgliedern der Ungarischen Vereinigung für Wasser- und Abwasserwirtschaft, die 96 % der Siedlungswasserwirtschaft abdecken, haben allerdings 88 eine GmbH oder Aktiengesellschaft gegründet und diese decken über 90 % der Siedlungswasserwirtschaft ab (Hegedüs 2004, 9; VZCOSZSZ 2005).

3. Gebühren und Förderungen

Die Haushaltsgebühren deckten in den 80er Jahren nur rund 60 % der Kosten ab. Die unterschiedlich hohen Kosten der einzelnen Betriebe bei gleichzeitig einheitlich vorgegebenen Gebühren wurden durch einen staatlichen Fonds ausgeglichen. Auch in der ersten Hälfte der 90er Jahre deckten die Haushaltsgebühren kaum die Betriebskosten.

Die durchschnittlichen Haushaltspreise pro Kubikmeter lagen in Ungarn Ende der 1980er Jahre bei 7 Forint, im Jahr 2004 dagegen bereits bei 164 Forint für Trinkwasser und 148 Forint für Abwasser, zusammen also bei 312 Forint (Hegedüs 2004, 11f; VZCOSZSZ 2005). Zum Anstieg trugen schwindende staatliche Förderungen bzw. kommunale Zuschüsse und steigende Kubikmeterkosten (Investitionen, Rückgang des Wasserverbrauchs) bei. Das wirkt sich auch auf die Betriebskosten bzw. die Ausgaben für Wohnen aus: Die Ausgaben für Wohnen belasteten die Haushalte zu Ende der 80er Jahre mit 10-15%, Mitte der 90er Jahre waren es im Schnitt 22-26 %.

Konsumenten können bei Kommunen um Unterstützung bei hohen Gebühren ansuchen. Zudem gibt es einen staatlichen Fonds, der in Anspruch genommen werden kann, wenn die Gebühren bestimmte Werte überschreiten. Im Jahr 2004 war dieser Wert 522 Forint je

Kubikmeter (für Trinkwasser plus Abwasser). Schätzungsweise 150.000 Personen dürften von dieser Regelung betroffen sein.

Investitionen können theoretisch bis zu 100 % aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, was allerdings durch budgetäre Restriktionen begrenzt wird.

4. Stand der Privatisierung

Die gesetzliche Regelung ermöglichte die Einbeziehung von Privatunternehmen beim Betrieb von Wasserver- und Abwasserentsorgung (Hall 1999; Hall 2003; Hegedüs 2004, 7ff; Hollos 2004, 22; Owen 2002, 227). Die Mehrheit der Anteile mußte allerdings bei den Kommunen bleiben. Die Netze (nicht aber Büros, Labors, Kfz usw.) müssen nach einer höchstgerichtlichen Entscheidung zur Gänze im Eigentum der Kommunen bleiben, die auch für Erhaltung und Erweiterung zuständig bleiben. Private Nutzer müssen entsprechende Mietgebühren zahlen. Da die rechtliche Situation lange ungeklärt war, wurden in Budapest (s. unten) auch Eigentumsanteile an den Anlagen verkauft.

Heute sind in Ungarn bei 6 größeren Städten sowie bei einer kleineren Region Wasserbetriebe mit privater Beteiligung tätig. Von den 2,5 Mio betroffenen Bürgern – sie machen etwa 25 % der Bevölkerung von Ungarn aus – leben allein knapp 2 Mio in Budapest.

	versorge Einwohner	Jahr	Private Betreiber, Anteile, Vertragsdauer
Kaposvar	69.000	1994	Suez 36 %, ungar. Investoren 64 %
Szeged	170.000	1994	Vivendi 49 % - 15 Jahre
Pècs	162.000	1995	Suez 48 %
Hodmezovasarhely	60.000	1997	BWB 47 % (seit 2000 mit RWE + Vivendi)
Budapest	2.400.000	1997	Trinkwasser: Suez + RWE 25 % Abwasser: Vivendi + BWB 25 %
Borsod-Region	140.000	2001	Gelsenwasser 49 % - 20 Jahre

5. Pro und contra Privatisierung

Die folgende Zusammenfassung stützt sich vor allem auf Hall (1999; 2003) sowie auf Hegedüs (2004).

5.a Befürworter der Privatisierung führen – wie in anderen Staaten - an

- **Modernisierungserfolge**, die (ausländischen) privaten Unternehmen zugeschrieben werden (Technologie, Effizienz)

- **Zugang zu ausländischem Kapital.**

5.b Gegner der Privatisierung

Die Bevölkerung in Ungarn zeigt wie in anderen Ländern geringe Sympathien für Privatisierungen des Wassersektors. Vor allem werden davon hohe Gebührensteigerungen erwartet. Zu dieser ablehnenden Haltung haben aber auch Erfahrungen mit den durchgeführten Privatisierungen beigetragen, insbesondere mit

Entscheidungsprozess: Private Minderheitseigentümer haben Entscheidungsmehrheit

Die Vergabe erfolgte in Ungarn in mehreren Fällen ohne Ausschreibung bzw. in intransparenter Form (Teller 2001, 50). Die Städte können aufgrund der ehemals zentralen staatlichen Strukturen nicht generell auf entsprechendes know-how zurückgreifen.

Wenngleich die privaten Wasserlogipole in allen Betreibergesellschaften nur Minderheitsanteile besitzen, sind sie in fast allen Entscheidungsgremien der Gesellschaften in der Mehrheit (zB in Budapest bei 25%+1 Aktien 4 von 7 Sitzen, in Pecs bei 49% Aktien 100% des Managements). In Szeged, wo es jahrelange Nachverhandlungen aufgrund von Unzufriedenheit mit den finanziellen Entwicklungen gegeben hatte sowie eine Anrufung des International Court in Genf, wurde 7 Jahre nach ursprünglichem Vertragsabschluß vereinbart, der Stadt auch in den Managementgremien die Entscheidungsmehrheit zurückzugeben.

Risikoteilung: Verlustabdeckungen durch Kommunen sichern Privatunternehmen Gewinne

Die Verträge sehen häufig hohe Gewinne der Minderheitseigentümer vor, während die Kommunen als Mehrheitseigentümer gleichzeitig für Verluste haften. Diese Belastung der Kommunen bei gleichzeitig hohen Einnahmen der Privaten sowie die Gebührensteigerungen führten zu Konflikten, die in Budapest sowie in Szeged zu einer besseren Verteilung von Gewinnen und finanziellen Verpflichtungen (Investitionen) zwischen privaten Minderheitseigentümern und Stadt führten – wohl aus Imagegründen im Interesse weiterer Expansionsmöglichkeiten.

Teure Errichtung durch Exklusivrechte

Die schon aus Frankreich bekannte vertikale Integration von Errichtern und Betreibern (Baufträge an Unternehmen im Mehrheitseigentum des Betreibers) steht im Widerspruch zur Annahme kostengünstiger Errichtung (zB Exklusivrechte für Bauaufträge in Szeged an eine GmbH mit 70% -Beteiligung von Vivendi).

Privatisierungserlöse dienen Budgetsanierung, nicht der Sektormodernisierung

Kündigung von Beschäftigten

Wenngleich in Ungarn nicht typisch, wurden in mehreren Fällen die Beschäftigtenzahlen drastisch reduziert: In den Trinkwasserwerken von Budapest zwischen 1996 und 2004 um 35% (AQUAMEDIA 2004). Im Vorfeld von Ausschreibungen bzw. Verhandlungen werden allerdings typischerweise zwecks Erzielung günstiger Angebote die Belegschaften reduziert (in Budapest; s. Hegedüs 2004, 17;

6. Kommunal statt Privat – das Beispiel Debrecen

Im Jahr 1993 entschied die Stadt Debrecen, mit 220.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt Ungarns, die stark subventionierten Bäder der Stadt aus der bis dahin bestehenden betrieblichen Einheit herauszulösen, überdies wurden im Vorfeld einer Privatisierung bzw. deren Ausschreibung die Wassergebühren stark erhöht. Im Juni 1994 plante Debrecen, den Betrieb von Wasserver- und Abwasserentsorgung an Vivendi zu vergeben. Die Stadt verwarf diesen Plan aber im August 1994 zugunsten eines angeblich besseren Anbots von Eurawasser, das mehr Investitionen als Vivendi und eine Reduktion der Beschäftigten auf die Hälfte innerhalb von zehn Jahren vorsah. Eine Allianz aus Betriebsrat, Gewerkschaft und Management bemühte sich, eine öffentliche Lösung auch ökonomisch zu begründen. Nach den Wahlen im Dezember 1994 kam es sowohl auf nationaler wie auch auf lokaler Ebene zu einem politischen Wechsel. Im Mai 1995 entschied die neue Stadtregierung, statt der Privatisierung ein Wasserunternehmen im Eigentum der Kommune zu gründen. Die Investitionen sollten mithilfe von EU-Mitteln aus dem PHARE-Programm, staatlichen Förderungen, Mitteln der EBRD sowie eines ungarischen Bankkredits finanziert werden, für den die EIB garantierte. Bei der Errichtung wurde möglichst von lokalen Firmen mit deren Arbeitnehmern und deren Technologie durchgeführt und führte – im Vergleich mit der Stadt Szeged, wo der Wassersektor 1994 privatisiert wurde – zu niedrigeren spezifischen Investitionskosten. Die Wassergebühren lagen um 75% niedriger als die von den privaten Anbietern vorgesehenen. (PSIRU 1998)

Im Jahr 2001 wurde von Debrecen der weitere Ausbau bis auf eine Anschlußrate von 90% beschlossen, finanziert zu 50 % aus dem ISPA-Fonds der EU (Fonds für Umwelt- und Verkehrsinfrastruktur), 40 % aus staatlichen Mitteln und 10 % aus kommunalen Geldern (Hall 2003, 23).

Quellen:

AQUAMEDIA, online-medium von Bohmann Druck und Verlag Wien. 2004a:
<http://www.aquamedia.at/templates/index.cfm/id/14753>, abgefragt am 10.2.2005

AQUAMEDIA, online-medium von Bohmann Druck und Verlag Wien. 2004b:
<http://www.aquamedia.at/templates/index.cfm/id/15007>, abgefragt am 10.2.2005

Bayer, Gerhard; Albená Kisliakova; Bernadetta Szélag; Österr. Gesellschaft für Umwelt und Technik: Umwelttechnikmärkte in Mittel- und Osteuropa sowie Südosteuropa. Studie

im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich und Kommunalkredit Public Consulting; Wien 2004 <http://wko.at/up/enet/utkonferenz.htm>, abgefragt am 10.2.2005

CEEP: The state of certain services of general economic interest at the time of EU-Accession. Hungarian National Report. Bruxelles-Budapest, 2004. Unveröff. Manuskript.

Hall, David: Restructuring and privatization in the public utilities Europe; <http://64.233.161.104/search?q=cache:qFo3drM5AZoJ:www.ilo.org/public/english/employment/ent/papers/travint1b.htm+szeged+privatization+sewage&hl=de>; abgefragt am 15.2.2005

Hall, David; Emanuele Lobina: Water privatisation in Central and Eastern Europe, 1999. PSIRU-Report, London 1999. <http://www.psiu.org/reports/9909b-W-CEE.doc>, abgefragt am 10.2.2005

Hall, David; Emanuele Lobina; Robin de la Motte: Water privatisation and restructuring in Central and Eastern Europe and NIS countries, 2002. PSIRU-Report, London 2003. <http://www.psiu.org/reports/2003-03-W-CEENIS.doc>, abgefragt am 10.2.2005

Hegedüs, Jozsef; Eszter Somogyi; Andrea Tönko: Working Paper – Current Status of Water Sector Restructuring in Hungary. Intermediaries – Report, Budapest 2003; http://www.irs-net.de/texte/intermediaries/WP1_Hungary.pdf, abgefragt am 10.2.2005

Hollos, Bela M.: Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU – neue Mitgliedstaaten. Länderbericht Ungarn. Österr. Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung – ÖGPP. Wien 2004. <http://www.politikberatung.or.at/documents/ungarn.pdf>, abgefragt am 10.2.2005

MET (Ministry of Economy and Transport): Environmental Protection and Infrastructure Operational Programme 2004-2006, Republic of Hungary, Budapest 2003; http://www.nfh.hu/doc/nft/OP/EIOP_final.pdf, abgefragt am 10.2.2005

Morris, Glenn. E; András Kis (MAKK, Hungarian Environmental Economics Centre): Assessment and Development of Municipal Water and Wastewater Tariffs and Effluent Charges in the Danube River Basin. Vol. 1. Bericht im Auftrag von UNDP / GEF, Budapest 2004; http://www.ireas.cz/download/projekty/www_vak/volume_1.pdf, abgefragt am 10.2.2005

PSIRU: Resources 9 – Debrecen, Hungar Campaign against Water Privatisation 1993-94. London 1998; <http://www.psiu.org/educ/Resources/Res9.htm>, abgefragt am 10.2.2005

Owen, David Lloyd: The European Water Industry. London 2002

Teller, Nora; Eszter Somogyi: Public Services in Hungary, Zagreb 2001; zit. nach Hollos (2004)

VZCOSZSZ (The Hungarian Professional Association of Water and Sewerage Companies), Budapest 2005, <http://www.vcsoszsz.hu/index-ie.html>, abgefragt am 10.2.2005

Privatisierung des Wassersektors in Ungarn

Wolfgang Lauber, AK Wien

9.3.2005



Trinkwasser

Haushalts-Anschlußquote von 85% (1990) auf 93% (2001)

Trinkwasserversorgung zu 90 % aus Grundwasser – gefährdet durch Deponien und Abwässer

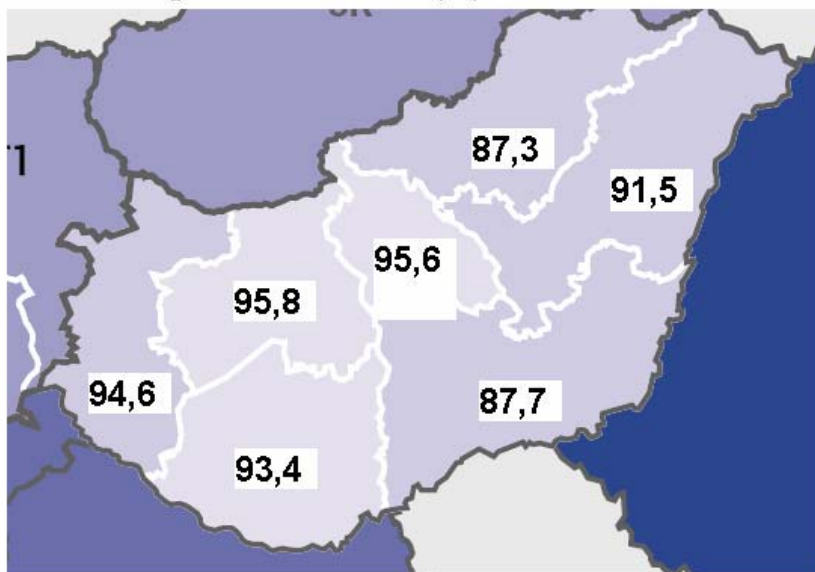
Leitungsverluste ca 18 %

Bestimmte Trinkwasserparameter überschreiten Grenzwerte für ¼ der Bevölkerung

Bis 2009 unter Grenzwerte - dafür 433 Mio € (43 €/EW)



**Ungarn: Trinkwasser
Anschlußgrad Haushalte (%) im Jahr 2001**



Ungarn: Durchschnitt 92,6 %

Abwasser

Anschlußquote (Kanäle)

1990: 42 %, 2002: 56 % Abwässer gesammelt

40 % der gesammelten Abwässer ungereinigt

5 % nur mechanischen gereinigt

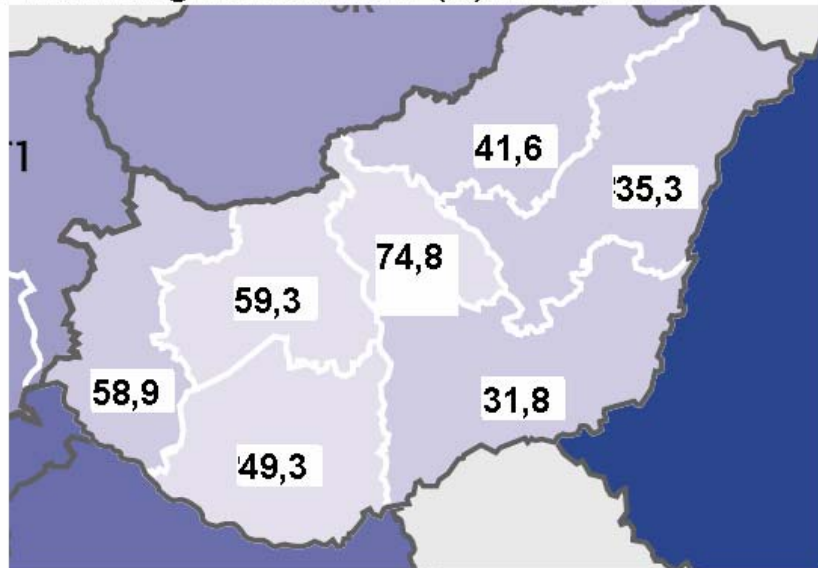
35 – 40 % biologisch

20 % Dritte Reinigungsstufe (Nährstoffe)

regional sehr unterschiedlich (Budapest!)

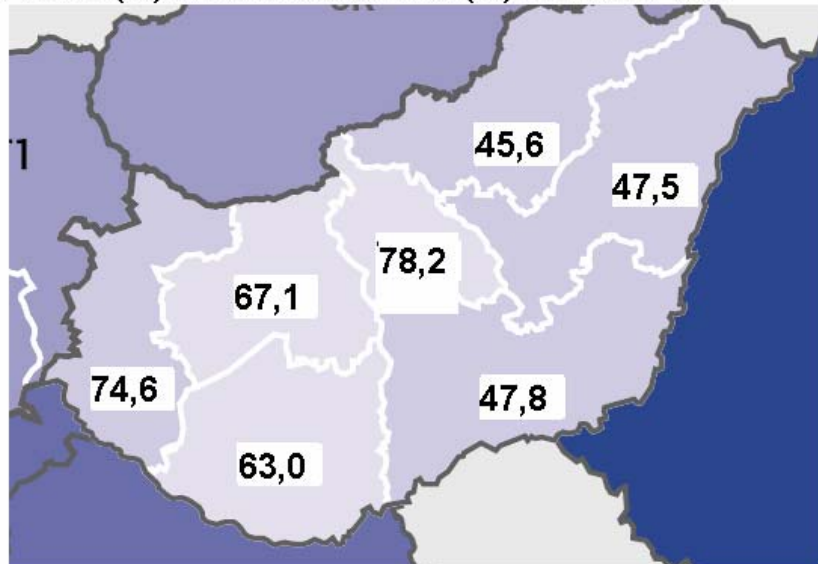


**Ungarn: Abwasserentsorgung
Anschlußgrad Haushalte (%) im Jahr 2001**



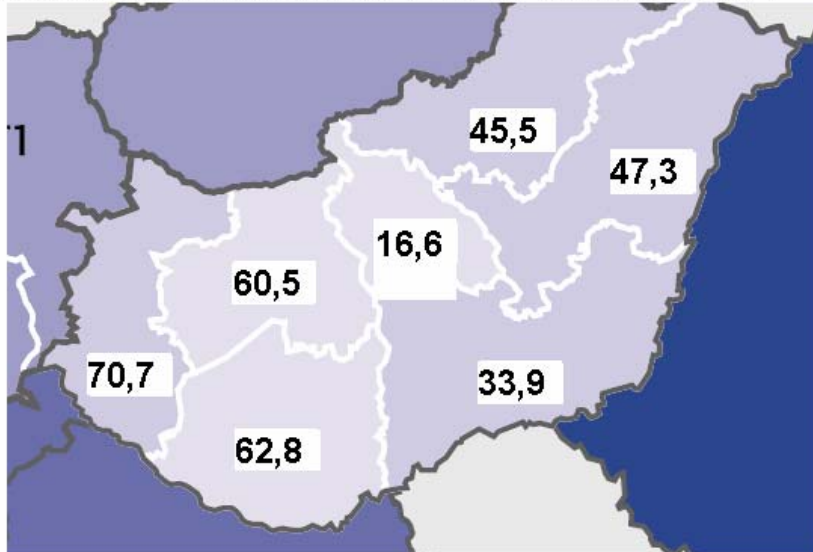
Ungarn: Durchschnitt 53,5 %

**Ungarn: Abwasserentsorgung über Netze
Anteil (%) an Abwasserlast (%) im Jahr 2001**



Durchschnitt Ungarn 63,0 %

**Ungarn: Abwasserbehandlung in Kläranlagen
Anteil an Abwasserlast (EW) in % im Jahr 2001**



Ungarn: Durchschnitt 41,7 %

Investitionen Abwasser

Derzeit 5,5 Mio Einwohnerwerte (von 13,2 Mio) zT nur mechanische Reinigung

Bis 2015 zusätzlich 4,1 Mio Einwohnerwerte sowie generell biologische Reinigung

In sensiblen Gebieten (Trinkwasser!) auch kleine Ortschaften

Kosten: 3.300 Mio € (330 €/EW)
- 50 % Staat, 30 % Kommunen, Kredite,
20 % EU-Fonds



Gesetzliche und organisatorische Entwicklungen

Bis 1990: 33 staatliche Betriebe

1990 Dezentralisierung zu den Kommunen:
377 Betriebe

Kommunen: neue Pflichtaufgabe Trinkwasser
- später auch Abwasserentsorgung

Organisationsform freigestellt



Private Rechtsform vorherrschend

Ursprünglich vorgesehen, später wieder revidiert wurde die Bestimmung, die Wasserbetriebe ab 1996 in privatwirtschaftliche Rechtsform überzuführen.

Heute werden nur wenige Prozent der Bevölkerung von kleinen, nicht in privatwirtschaftliche Rechtsform übergeführten Betrieben versorgt.



Gebühren

Kostendeckung in 80er Jahren etwa 60%,
Differenz vom Staat ausgeglichen

Kostendeckung in erster Hälfte 90er Jahre
kaum für Betrieb ausreichend

Gebührenanstieg von durchschn. 7 Forint/m³
Ende 1980er auf heute (2004) 164 Ft
Trinkwasser und 148 Ft Abwasser
- ca 3 % des Nettoeinkommens für Wasser



Förderungen

Staatliche Investitionsförderungen theoretisch
bis 100 % - praktisch budgetär begrenzt

Staatliche Zuschüsse an Haushalte mit
Gebühren über bestimmten Limits (2004:ca
500 Ft/m³ für Trink- und Abwasser – betraf
schätzungsweise 150.000 Personen)



Privatisierung

Mehrheit der Anteile muß bei Kommunen bleiben

Netze - Höchstgericht: Zur Gänze im Eigentum der Kommunen (Ausn.: Budapest, noch vor Gerichtsentscheid)

Kommunen auch für Erhaltung und Erweiterung zuständig

Private Nutzer zahlen Nutzungsentgelte



25 % der Bevölkerung mit privaten Versorgern

Heute bei 6 größeren Städten sowie bei einer kleineren Region Wasserbetriebe mit privater Beteiligung tätig.

Von den 2,5 Mio betroffenen Bürgern – etwa 25 % der Bevölkerung– leben allein knapp 2 Mio in Budapest.



Szeged	170.000	1994	Vivendi 49% - 15 Jahre		
Pécs	162.000	1995	Suez 48%		
Hodmezovasarhely	60.000	1997	BWB (seit 2000 mit RWE und Vivendi) 47%		
Budapest	1.900.000	1997	Suez, RWE (Tw) Vivendi, BWB (Abw) je 25% -		
Borsod-Region	140.000	2001	Gelsenwasser 49% - 20 Jahre		
	2.501.000				
Einwohner Ungarn	10.400.000				
<u>Dezember 2004: Pecs will Wasserbetriebe zurückkaufen</u>					



Befürworter der Privatisierung

führen – wie in anderen Staaten – vor allem an:

- Modernisierungserfolge, die (ausländischen) privaten Unternehmen zugeschrieben werden (Technologie, Effizienz,)
- “a real capitalist mentality would be introduced“ (so Kommunen lt Hegedüs et al, 2003)
- Zugang zu ausländischem Kapital.



Contra Privatisierung - 1

**Entscheidungsprozess: Private
Minderheitseigentümer haben Mehrheit
im Vorstand**

**oft ohne Ausschreibung bzw.
intransparent, geheime Verträge**

**auf kommunaler Eben kein Verhandlungs-
know-how**



Contra Privatisierung - 2

**Risiko: Verlustabdeckung durch
Kommunen sichert Privaten Gewinne**

- Verträge sehen häufig hohe Gewinne der
Minderheitseigentümer vor**
- gleichzeitige Gebührensteigerungen
führten zu Konflikten**



Contra Privatisierung - 3

Teure Errichtung durch Exklusivrechte

**Privatisierungserlöse dienen
Budgetsanierung, nicht der
Sektormodernisierung**

**Abbau von Arbeitsplätzen, zB Budapester
Wasserwerk: zwischen 1994 und 2004
minus 35%**



Kommunal statt privat – das Beispiel Debrecen (220.000 Einw.) - 1

**1993 im Vorfeld einer Privatisierung Wassergebühren
stark erhöht**

1994 Vergabe an Vivendi

**Reduktion der Beschäftigten innerhalb von zehn
Jahren auf die Hälfte vorgesehen**

**Allianz aus Betriebsrat, Gewerkschaft und Management
will öffentliche Lösung auch ökonomisch
begründen**

**Wahlen Dez. 1994 - neue Stadtregierung beschließt
statt Privatisierung kommunales
Wasserunternehmen im Eigentum der Kommune**



Kommunal statt privat – das Beispiel Debrecen (220.000 Einw.) - 2

Investitionen aus EU-Mitteln, EBRD, staatlichen Förderungen, sowie ungarischen Bankkredite (EIB-Garantie), Errichtung weitgehend mit lokalen Firmen

Im Vergleich zum privatisierten Szeged niedrigere spezifische Investitionskosten

Wassergebühren 75% unter privaten Anbietern

Arbeitsplätze erhalten



Quellen (1):

AQUAMEDIA, online-medium von Bohmann Druck und Verlag Wien. 2004a:
<http://www.aquamedia.at/templates/index.cfm/id/14753>, abgefragt am 10.2.2005

AQUAMEDIA, online-medium von Bohmann Druck und Verlag Wien. 2004b:
<http://www.aquamedia.at/templates/index.cfm/id/15007>, abgefragt am 10.2.2005

Bayer, Gerhard; Albená Kisliakova; Bernadetta Szelag; Osterr. Gesellschaft für Umwelt und Technik: Umwelttechnikmärkte in Mittel- und Osteuropa sowie Südosteuropa. Studie im Auftrag von Wirtschaftskammer Österreich und Kommunalkredit Public Consulting; Wien 2004
<http://wko.at/up/enet/utkonferenz.htm>, abgefragt am 10.2.2005

CEEP: The state of certain services of general economic interest at the time of EU-Accession. Hungarian National Report. Bruxelles-Budapest, 2004. Unveroff. Manuskript.

Hall, David: Restructuring and privatization in the public utilities Europe;
<http://64.233.161.104/search?q=cache:qFo3drM5AZoJ:www.ilo.org/public/english/employment/ent/papers/travint1b.htm+szeged+privatization+sewage&hl=de>; abgefragt am 15.2.2005

Hall, David; Emanuele Lobina: Water privatisation in Central and Eastern Europe, 1999. PSIRU-Report, London 1999. <http://www.psiru.org/reports/9909b-W-CEE.doc>, abgefragt am 10.2.2005

Hall, David; Emanuele Lobina; Robin de la Motte: Water privatisation and restructuring in Central and Eastern Europe and NIS countries, 2002. PSIRU-Report, London 2003.
<http://www.psiru.org/reports/2003-03-W-CEENIS.doc>, abgefragt am 10.2.2005



Quellen (2):

Hegedus, Jozsef; Eszter Somogyi; Andrea Tonko: Working Paper ? Current Status of Water Sector Restructuring in Hungary. Intermediaries ? Report, Budapest 2003; http://www.irs-net.de/texte/intermediaries/WP1_Hungary.pdf , abgefragt am 10.2.2005

Länderbericht Ungarn. Osterr. Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung ? OGPP. Wien 2004. <http://www.politikberatung.or.at/documents/ungarn.pdf> , abgefragt am 10.2.2005

MET (Ministry of Economy and Transport): Environmental Protection and Infrastructure Operational Programme 2004-2006, Republic of Hungary, Budapest 2003; http://www.mft.hu/doc/mft/OP/EIOP_final.pdf , abgefragt am 10.2.2005

Morris, Glenn. E; Andras Kis (MAKK, Hungarian Environmental Economics Centre): Assessment and Development of Municipal Water and Wastewater Tariffs and Effluent Charges in the Danube River Basin. Vol. 1. Bericht im Auftrag von UNDP / GEF, Budapest 2004; http://www.ireas.cz/download/projekty/www_vak/volume_1.pdf , abgefragt am 10.2.2005

PSIRU: Resources 9 ? Debrecen, Hungar Campaign against Water Privatisation 1993-94. London 1998; <http://www.psiru.org/educ/Resources/Res9.htm> , abgefragt am 10.2.2005

Owen, David Lloyd: The European Water Industry. London 2002

Teller, Nora; Eszter Somogyi: Public Services in Hungary, Zagreb 2001; zit. nach Hollos (2004)

VZCOSZSZ (The Hungarian Professional Association of Water and Sewerage Companies), Budapest 2005, <http://www.vcsoszz.hu/index-ie.html> , abgefragt am 10.2.2005



Ungarn (2)

Zsolt Boda, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Water privatisation in Hungary

When talking about the privatization of public utilities, including water works, in CEE countries, we should put this into a more general context. Privatization happened in an era of general political and economic transformation, and privatization itself was an important element of this transformation. The importance attached to privatization is understandable given the specificity of the centrally planned economies where almost all productive assets were in the possession, or under the tight control, of the state, and official ideology did not question the predominance of collective ownership.

Privatization in the CEE countries is unique in many respects, not “just” because of the political importance assigned to it. The quantity of the assets that changed owners is huge and touched upon almost all sectors of the economy. The speed of the process, especially in countries leading the reforms, like Hungary, has also been extremely high if we compare it to Western European examples. The privatization process is also unique because it has happened in a dynamically changing environment. In Western Europe, privatization is somehow defined by the existing legal, political, cultural and economic conditions. But in CEE these social framework conditions were not well defined. Laws and institutions regulating the privatization process itself, as well as the functioning of a market economy had to be created.

Privatization promised to increase efficiency through the creation of real ownership. In other words, privatization was taken to be the key factor in creating a healthy economy with competitive companies which provide jobs for people and pay taxes, instead of being dependent upon state policies and subsidies – which was the case of many of the old socialist, state-owned firms. Looking back to the history of 15 years of transition, we can conclude that privatization was not the only factor and measure of economic success, and many other conditions influenced the development path of different countries. Also privatization in itself proved to be a necessary, but not sufficient condition for creating efficient corporate governance. The resulting ownership structure as well as state policies, or the surrounding social and market environment (including the quality of the legal system, the mentality and quality of human resource) are factors that have also influenced the emergence of competitive firms.

Another very important motive for privatization was the necessity to increase budgetary income. This seems to be a short-term goal. However, the methods, the speed and the depth of privatization have been largely influenced by it. Hungary had the most pressing macroeconomic problems in the early 1990s and it was the first country in CEE to undertake privatization measures and to create the proper legal environment for private businesses as well as for the entry of foreign direct investment. The other countries were privat-

izing at a slower pace, turned to mass (voucher) privatization schemes, and limited considerably the role of foreign companies in the economy. However, after 1997 macroeconomic problems, like the growing deficit of the current accounts, forced these countries to speed up privatization as well as to give up the absolute preference for local owners in privatization policy and inviting foreign investors. After 1997 FDI friendly policies were introduced in Bulgaria, Czech Republic, Poland and Romania, among others.

All this can more or less be applied to the history of water privatization in Hungary as well. In the climate supporting privatization, many utilities which are traditionally publicly owned in Western Europe, were also privatized in Hungary. Given the fact that in Hungary a general support (or at least a lack of criticism) existed for privatization, no real debates arouse around the privatization of public utilities.³ The arguments for privatization were efficiency, revenue and additional investments. However, now we can already see that private ownership does not necessarily mean efficiency, and the argument of additional investment is also questionable. But let us look at the short history of water privatisation in more details.

Ownership of the waterworks

After the political regime change the ownership structure of water systems changed considerably. In the 80s only 33 companies (28 owned by municipalities called 'councils' at that time and 5 state-owned) managed the water systems in Hungary in most cases both water supply and sanitation. The Act on Local Governments in 1990 transferred the responsibility for drinking water supply to local authorities and as a result ownership of the 'council' water companies and part of the waterworks of the state-owned companies was transferred to local governments. However, municipalities had the right to refuse the transfer and in some cases it indeed happened. Moreover, many municipalities tried to create their own water system, where it was feasible in technical terms: independence and autonomy was highly valued, sometimes even despite economical and efficiency considerations. Since the number of local governments is high (each settlement has its own local government, about 3600), all the changes meant that ownership of the water system became fragmented. Now there are about 350 water companies providing drinking water in a country of 10 million inhabitants.⁴

The ownership structure is not just fragmented, but it is blurred as well: in some regions the state ownership remained. A new development is that the city of Esztergom turned to the Constitutional Court in order to have the ownership of the water utilities. The city council argues that if they have the responsibility of providing drinking water, they should have the ownership as well. (The background of the dispute is that for environmental reasons the city wants to restructure the water system and they cannot do this without ownership rights.)

³ This was true for the 90s. However, in 2004 a referendum was organized against the privatization of health care, and the majority of people indeed voted for public ownership. Since then we can say that a discussion has started over the role of the state to run and manage basic services.

⁴ For a good overview of the administrative and legal background, see the National Context Report on Hungary by Judit Péter on www.watertime.org

A further complication in management was created by introducing privatisation to the water sector at local level and the concession agreements signed for management purposes. The city of Szeged was maybe the first to start negotiating about the concession in 1994 and several other cities and regions followed. Now expert estimates say that about 40% of the water is distributed by private companies/joint ventures. Some companies are Hungarian (like the private company operating in the city of Szolnok), but the well-known multinational companies have also been very active in Hungary: Veolia, SUEZ, RWE, E-on, and Berlin-waters, among others.

We do not have a clear picture about the privatisation process for several reasons. One reason is that there is no a kind of Office of Water which would monitor the privatisation process. The water authority deal only with technical, environmental and quality issues related to water management. The economic-financial part is not monitored, and this is a problem. Local governments have a high degree of autonomy to make decisions, without, however, necessarily having the expertise or the relevant information. (For instance the transfer of ownership from the state to local governments was done without a proper evaluation of the value of the assets, and/or after making a careful inventory of the state ownership. Local governments do not even know the value and the physical status of the assets they possess.)

Another reason for not having a clear picture about the state of privatisation in the Hungarian water sector that even the companies which were not privatised were formally transformed into a public corporations or limited liability companies, the local government in question being the only owner. That is, formally these companies resemble to private companies, and it is in principle very easy to privatise them – or more exactly parts of them, because this is what generally happens.

Local governments cannot sell all the assets, so after Szeged Budapest, Pécs and several other cities or regions opted for the following formula: in the privatization arrangement only a minority (less than 50%) stake of the company is transferred to private hands, making it a 'partial privatization'. This affords the municipality some control, potentially giving them power to protect the public interest. However, this is mitigated by the privatization agreement, which gives management rights to the private partners, thus limiting the authority of the municipality. The minority owners – typically a multinational company or a consortium of companies – get the management rights in a long term concession contract for 15 or (as in the case of Budapest) 25 years.

It is to be noted that the legality of this contract is somehow seems dubious, because the private partners get the management rights of the assets which could not be privatised otherwise. Nevertheless, the formula was finally not challenged by the attorney general, so it should be regarded as legal. Let us look at shortly the main issues that have been raised by water privatisation.

Budgetary income

As in the case of privatisation in general, water work privatisation has been largely influenced by budgetary consideration. For instance, experts say that when the Budapest Waterworks were (partially) privatised, the company was already in a good shape. No huge and pressing investment needs existed and the company was well managed. The main reason for selling 25% of it (plus the management rights) was the budgetary income that could be realized. After all, the water utilities cannot be taken away: the private owners have to operate them where they are. Why not have some money than by selling some parts of them?

Some income was certainly created by the deals, however it should be noted that the partial privatization by definition reduces the income that the government can make off of the sale.

Investments

Investments to be done by the private owner may be another reason for privatisation. This seems to be a plausible argument, since the water and especially the sewage systems in Hungary are generally in a bad shape and need additional investments for renewing or further developing them.

However, the expectations about large capital investments have not necessarily been met in reality. Again, partial privatisation itself diminishes the willingness of the minority interests to make important investments in the operation.

The case of the Budapest Sewage Work illustrates perfectly the point.⁵ The most important investments were financed from the central government's or the city's budget. Miklos Szalka, vice-president of the municipal maintenance committee at the time, was quoted in the *Nepszabadsag* newspaper on 16 December 1998:

The sewerage company has proposed a 25–30 per cent price increase, and the main argument for this is the costs of development... Unfortunately, it is now clear that these powerful foreign companies do not want to make investments using their own capital – on the contrary, they take as much money as possible from the country, including their management fees.⁶

Another example is that of the city of Pécs. In December 2004 the mayor of the city announced that they are considering the renationalisation of the water works (partially privatised in 1997 to SUEZ), the main reason being that the price of water is increasing on one hand, and the investments are difficult to finance, on the other. Since the waterworks is partly privatised, the city cannot have access to EU funds for water infrastructure develop-

⁵ See the case study done by Alexander Juras and Todd Schenk: „Budapest sewage works: Partial privatization of a Central European utility” in Ernst Ulrich von Weizsäcker, Oran Young, Matthias Finger (eds.): *Limits to Privatization: How to Avoid too Much of a Good Thing* (Earthscan, 2005), pp. 34-38.

⁶ Quoted in D. Hall – E. Lobina: *Water privatisation in Central and Eastern Europe*, www.psiu.org/reports/9909b-W-CEE.doc

ment.⁷ That is, privatisation did not bring the benefits of cheap additional investments, on the contrary.

Efficiency and quality

As mentioned above, one of the most important arguments used for supporting privatisation in general is the expected raise of efficiency. “The state is a bad owner”, as the slogan goes: the private investors are expected to bring efficient ownership, and good management.

The question of good management can be separated into two others: whether efficiency gains can be identified, and whether the quality of the service has improved.

There is no such Office of Water in Hungary which would provide benchmarks to evaluate the performance of the water companies. Therefore we do not have a clear picture about the efficiency of individual water companies. However, some facts suggest that the efficiency gains are either not existing, or appropriated by the companies.

For sure, the old, state-owned companies were not well managed. A painful transformation process happened in all of them: for instance number of employees has been substantially reduced. However, evidence suggests that this transformation started well before, or without the privatisation. For instance, in ten years the number of employees was halved in the Debrecen Waterworks which has not been privatised. Or the Budapest Waters was also consolidated before the privatisation.

The question is whether privatisation added to this increase of efficiency, or whether efficiency gains were higher in the privatised as in the non-privatised water companies. Answering this question would need a detailed analysis, but this would be difficult to do, because the management contracts are kept secret: we simply cannot know how big are the management fees that the private operators get for they work! However, since conflicts arouse about the high water prices in several cities where the waterworks were privatised, we must repeat: the efficiency gains are either not existing, or appropriated by the private companies.

In Hungary we have not had any conflicts about the quality of water which could have been traced back to the private operators. I do not know about evidences of deteriorating water quality. And, again the lack of reliable benchmarks make impossible to evaluate the role of the private companies in quality improvements. That is, we do not have comparable data on whether the quality improvements – which certainly happened – should be explained by the good management or the additional investments – and whether these investments were made by the private companies, or by the municipalities.

However, an EBRD Operation Performance Evaluation Review (OPER), conducted in 2003 about the Budapest Sewage Works, seems to have reached the conclusion that service

⁷ Pécs is an interesting example, because some years ago the city took back the previously privatised waste collection company as well on similar grounds: it turned out that prices increased and infrastructure development became more difficult to finance.

improvements have been minimal. The OPER summary states that ‘the range and scope of services has not been markedly increased, at least from a consumer’s perspective, since the wastewater coverage area remained basically the same “with” and “without” the project’.⁸ This is, of course, just one example, but it suggests that quality improvements are not necessarily happening in privatised companies.

Talking about the quality, we should mention an additional concern. Some fear that underinvestment may happen in the water systems – after all, this is the easiest way to realize some efficiency gains. The private operators generally got the management rights for a long period: 15 or 25 years. This is long enough for the system to be substantially overused, especially, if maintenance costs are kept low and investments minimized. Of course, the private companies have a duty to properly maintain the system, but this is very difficult to control, especially, if – like it happens in Hungary – the municipalities do not have a proper inventory and evaluation of the assets before privatisation. The motivations of the private company managers are different from those of a publicly owned company manager. The latter typically seeks to remain in his/her job until retirement (having a long-term vision about the company), while the former spends only a few years at the company, and he/she seeks to maximise profits under his/her direction.

Of course, underinvestment can happen in the case of state- or municipality owned companies as well. Politicians may try to tighten their budgets. But here, at least in principle, there is a possibility of transparency and democratic control. City budgets are public documents and political opposition in the city council may draw the attention of the public to systemic underinvestment. With this, we are touching upon the democracy problems attached to water privatisation.

Democratic control

Water privatisation, and its specific Hungarian form, raises concerns about society’s weakening democratic control over decisions. First, the details of the privatization agreement are not public for commercial confidentiality reasons. This is unacceptable.

Second, long-term management contracts may impede any change in the water policy of the given city. A good example is that of Esztergom, where the city council decided to redesign the city’s water policy for environmental reasons. However, this is difficult, because the city does not own the water works (actually this is not a privatization case: the company in question is a state-owned regional waterworks). That is, ownership and control over water utilities may be a prerequisite for designing sustainable water policies.

Conclusion

The only apparent benefit that comes from water privatisation is some budgetary income for the municipality or the state. But evidence suggests that additional investments should not necessarily be expected from privatisation – the example of Pécs shows that quite the

⁸ Juras – Schenk (2005: 36).

contrary may come about. Prices may increase and the parent company takes out money from the subsidiary in forms of profit and management fees. Underinvestment may happen. Democracy is weakened.

Without having reliable data and benchmarks about the performance of the water companies in Hungary, we cannot compare the quality of the management of the different companies. However, some examples – like that of the Debrecen Waterworks – suggest that good management, and efficient functioning can be achieved without privatisation as well.

Slowakei

**Roman Havlicek, Center für Environmental Public Advocacy,
Poniky, Slowakei**

Water services in Slovakia

after transformation from state run enterprises to municipally owned companies

1. FOREWORD

Transformation of ownership of public water utilities from state to municipalities was an issue in Slovakia for last five years. Now after the process of transformation is formally finished the question is "what are the next steps and which way the Slovak water services will go".

2. BASIC FACTS ON WATER SERVICES IN SLOVAKIA

2.1. Infrastructure and financing

In the Accession Treaty between the European Union and Slovak Republic, the water services was the area with longest transition period. Reason was that many water utilities in Slovakia do not comply with environmental standards as required by European Union.

In Slovakia 84,5% of inhabitants (4,535 mil.) are supplied from public water systems and 56% (3,006 mil.) connected to public sewers. Of the all wastewater collected around 95% is treated in WWTP. Development of these figures over last 10 years is shown on Figures 1, 2 and 3. One of the main problems of Slovak water sector is neglected investment into infrastructure. Officially declared average rate of leakage from drinking water systems is amounting up to 24%, but this number locally overreaches 45% (Fig.4 and 5). Estimates done by the Ministry of Environment says that in order to comply with European standards, the Slovak water utilities need to invest about EUR 3,5 bill. until the year 2015. The Government expressed themselves clearly that sources of the state budget will not cover all these investments. The Ministry of Environment is relying on two sources (1) foreign financial aid, especially the EU funds and (2) involvement of private sector i.e. privatization in different forms.

2.2. Consumption and water rates

Before the year 1989, the totalitarian government was using the water consumption as one of indicators of wellness of inhabitants. Therefore the water fees were rather symbolic and the water consumption in 1980' was at the highest level ever in history. Since the 1990

there is clear trend in continuous decrease of consumption. It is a result of overall increase of prices, including water rates. Nevertheless the government used to set the water and sewage rates until 2002. Beginning with the year 2003 it is the Regulatory Office who is responsible for regulation of water prices, based on "eligible costs and reasonable profit" of water utilities. See Fig. 6 and 7

3. TRANSFORMATION 2002 – 2004

3.1. What preceded

Already in 1991, the parliament adopted the law, according to which municipalities were formally responsible for provision of water services. In fact water services were fully under control of state owned enterprises and municipalities had no real power in water services at all. Therefore the problem of transformation of ownership of infrastructure and genuine responsibility from state towards municipalities was on the table of all governments since the beginning of 1990's. However it remained unclear for a decade, how the property will be transformed and what will be the transformation result. One of the key and obvious questions of transformation was how the municipalities will perform as owners and managers, because they didn't have experience neither the expertise in management and financing of public water services. According to one of the transformation concepts in 90's, so called "pilot projects" was supposed to serve as a "learning model" for transformation process. It was the Privatisation of the Trencin Water Company was the only of these "pilot projects", but it proved to be for municipalities an example worth not to follow. See chapter 4.1.

3.2. Results of transformation

In the years 2002 to 2004 water utilities in Slovakia underwent the process of transformation from purely state owned and centrally managed enterprises to municipally owned regional water companies. The final result of the transformation process is that the territory of Slovakia is divided into 10 regional water companies (RWC). Shareholders of each RWC are only municipalities, who owns respective amount of shares according to number of their inhabitants. The RWC owns the infrastructure and performs all water services. The only exemption is the already mentioned city of Trencin, where municipally owned water company posses the infrastructure but the private company operates the water services. Current Slovak legislation provides no guarantees which could prevent other privatisation in any form.

4. PRIVATISATION

During the preparation of transformation several private water companies were attempting to intervene and influence the decisions about future of water services in Slovakia. Some of them tried to take over selected water companies, but only one succeeded.

4.1. Privatisation in city of Trencin 1997-1999

Water Utility in Trencin serves about 150.000 inhabitants, some 3,2 % of Slovak population. It was and still is the most profitable utility in Slovak water sector.

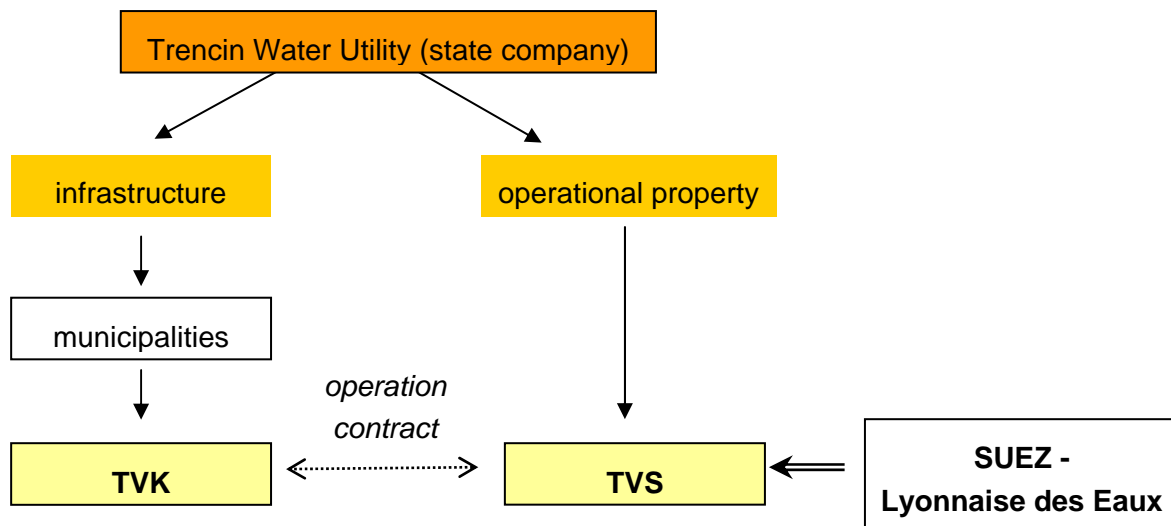
The government decided to privatise this company in 1998 in a very untransparent manner; with an aim to create a unique position for a private company, TVS, founded by managers of the same state water utility, by ensuring all exclusive conditions for the provision of water services for the company in future. Accordingly, the state company's property was divided in a way so that TVS obtained the key parts of the infrastructure that are crucial for the drinking-water supply for the whole region – the water dispatching centre. Municipalities, therefore, had no other choice than to sign a very disadvantageous operation contract with TVS. That happened in 1999, after the French multinational SUEZ – Lyonnaise des Eaux took over 51 % majority in TVS. The contract for example guaranteed at least 15 % profit for TVS from the operation of the water system. On the other side, the municipal TVK company, which owns the water infrastructure, suffered for several years as a result of the bad contract provisions with a net loss of around 5 mil SKK (appr. €125,000). Before privatisation the same unit of the former state company achieved yearly profits of around 30 mil SKK (appr. €750,000).

In this situation, the European Commission (EC) supported the TVK with a grant for the construction of a new wastewater treatment plant and sewer. However, only after the approval of the grant did the EC officers notice the unfair operation contract for the municipalities, and force the parties to change the contract under the threat of the cessation of further payments. In the future, however, the adopted change could lead to the increase of service rates for customers.

Moreover both the TVK and TVS refused to reveal the whole text of the operation contract to the public and its customers.

The Trencin case not only shows that performance and efficiency don't come automatically with involvement of the private sector, but also that privatisation creates serious obstacles to public control.

Diagram of privatization of Trencin Water Utility



4.2. Other documented privatisation attempts

Trencin was not the only privatisation attempt even though it was the only materialised one. In 2000 the International Water attempted unsuccessfully to acquire operation contract with Central Slovakian Water Company. Very interesting was the case of Bratislava. The city decided to start the preparation for privatization in 2002 and to sign the contract with private consultancy in order to select so called “strategic partner”. Among all possible candidates, the Veolia (formerly known as Vivendi) had the biggest chances. But after the election in 2002 the new mayor and city council reverted the plan and stopped the process in 2003.

4.3. Legal framework of privatisation

As it was said above, current Slovak legislation doesn't prevent privatization of public water services. In fact current law on public water and sewage systems predicts and enables the RWC to sign operational contracts with private providers. The RWC have the full power to decide on operation as well as on the sell of property. There are no legal barriers which could prevent the sale of shares to private entities. Concerning the public control of water services, the possibilities are very limited. Although there is in force very progressive law on access to information, the RWC argue that

their operation is a subject of confidentiality and therefore that the law is not applicable to water services provision. Enforcement of access to information in water services is one of the challenges for civil society in Slovakia.

4.4. Recent development towards privatization

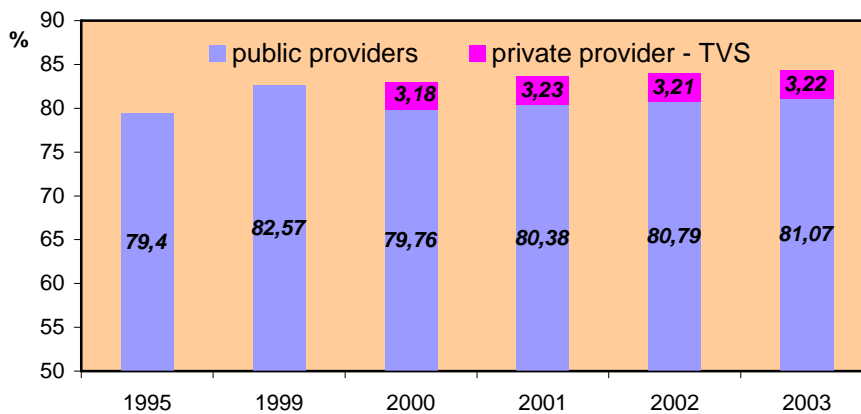
We have mentioned some unsuccessful attempts for privatization in past. Obviously the private sector is seeking for possibilities of profit-making from water services. There are some signs that the water multinationals are continuing in their privatisation effort. For example the municipal RWC Tatra Water Company in Poprad has established operational company and separated the ownership of infrastructure from the provision of services. This step could be in future followed by sale of the operational company. Another RWC North Slovakia Water Company established its local subsidiaries as relatively independent entities and there is ongoing debate between municipalities within the company on separation of smaller water systems. What is most alarming are the preparations of financial groupings (Penta, J&T) to take over the decision-making within the RWC through the minor shareholders. These Slovak financial companies are well known by their aggressive strategy based on buy-profit-sell approach. They are already at the power in some of the utilities in Czech Republic and we can expect that they will soon try to achieve the same in Slovakia.

5. CONCLUSION

Slovak municipalities will face the problem of privatisation of water services in coming years. If they will not have support from their municipal partners in terms of expertise in management and financing of water services, the danger that they will succumb to private companies is very high.

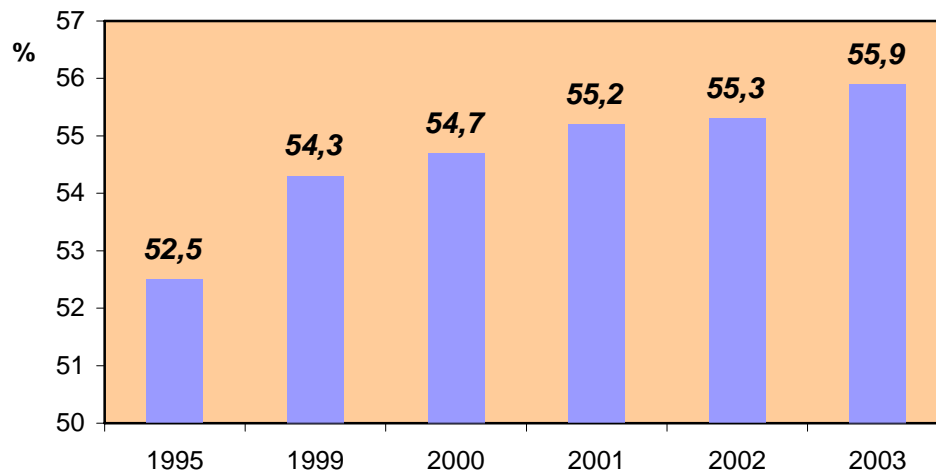
FIGURES

Fig.1: Percentage of inhabitants supplied from public water systems



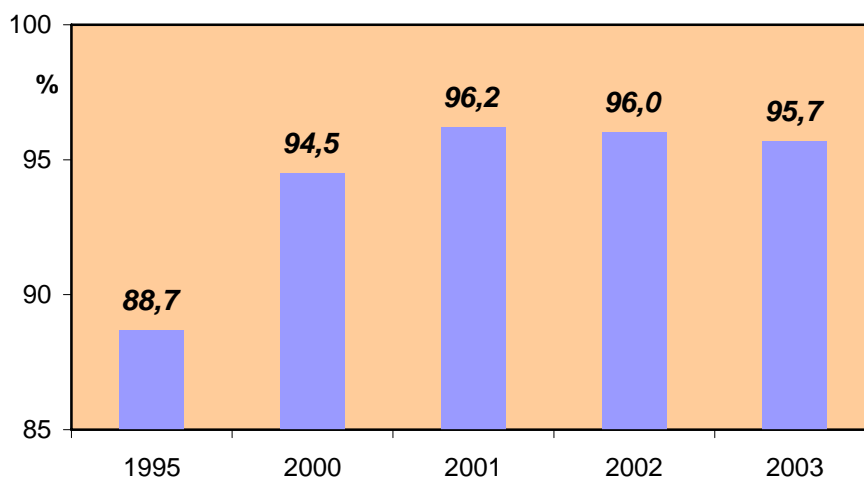
year	1995	1999	2000	2001	2002	2003
public providers	79,4	82,57	79,76	80,38	80,79	81,07
private providers	-	-	3,18	3,23	3,21	3,22

Fig.2: Percentage of inhabitants connected to public sewage systems



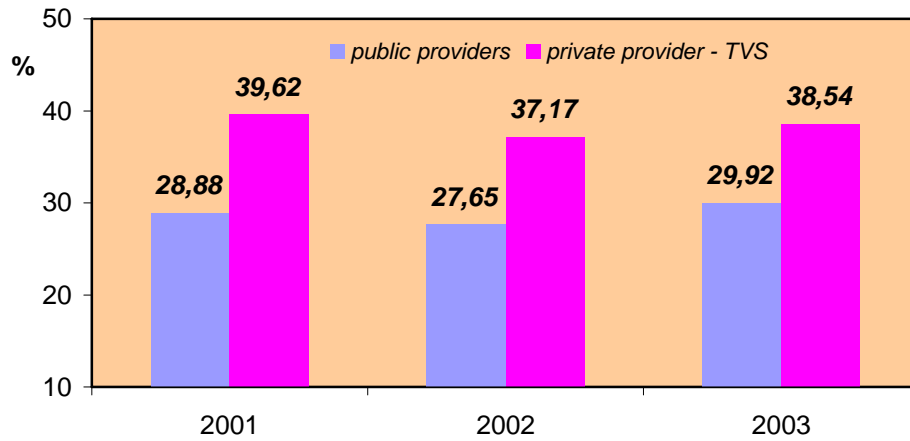
year	1995	1999	2000	2001	2002	2003
%	52,5	54,3	54,7	55,2	55,3	55,9

Fig.3: Percentage of treated sewage water



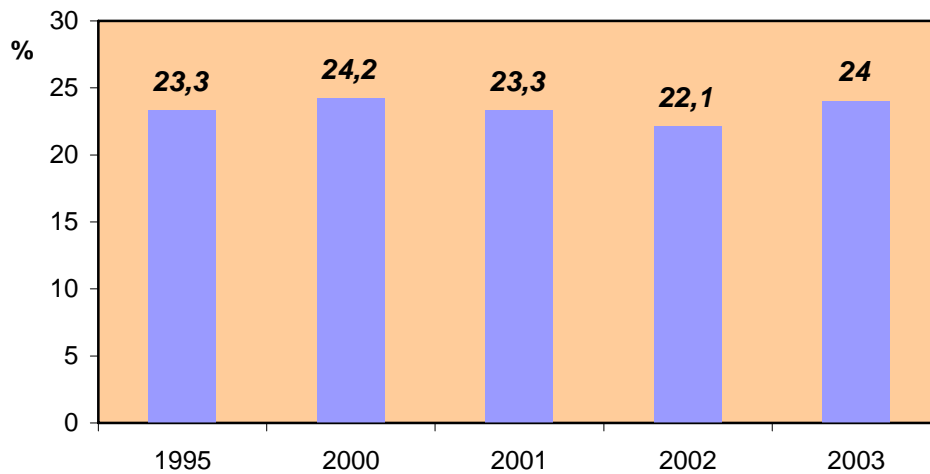
year	1995	2000	2001	2002	2003
%	88,7	94,5	96,2	96,0	95,7

Fig. 4: Percentage of uninvoiced water



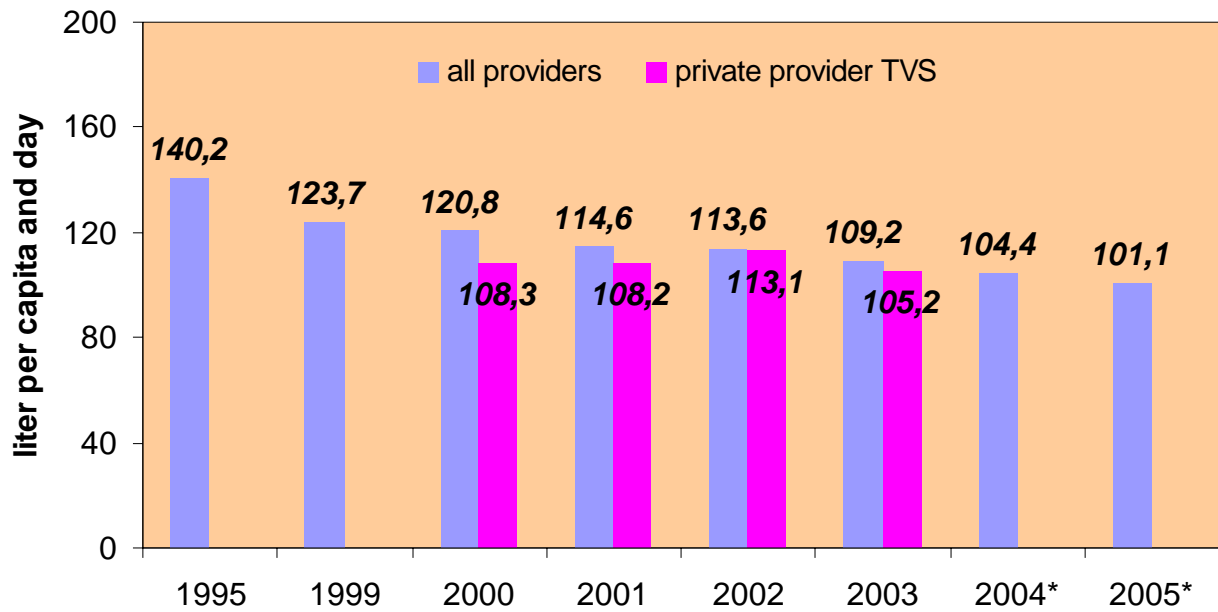
year	2001	2002	2003
public providers	28,88	27,65	29,92
private provider - TVS	39,62	37,17	38,54

Fig. 5: Average water leakages



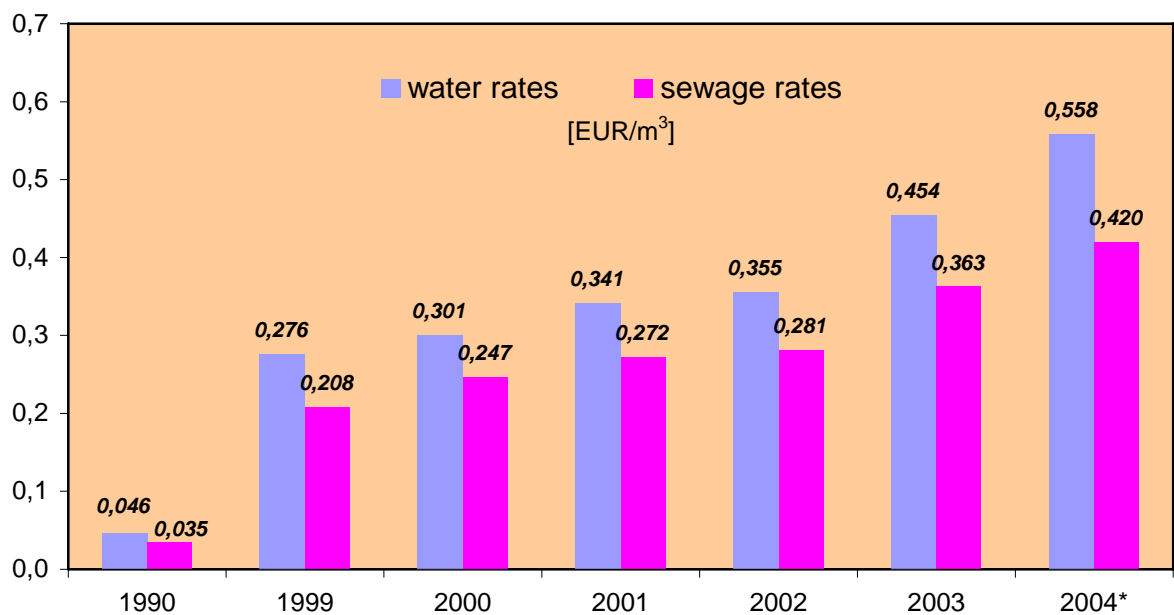
year	1995	2000	2001	2002	2003
%	23,3	24,2	23,3	22,1	24

Figure 6: Water consumption in households



year	1995	1999	2000	2001	2002	2003	2004*	2005*
litre/inhab/day	140,2	123,7	120,8	114,6	113,6	109,2	104,4	101,1

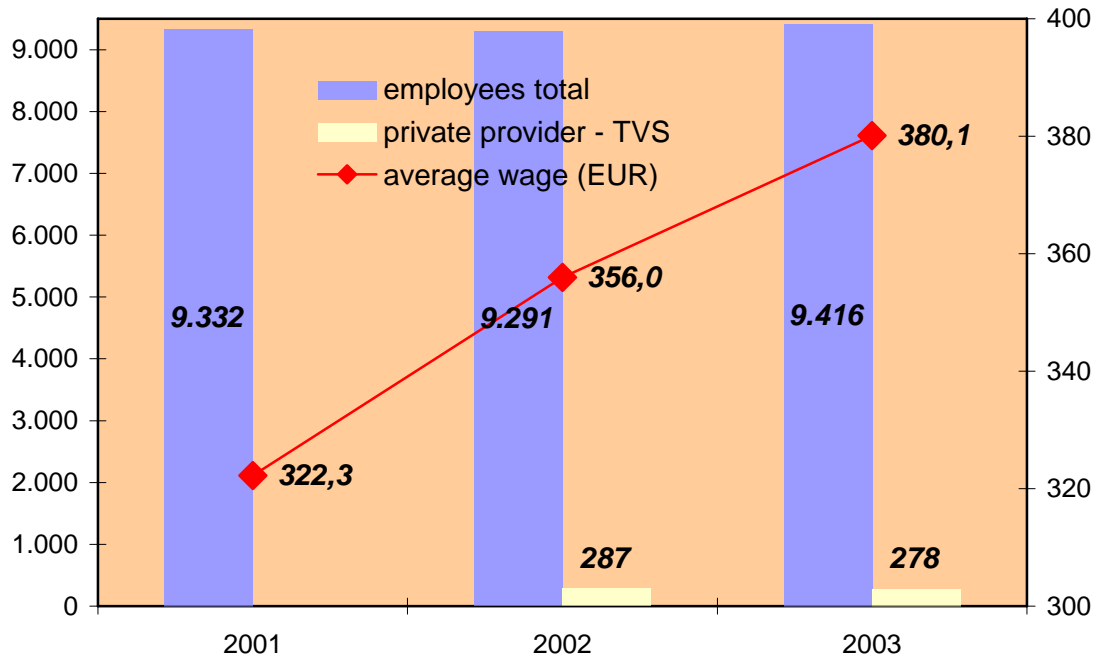
Figure 7: Water and sewage rates (1 EUR=37,80 SKK)



* Estimations of the Ministry of Environment

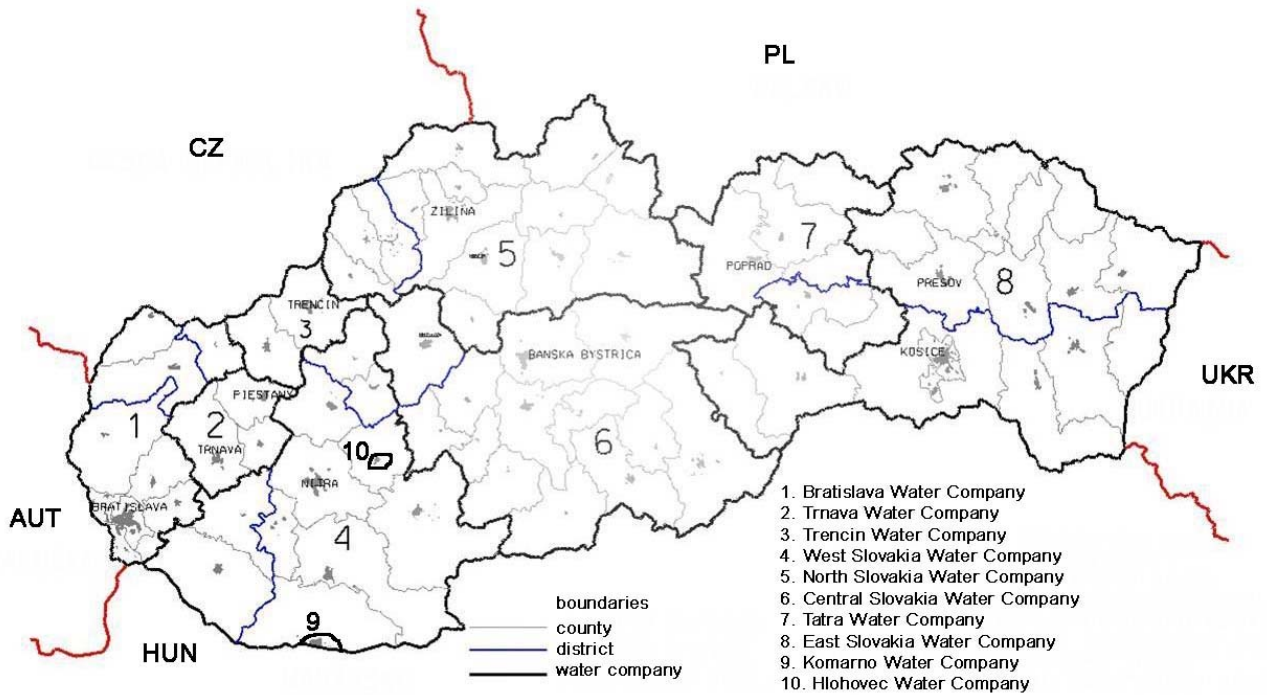
year	1990	1999	2000	2001	2002	2003	2004*
water	0,046	0,276	0,301	0,341	0,355	0,454	0,558
sewage	0,035	0,208	0,247	0,272	0,281	0,363	0,420

Figure 8: Number of employees and average wages in water services



year	2001	2002	2003
employees total	9332	9291	9416
private provider - TVS	missing data	287	278
average wage (EUR)	322	356	380

Figure 9: Regional water companies in Slovakia



Water services in Slovakia

after transformation from state run enterprises to municipally owned companies

March 2005
Roman Havlicek

Priatelía Zeme
(Friends of the Earth Slovakia)



Water supply and sanitation in Slovakia: basic facts

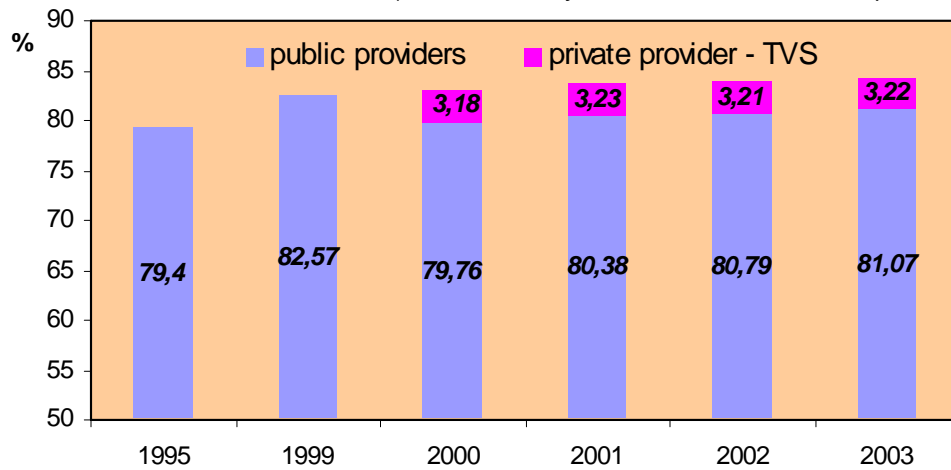
- water supply: 84,5% of inhabitants supplied from public water systems (4,535 mil.)
- sewage: 56% connected to sewage water systems (3,006 mil.)
- leakages: officially declared around 24%, but locally overreaching 45%
- investments: 3,5 bill. EUR needed to comply with environmental regulation of EC until 2015
- finances: main source is ISPA and Cohesion Fund, EIB loan to co-finance EU funded projects



Water services in Slovakia

Percentage of inhabitants supplied from public water systems

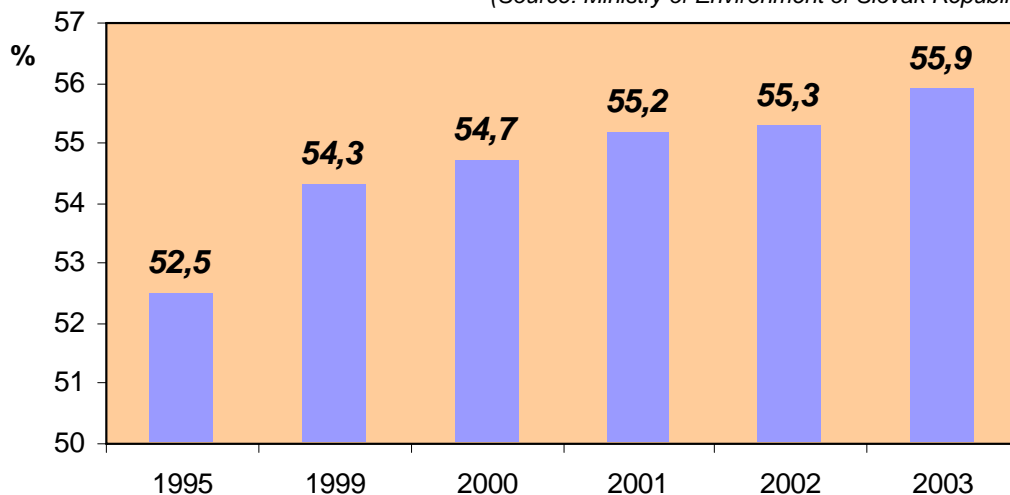
(Sources: Ministry of Environment of Slovak Republic, TVS)



Water services in Slovakia

Percentage of inhabitants connected to public sewage systems

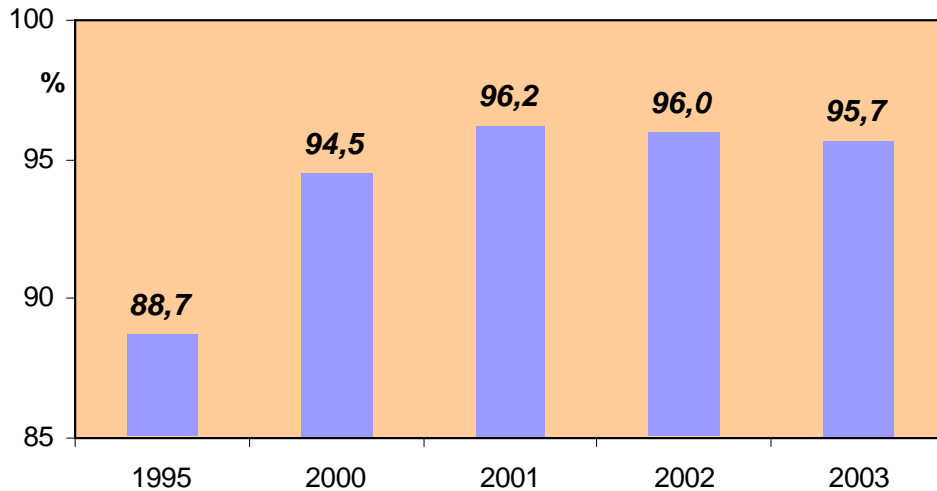
(Source: Ministry of Environment of Slovak Republic)



Water services in Slovakia

Percentage of treated sewage water

(Source: Ministry of Environment of Slovak Republic)

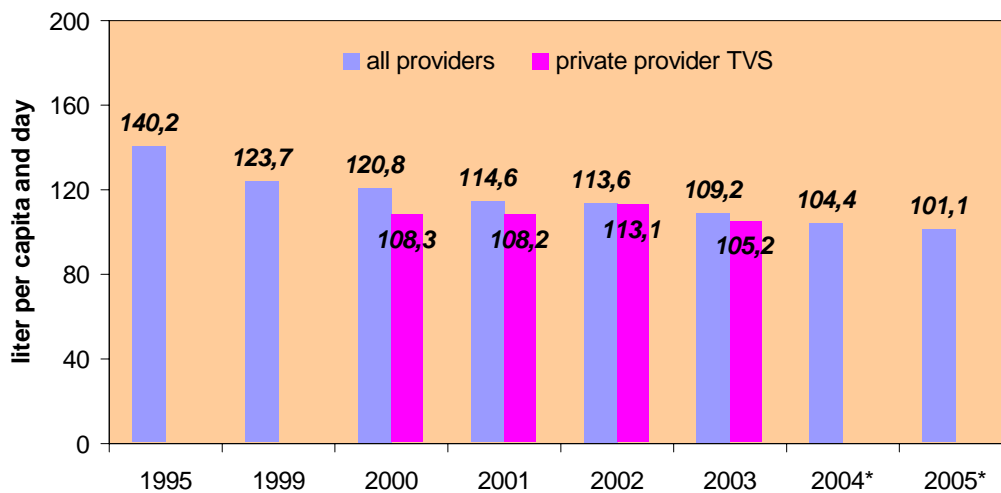


Priatelia
Zeme

Water services in Slovakia

Water consumption in households

(Source: Ministry of Environment of Slovak Republic, TVS)



* estimation of the Ministry of Environment of Slovak Republic

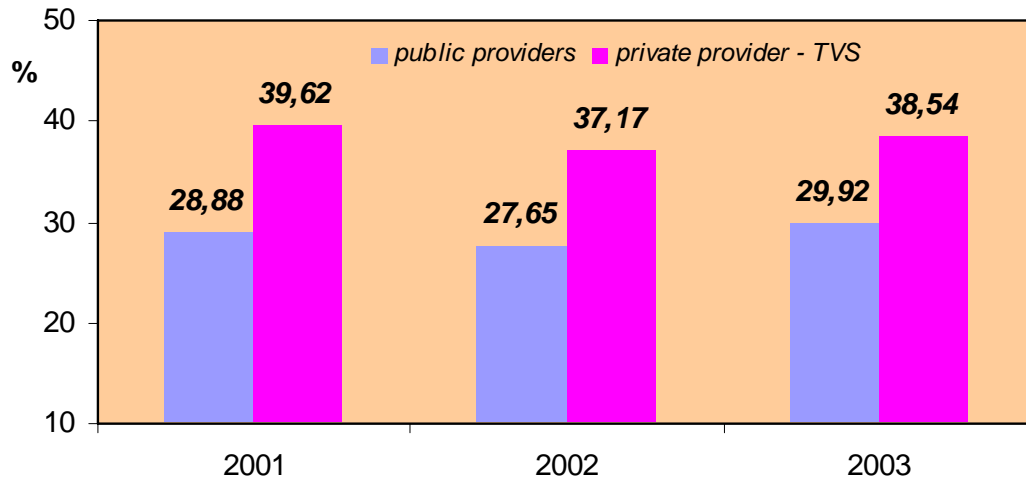


Priatelia
Zeme

Water services in Slovakia

Water - lost

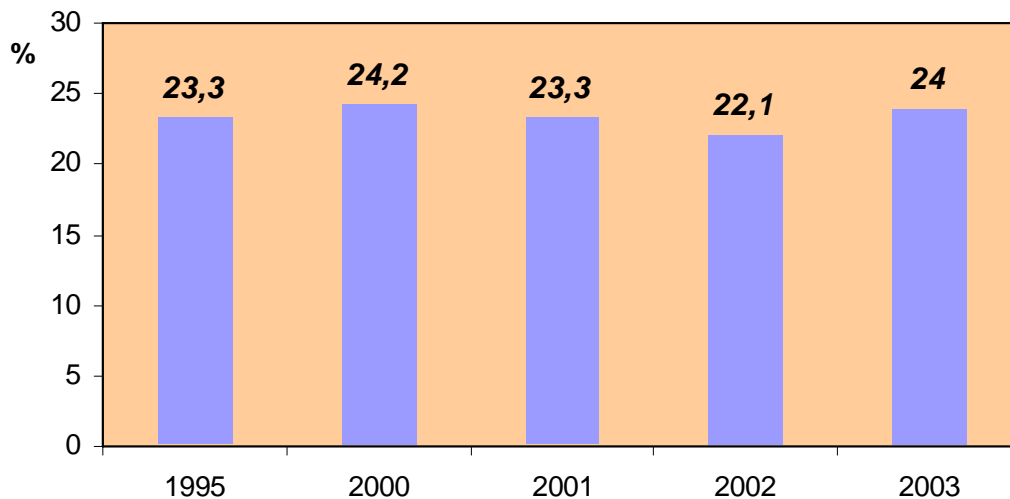
(Sources: Ministry of Environment of Slovak Republic, TVS)



Water services in Slovakia

Water leakage rate

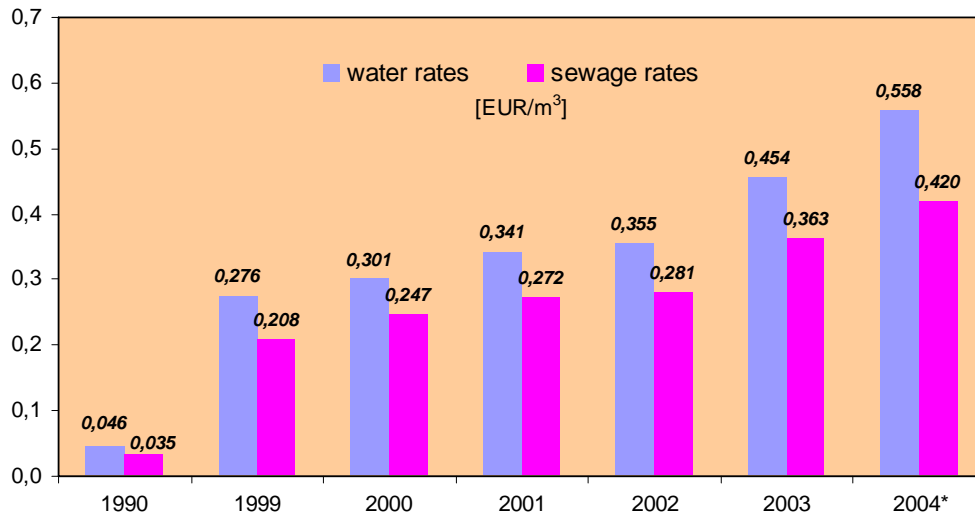
(Source: Ministry of Environment of Slovak Republic)



Water services in Slovakia

Water and sewage rates

(Source: Ministry of Environment of Slovak Republic)



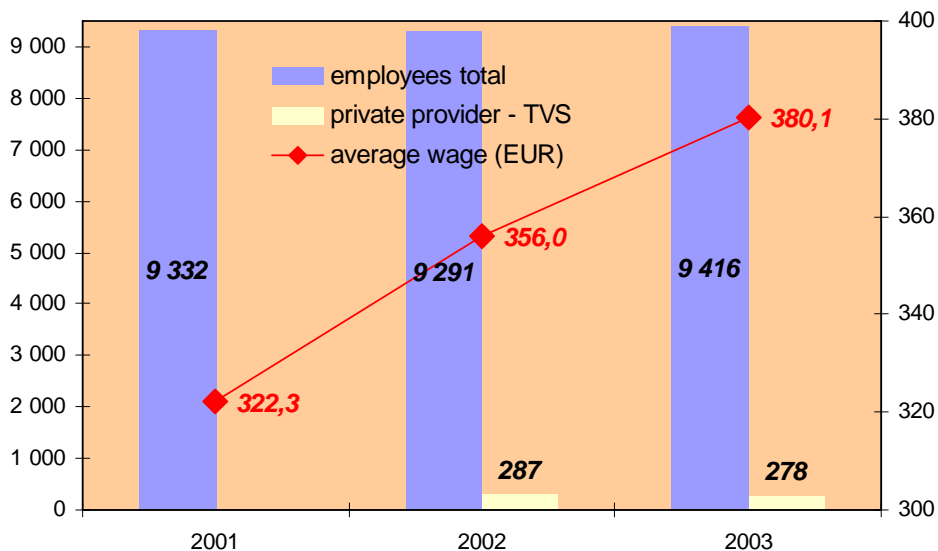
* estimation of the Ministry of Environment of Slovak Republic,
1 EUR = 37,80 SKK



Water services in Slovakia

Number of employees and wages

(Sources: Ministry of Environment of Slovak Republic, TVS)



1 EUR = 37,80 SKK



Water services in Slovakia

Transformation 2002 - 2004: what preceded

- since 1991, according to the law, municipalities were formally responsible for provision of water services, but in fact water services were fully under control of state owned enterprises
- transformation aim: to change the infrastructure ownership from state to municipalities
- it remained unclear for a long time, how the property will be transformed and what will be the result
- ? municipalities didn't have experience and expertise in management nor in financing of public water services
- privatisation of the Trencin Water Company was supposed to serve as a transformation "pilot project" and "learning model"



Water services in Slovakia

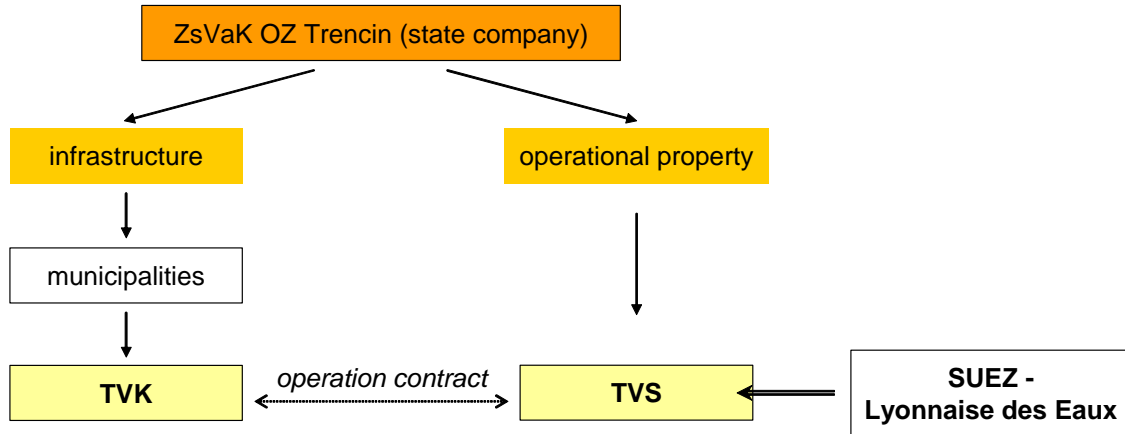
Transformation 2002-2004: results

- territory of Slovakia is divided into **10 regional water companies**
- in each regional water company **municipalities ownes respective amount of shares** according to the number of their inhabitants
- 3,22 % of population is supplied by private provider (TVS Trencin)



Water services in Slovakia

Model of privatization of Trencin Water Utility (1997 – 1999)

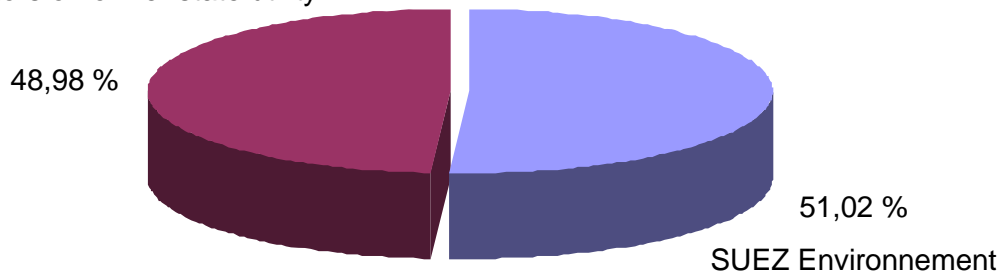


Water services in Slovakia

Shareholders of TVS

(Source: TVS annual report 2003)

„other minor shareholders“:
3 directors of former state utility



Water services in Slovakia

Privatisation: history

- ? Trencin: SUEZ - LdE took over the operation in 1999
- Central Slovakia: attempt of International Water to acquire operation contract with Central Slovakian Water Company in 2000 - failed
- Bratislava: intended privatisation suspended in 2003 after election (Veolia)



Water services in Slovakia

Privatisation: legal framework

- current law on public water and sewage systems favours operational contracts
- ? water companies have full power to decide on operation as well as on the sell of property
- there are no legal barriers which could prevent sell of shares
- possibilities for public control are very limited



Water services in Slovakia

Privatisation: current moves

- Poprad: operational company established by municipalities
- Žilina: ongoing debate on separation of smaller water systems, regional water company established its local subsidiaries as relatively independent entities
- financial groupings are purchasing „shareholders rights“ from small municipalities



Water services in Slovakia

**Water services in Slovakia
after transformation from state
run enterprises to municipally
owned companies**

March 2005

**Roman Havlicek
havlicek@changenet.sk
+421 908 96 76 33**

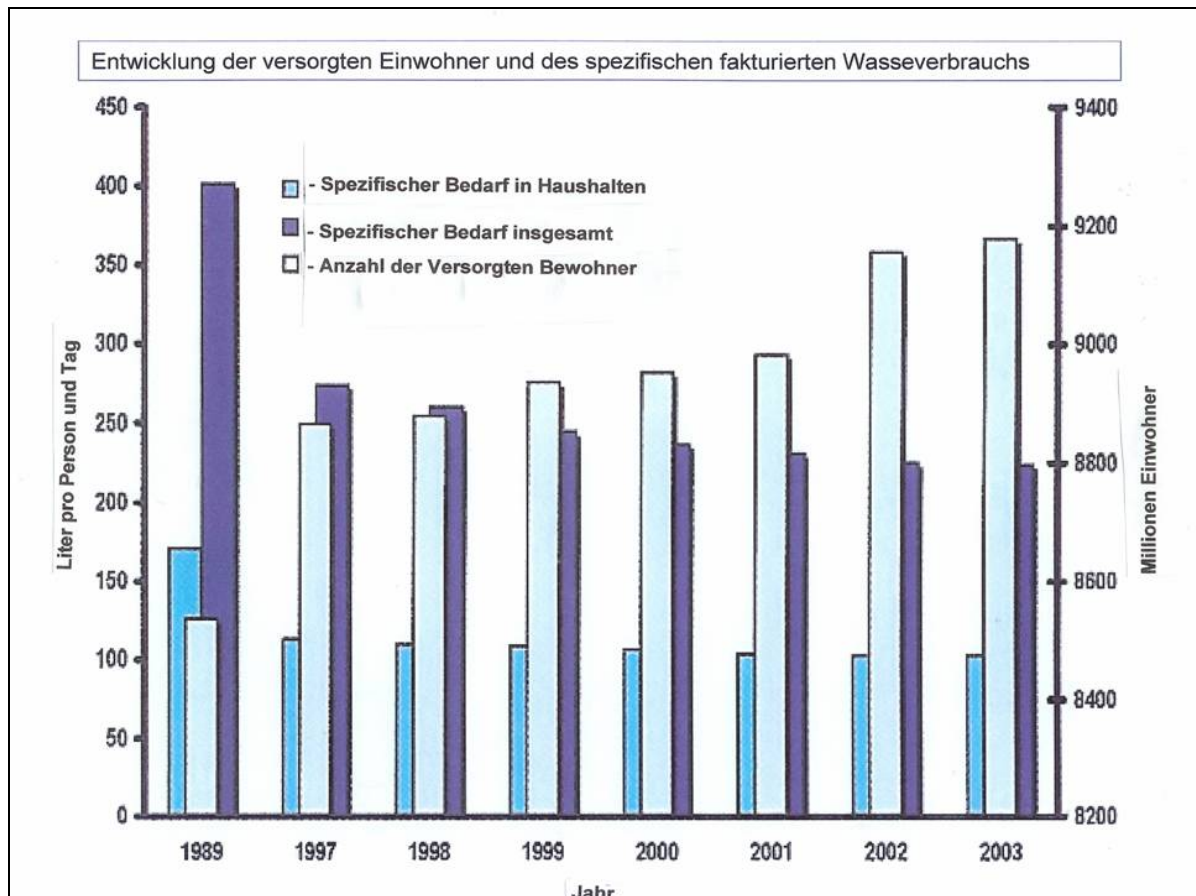


Priatelía Zeme (Friends of the Earth Slovakia)
Ponicka Huta 65, 976 33 Poniky, Slovakia
foe@changenet.sk
+421 48 419 33 24
<http://www.priateliazeme.sk/cepa>

Tschechien

Pavel Ruzicka, CMKO, Karlovy Vary, Tschechien

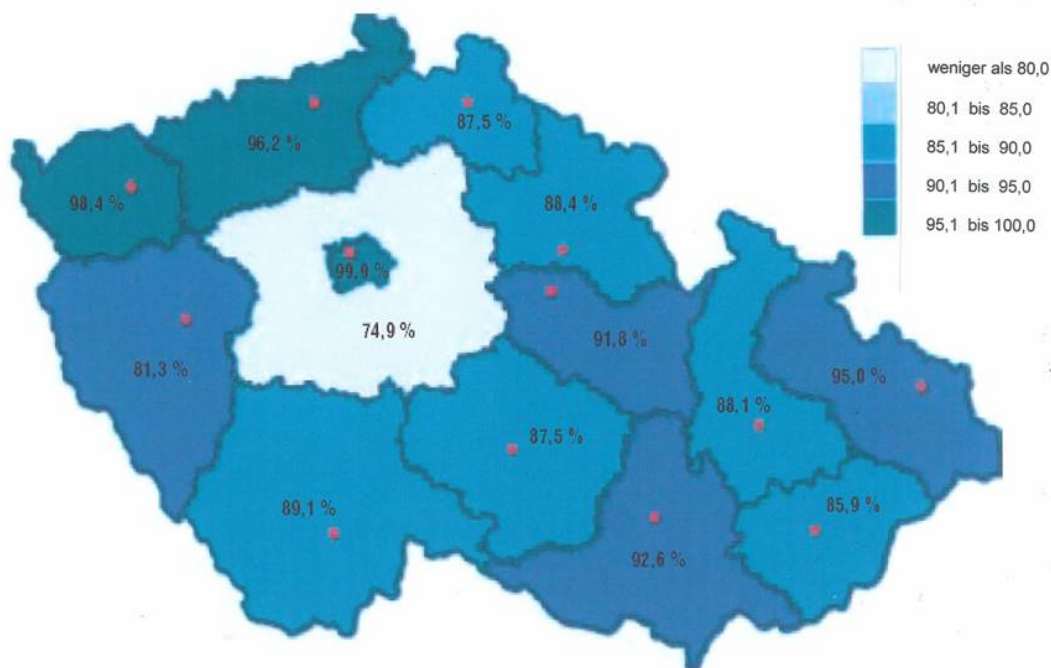
Pavel Ružicka
Wasser in Tschechien
Konferenz Wien
9.3.2005



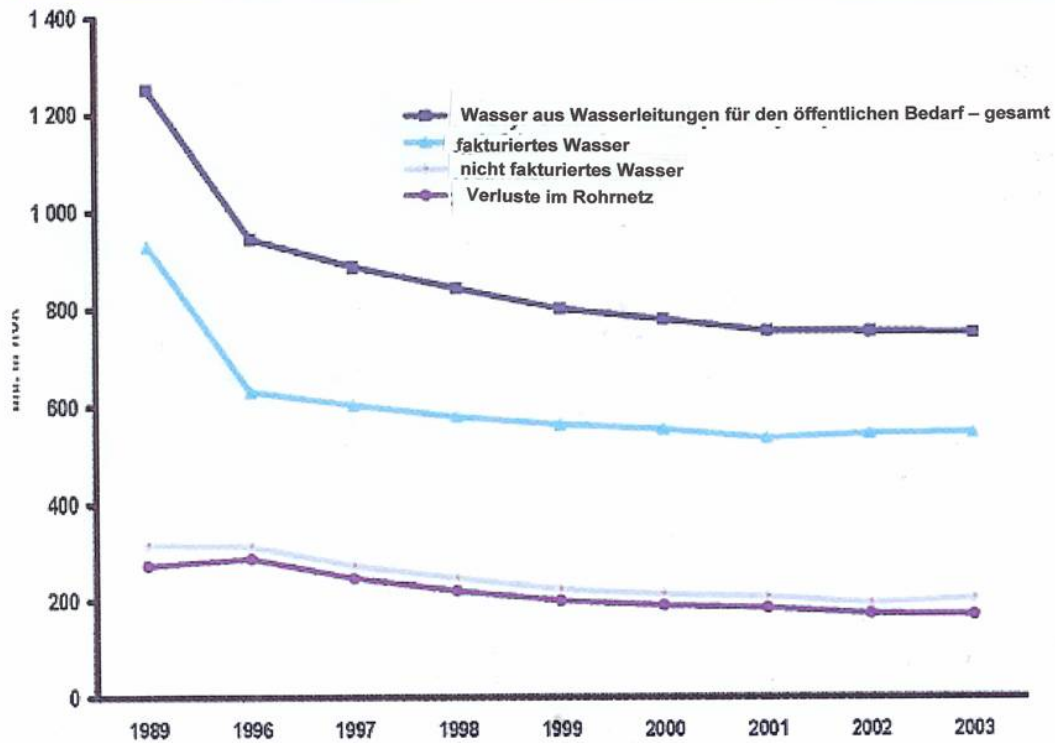
Ableitung und Klärung der Abwässer aus öffentlichen Kanalisationen in den Jahren 1997 – 2003

Kennziffer	Meßeinheit	Jahr							
		1989	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Einwohner (durchschnittlicher Stand)	taus.	10364	10 304	10 295	10 283	10 273	10 287	10 201	10 201
Anzahl der an öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner	taus.	7501	7 573	7 657	7 666	7 685	7 706	7 899	7 928
	%	72,4	73,5	74,4	74,6	74,8	74,9	77,4	77,7
In öffentliche Kanalisationen abgeleitete Abwässer insgesamt (ohne Niederschlagswasser)	Mio. m³	877,8	628,5	620,0	592,2	576,0	570,7	576,3	558,1
	%	100,0	71,6	70,6	67,5	65,6	65,0	65,7	63,6
Gekläarte Abwässer mit Niederschlagswasser *)	Mio. m³	897,4	842,5	818,9	814,6	808,8	841,4	846,2	782,7
Gekläarte Abwässer ohne Niederschlagswasser	Mio. m³	627,0	571,5	566,1	562,9	546,1	544,8	533,6	527,4
	%	100,0	91,1	90,3	89,8	87,1	86,9	85,1	84,1
Anteil der geklärten Abwässer ohne Niederschlagswasser	%	71,5	90,9	91,3	95,1	94,8	95,5	92,6	94,5
Verhältnis der geklärten Abwässer zu Abwässern ohne Niederschlagswasser	-	2,51	10,00	10,50	19,20	18,30	21,21	12,50	17,18

Entwicklung der versorgten Einwohner und des spezifischen fakturierten Wasserverbrauchs



Entwicklung des produzierten und fakturierten Wasservolumens



Anzahl der versorgten Einwohner, Trinkwasseraufbereitung und -zuleitung aus den öffentlichen Anlagen im Jahre 2003

Region	Einwohner		Aufbereitetes Wasser taus.m³	Fakturiertes Wasser	
	Versorgung	Anteil der versorgten Einwohner		insgesamt	davon pro Haushalt
	Anzahl	%		taus.m³	taus.m³
Prag	1 161 000	99,9	142 654	90 228	57 901
Region Mittelböhmen	847 800	74,9	49 556	45 150	29 275
Region Südböhmen	556 580	89,1	40 008	29 745	18 625
Region Pizeň	446 350	81,3	37 120	28 974	16 426
Region Karlovy Vary	299 150	98,4	25 108	18 246	11 843
Region Ústí nad Labem	788 300	96,2	73 413	49 961	30 739
Region Liberec	373 750	87,5	34 983	23 128	14 422
Region Hradec Králové	484 000	88,4	37 378	26 936	17 332
Region Pardubice	464 900	91,8	34 524	25 655	15 779
Region Vysočina	452 660	87,5	27 638	23 539	13 623
Region Südmähren	1 038 100	92,6	73 797	57 481	36 401
Region Olomouc	560 500	88,1	41 504	30 078	19 083
Region Zlin	508 660	85,9	36 412	26 483	15 720
Region Mähren - Schlesien	1 197 600	95,0	96 419	71 565	47 494
Tschechische Republik	9 179 350	89,8	750 514	547 169	342 907

Nichtfakturiertes Wasser und Wasserverluste in den Jahren 1997 – 2003

Kennziffer	Meßeinheit	Jahr						
		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Aufbereitetes Wasser	Mio. m ³ , Jahr ⁻¹	862	805	769	751	726	722	728
für Realisation (AWfR)	%	100	100	100	100	100	100	100
Nichtfakturiertes Wasser	Mio. m ³ , Jahr ⁻¹	273	247	223	213	207	194	193
	% von AWfR	31,7	30,7	29	28,4	28,5	26,9	26,5
davon Verluste im Rohrnetz	Mio. m ³ , Jahr ⁻¹	246	220	199	189	183	172	169
	% von AWfR	28,5	27,3	25,9	25,2	25,2	23,8	23,3
Wasserverluste per Tag für 1 km der Reihen	l. km ⁻¹ , Tag ⁻¹	14159	12149	10709	9706	9141	8358	7783
Wasserverluste per Tag für 1 km der Reihen und Anschlüsse	l. km ⁻¹ , Tag ⁻¹	11313	9736	8570	7818	7217	5914	3229
Wasserverluste per Tag für einen versorgten Einwohner	l. Per. ⁻¹ , Tag ⁻¹	79	71	63	60	57	53	52

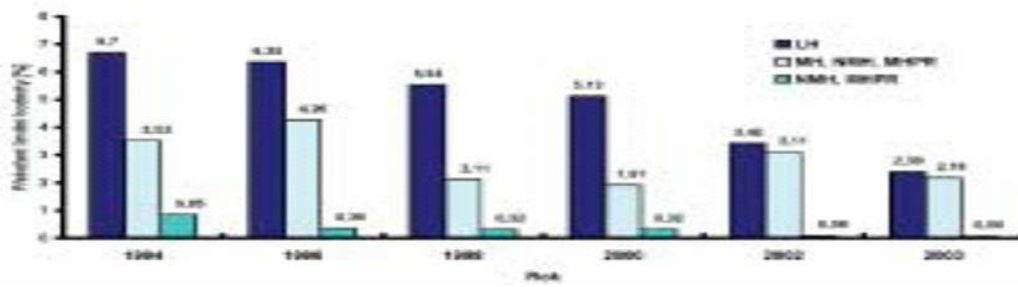
Quelle: Umweltbundesamt, 2004

Kennziffern und Fassungsvermögen von öffentlichen Wasserleitungen

Kennziffer	Meßeinheit	Jahr		Index 2003/2002	Bemerkung
		2002	2003		
PRIMÄRE STATISTISCHE KENNZIFFERN					
Gesamtanzahl der versorgten Einwohner	taus.	8837	8946	1,01	
Anzahl der öffentlichen Wasserleitungen		2273	2612	1,15	
Länge des Wasserleitungsnetzes	km	56273	59619	1,06	
Anzahl der Wasserleitungsanschlüsse	taus. m ³	1472	1545	1,05	
Kapazität der Grundwasserquellen	l. s ⁻¹	22,5	23,4	1,04	
Aufbereitetes Wasser	l. s ⁻¹	729,8	733,7	1,01	
Fakturiertes Wasser insgesamt	Mio. m ³	527,6	534,2	1,01	
davon für Haushalte	Mio. m ³	332,0	336,7	1,01	
für sonstige	Mio. m ³	131,0	197,5	1,51	
Nichtfakturiertes Wasser	Mio. m ³	194,5	193,4	0,99	
davon Verluste im Rohrnetz	Mio. m ³	171,7	169,4	0,99	
Wassergebühren insgesamt	Mio. Kronen	10267	11094	1,08	einschl. Nutzwass
ABGELEITETE PROPORTIONALE KENNZIFFERN					
Spezifischer Bedarf an aufbereitetem Wasser	l. Per. ⁻¹ , Tag ⁻¹	225	224	1,00	
Spezifische insgesamt fakturierte Wassermenge	l. Per. ⁻¹ , Tag ⁻¹	163	163	1,00	
Spezifische fakturierte Wassermenge für Haushalte	l. Per. ⁻¹ , Tag ⁻¹	103	103	1,00	
Nichtfakturiertes Wasser per 1 km des Wasserleitungsnetzes	m ³ . km ⁻¹ . Jahr ⁻¹	3455,7	3244,7	0,94	
Wasserverluste per 1 km des Wasserleitungsnetzes	m ³ . km ⁻¹ . Jahr ⁻¹	3050	2840	0,93	
Durchschnittliche Wassergebühr	Kronen. m ³	20,5	21,6	1,05	einschl. Nutzwass

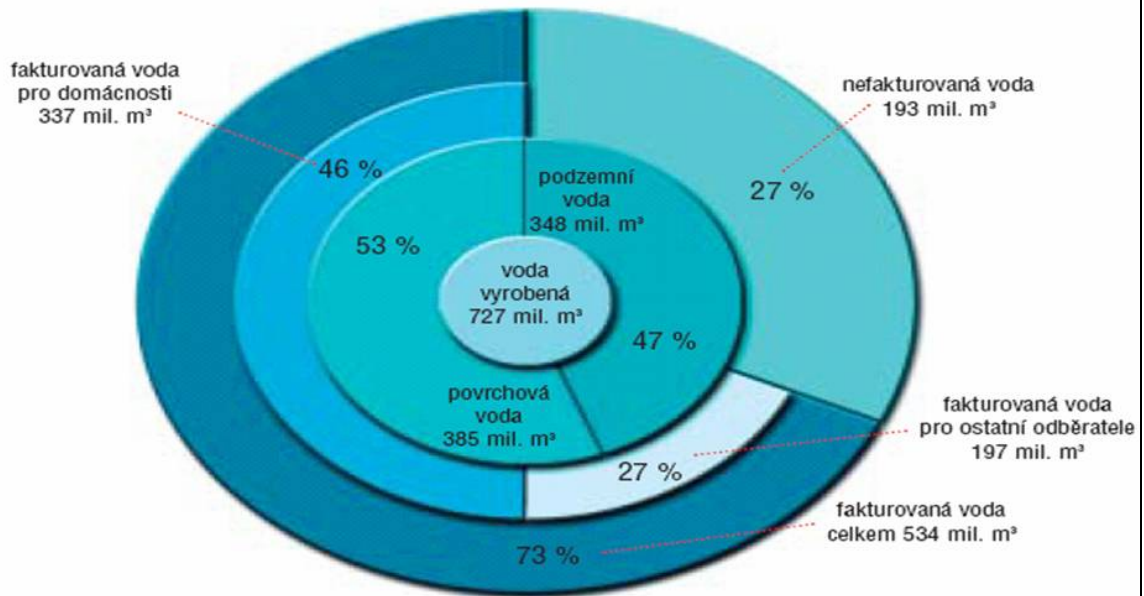
Überschreitung von Limitwerten der Trinkwasserqualität

	2002			2003		
	LH	MH, NMH, MHPR	NMH, MHPR	LH	MH, NMH, MHPR	NMH, MHPR
Anzahl	1645	1493	41	1076	980	27
%	3,42	3,11	0,085	2,39	2,18	0,060
N	48059	48059	48059	44908	44908	44908



LH = Limitwert MH = Grenzwert NMH = Höchstgrenzwert MHPR = Leitwert

Schema: Nutzung des für den öffentlichen Verbrauch hergestellten Wassers im Jahre 2003

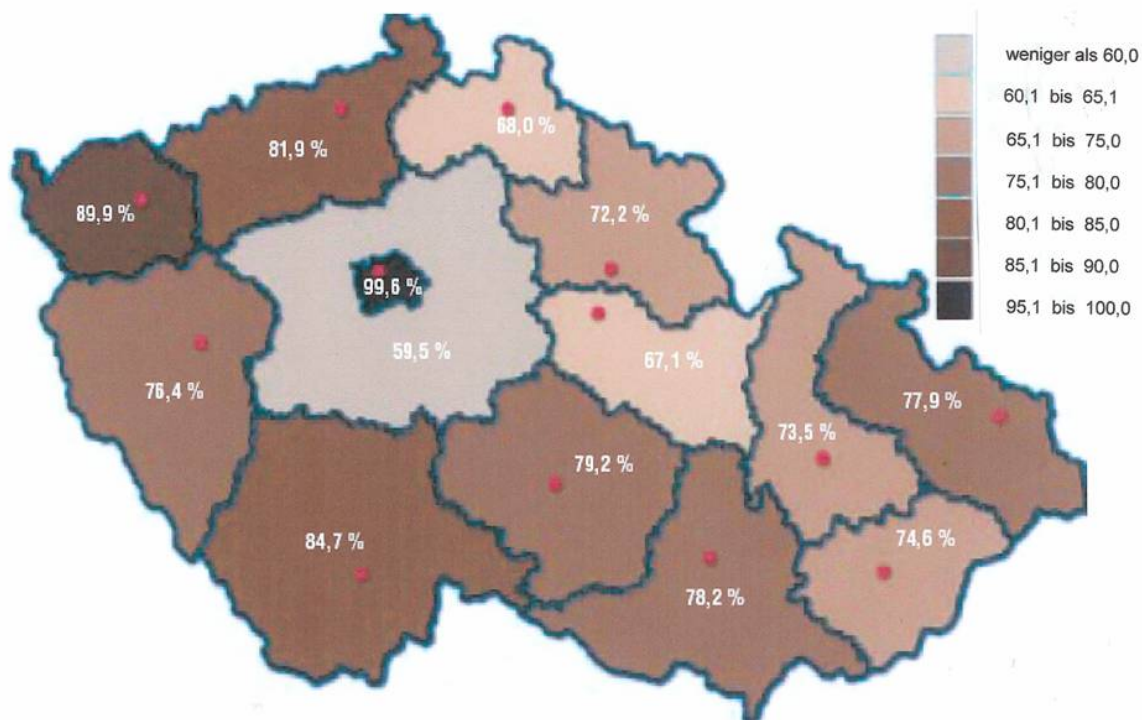


voda vyrobená	hergestelltes Wasser
podzemní voda	Grundwasser
povrchová voda	Oberflächenwasser
fakturovaná voda pro domácnosti	fakturiertes Wasser für Haushalte
nefakturovaná voda	nichtfakturiertes Wasser
fakturovaná voda pro ostatní odběratele	fakturiertes Wasser für andere Abnehmer
fakturovaná voda celkem	fakturiertes Wasser gesamt

Ableitung und Klärung der Abwässer aus öffentlichen Kanalisationen in den Jahren 1997 – 2003

Kennziffer	Meßeinheit	Jahr							
		1989	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Einwohner (durchschnittlicher Stand)	taus.	10364	10 304	10 295	10 283	10 273	10 287	10 201	10 201
Anzahl der an öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner	taus.	7501	7 573	7 657	7 666	7 685	7 706	7 899	7 928
	%	72,4	73,5	74,4	74,6	74,8	74,9	77,4	77,7
In öffentliche Kanalisationen abgeleitete Abwässer insgesamt (ohne Niederschlagswasser)	Mio. m³	877,8	628,5	620,0	592,2	576,0	570,7	576,3	558,1
	%	100,0	71,6	70,6	67,5	65,6	65,0	65,7	63,6
Geklärte Abwässer mit Niederschlagswasser *)	Mio. m³	897,4	842,5	818,9	814,6	808,8	841,4	846,2	782,7
Geklärte Abwässer ohne Niederschlagswasser	Mio. m³	627,0	571,5	566,1	562,9	546,1	544,8	533,6	527,4
	%	100,0	91,1	90,3	89,8	87,1	86,9	85,1	84,1
Anteil der geklärten Abwässer ohne Niederschlagswasser	%	71,5	90,9	91,3	95,1	94,8	95,5	92,6	94,5
Verhältnis der geklärten Abwässer zu Abwässern ohne Niederschlagswasser	-	2,51	10,00	10,50	19,20	18,30	21,21	12,50	17,18

Anteil der Einwohner mit Anbindung an die öffentliche Kanalisation

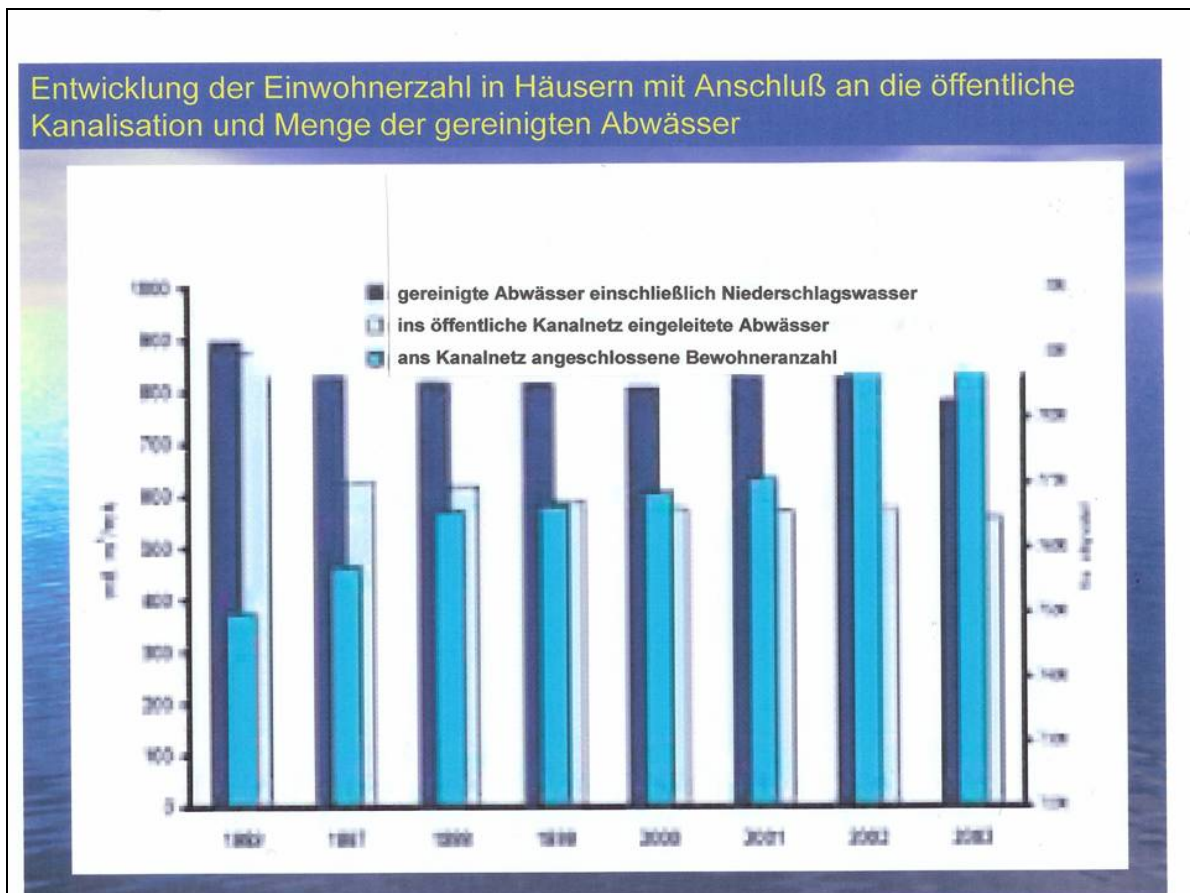
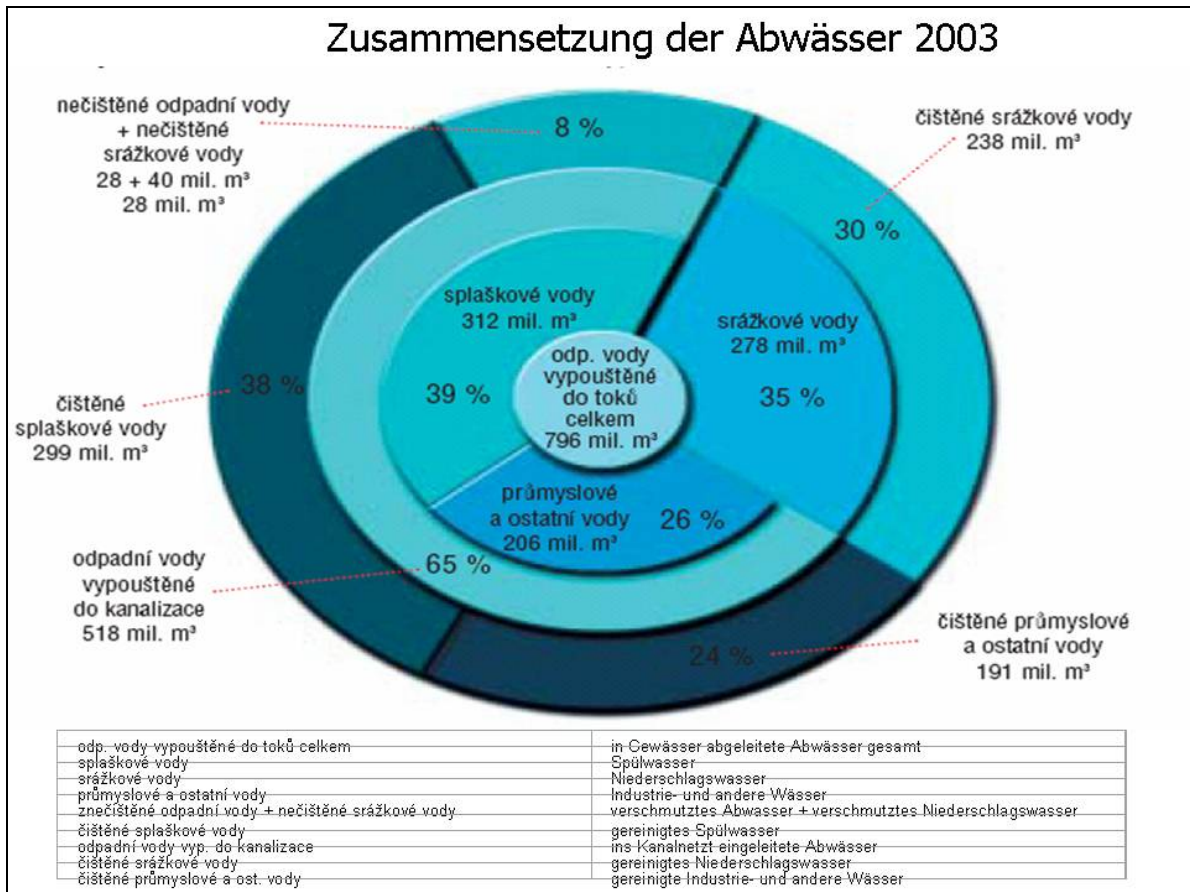


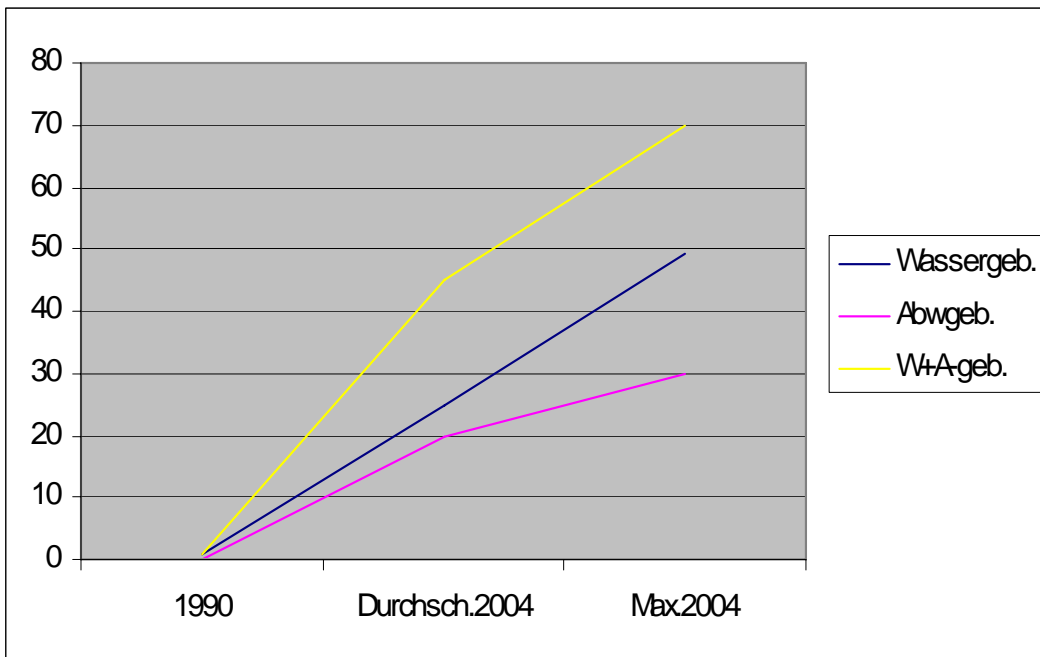
Anzahl der an die Kanalisation angeschlossenen Einwohner und Menge der abgeleiteten und geklärten Abwasser im Jahre 2003

Gebiet	Anzahl der an öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner		In öffentliche Kanalisation abgeleitete Abwässer	Geklärte Abwässer ohne Niederschlags-wasser	
	insgesamt	Anteil an der Gesamtanzahl		insgesamt	Anteil der geklärten Abwässer
	Anzahl	%	taus. m ³	taus. m ³	%
Prag	1 157 000	99,6	87 510	87 510	100,0
Region Mittelböhmen	673 500	59,5	46 765	46 611	99,7
Region Südböhmen	529 200	84,7	38 765	35 405	91,3
Region Pizeň	419 750	76,4	34 710	31 811	91,6
Region Karlovy Vary	273 500	89,9	16 485	16 475	99,9
Region Ústí nad Labem	671 400	81,9	43 678	37 621	86,1
Region Liberec	290 250	68,0	19 493	16 701	85,7
Region Hradec Králové	395 500	72,2	29 612	28 510	96,3
Region Pardubice	339 900	67,1	25 887	24 162	93,3
Region Vysočina	410 100	79,2	21 320	20 510	96,2
Region Südmähren	876 650	78,2	52 572	51 304	97,6
Region Olomouc	467 600	73,5	34 700	33 849	97,5
Region Zlín	441 900	74,6	29 551	28 122	95,2
Region Mähren - Schlesien	982 200	77,9	77 063	68 761	89,2
Tschechische Republik	7 928 450	77,7	558 111	527 352	94,5

Kennziffern und Fassungsvermögen von öffentlichen Kanalisationen

Parameter	Unit	Year		Ratio 2003/2002
		2002	2003	
PRIMÄRE STATISTISCHE KENNZIFFERN				
Anzahl der an öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner	taus.	7169,9	7363,7	1,03
Anzahl der an öffentliche Kanalisation angeschlossenen Einwohner, mit Abwasserkläranlage	taus.	6840,1	7032,9	1,03
Länge des Kanalisationsnetzes	km	24363	26742	1,10
Gesamtkapazität von Kläranlagen	taus.m ³ .Tag ⁻¹	3689,7	3925,7	1,06
Gesamtmenge der geklärten Abwässer (einschl. des Niederschlags- und Ballastwassers)	Mio.m ³	846,3	782,6	0,92
Menge der in öffentliche Kanalisation abgeleiteten Abwässer	Mio.m ³	524,0	518,8	0,99
davon Spülwasser	Mio.m ³	306,7	312,3	1,02
industrielles und sonstiges Wasser	Mio.m ³	217,4	206,5	0,95
Kanalisationsgebühren	Mio.Kronen	8324,8	8786,8	1,06
ABGELEITETE PROPORTIONALE KENNZIFFERN				
Durchschnittliche Höhe der Kanalisationsgebühren	Kronen.m ³	17,22	18,22	1,06





Wasser- und Abwassergebühren 2003

Kennziffer	Einheit	Wasser-	Kanalisation
		leitungen Mittel	Mittel
gewogenes arithmetisches Mittel	Kronen.m ³	21,56	18,22
	%	100	100
Minimalwert	Kronen.m ³	10,26	8,88
	% z. f. 1	47,6	48,3
Maximalwert	Kronen.m ³	28,24	28,26
	% z. f. 1	130,9	155,1

Entwicklung von Realisierungspreisen in den Jahren 1997 – 2003

Kennziffer	Einheiten	Jahr	Wasserleitungen			Kanalisation			Insgesamt Wasserleitungen + Kanalisation		
			Durch-schn.	Haush.	Sonst.	Durch-schn.	Haush.	Sonst.	Durch-schn.	Haush.	Sonst.
Preisen	Kronen.m ³	1997	13,41	11,88	15,77	11,22	9,33	13,28	24,63	21,20	19,05
		1998	15,11	13,91	17,03	12,42	10,82	14,24	27,53	24,73	31,26
		1999	16,73	15,76	18,29	14,09	12,58	15,81	30,82	28,34	34,10
		2000	18,00	17,44	18,95	15,11	14,20	16,16	33,11	31,64	35,12
		2001	19,06	19,06	19,06	15,95	15,95	15,95	35,00	35,00	35,00
		2002	20,47	20,47	20,47	17,22	17,22	17,22	37,69	37,69	37,69
		2003	21,56	21,56	21,56	18,22	18,22	18,22	39,77	39,77	39,77
innerjährige Preisveränderung	Kronen.m ³	1997	1,48	1,61	1,34	1,41	1,42	1,40	2,89	3,02	2,74
		1998	1,70	2,03	1,26	1,20	1,49	0,96	2,90	3,52	2,22
		1999	1,62	1,85	1,26	1,67	1,76	1,57	3,29	3,61	2,84
		2000	1,27	1,68	0,66	1,02	1,62	0,35	2,29	3,30	1,02
		2001	1,06	1,62	0,11	0,84	1,75	-0,21	1,89	3,36	-0,12
		2002	1,41	1,41	1,41	1,27	1,27	1,27	2,69	2,69	2,69
		2003	1,09	1,09	1,09	1,00	1,00	1,00	2,08	2,08	2,08
Entwicklung von Preisen	%	1997	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		1998	112,7	117,1	108,0	110,7	116,0	107,2	111,8	116,7	164,1
		1999	124,8	132,7	116,0	125,6	134,8	119,1	125,1	133,7	179,0
		2000	134,2	146,8	120,2	134,7	152,2	121,7	134,4	149,2	184,4
		2001	142,1	160,4	120,9	142,2	171,0	120,1	142,1	165,1	183,7
		2002	152,6	172,3	129,8	153,5	184,6	129,7	153,0	177,8	197,8
		2003	160,8	181,5	136,7	162,4	195,3	137,2	161,5	187,6	208,8

Durchschnittlicher Preis für Wasser- und Kanalgebühren in den Jahren 1997 – 2003

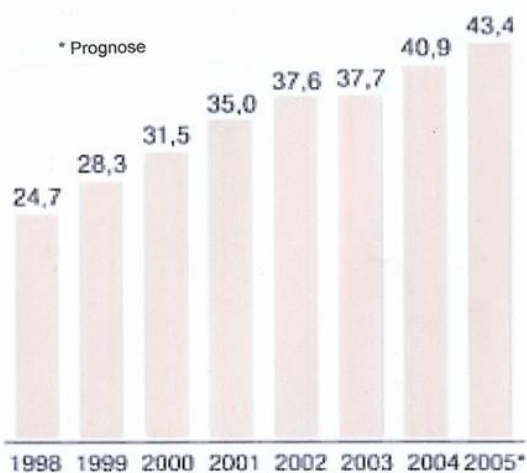
Jahr	Durchschnittlicher Preis		Fakturiertes Wasser für Haushalte aus Insgesamt fakturiertem Wasser	Anteil von Abwässern für Haushalte
	Kronen.m ³			
	Wassergebühr	Kanalgebühr	%	%
1997	12,99	9,66	60,5	53,2
1998	14,53	10,89	61,7	57,7
1999	16,09	12,87	63,0	57,0
2000	17,33	14,05	63,4	62,5
2001	18,57	16,68	63,4	65,7
2002	20,47	17,22	62,9	58,5
2003	21,56	18,22	63,0	60,2

Finanzielle Unterstützung des Investitionsaufbaus der Wasserleitungen, Kanalisationen und Abwasserkläranlagen in den Jahren 1997 – 2003

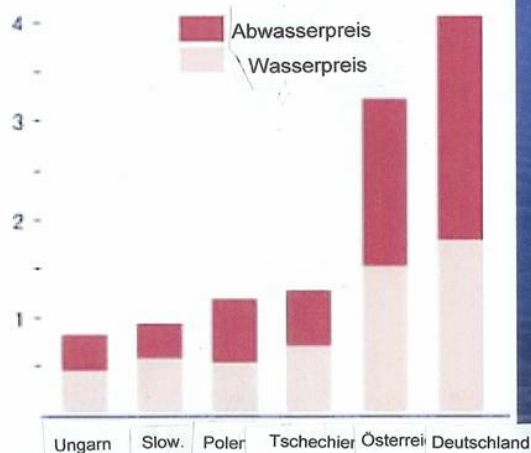
Jahr	Staatshaushalt		Staatlicher Umweltfonds		Insgesamt		EIB ¹⁾
	Mio. Kronen						
	Gesamte Zuschüsse	davon Retour-aushilfe	Gesamte Zuschüsse	davon Retour-aushilfe	Gesamte Zuschüsse	davon Retour-aushilfe	Mio. Kronen
1997	2154	838	1892	747	4046	1585	0
1998	1648	435	1083	512	2731*	947	798
1999	1718	473	1069	414	2787*	887	568
2000	1340	422	1130	438	2106*	859	60
2001	700	219	1604	656	2304*	875	222
2002	1381	53	2567	604	3948*	694	616
2003	1537	6	2678	526	4215*	532	619

Wasser- und Abwassergebühren

für Haushalte
(in Kronen pro m³, inkl. MWSt)



Ausgewählte EU-Länder
(in Euro pro m³, 2003)



Aktuelle Höhe der Wasser- und Abwassergebühren

pro m³ in tschechischen Kronen

	vodné	stočné
Pražské vodovody a kanalizace	22,79	19,96
Brněnské vodárny a kanalizace	22,77	26,02
Severomoravské vodovody a kanalizace Ostrava	20,43	18,49
Ostravské vodárny a kanalizace	22,58	18,89
Vodárenská akciová společnost Brno	25,23	21,65
Vodovody a kanalizace Jižní Čechy	27,30	20,15
Severočeské vodovody a kanalizace Teplice	26,13	20,22
Vodovody a kanalizace Hradec Králové	23,70	22,40
Zlínská vodárenská	22,60	20,80
Vodárna Plzeň	25,95	19,36
Durchschnitt	23,95	20,79

Wasser- und Kanalisationswerke in Tschechien vor 1990



Transformation der Gesellschaft Wasser- und Kanalisationswerke

Gesetz Nr. 92/1991 Slg. – über die Bedingungen der Vermögensübertragung vom Staat an andere Personen

Betriebsvermögen + Infrastrukturvermögen

Betriebsverm. - privatisiert

Infrastrukturverm. - Gemeinden



**Aktien-
gesellschaften**



GmbH

Gemischte Gesellschaft

ENERGIE AG



Gemischte Gesellschaft
-eigenes Infravermögen
-eigenes Betriebsvermögen
-Dienstleistungen für Kunden

Kunde

Abgetrennte Gesellschaft

Eigentümer des Infravermögens

-beschließt und veröffentlicht die Wasser- und Abwasserpreise
-genehmigt Investitionsvorschläge
-finanziert die Investitionen

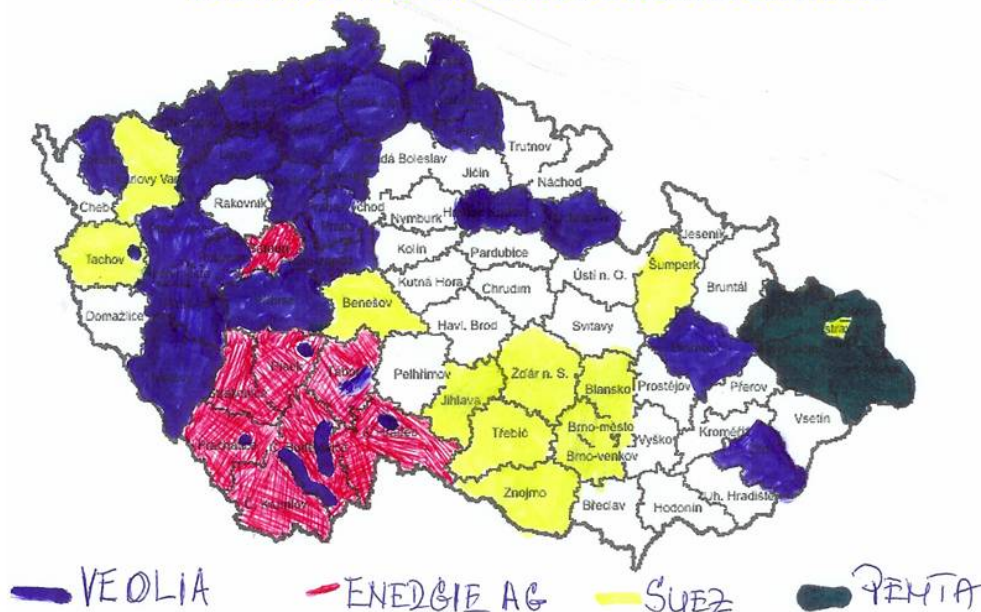
Betreiber

-leistet Dienste für Kunden
-schlägt die Wasser- und Abwasserpreise vor
-schlägt Investitionen vor
-verantwortlich für die Qualität und den technischen Standard der Anlagen

Kunde



Eigentümergehörigkeiten in tschechischen Wasserwirtschaftsunternehmen



Eigentümer der Wasser- und Abwasserwerke



Ostatní

Pražské vodovody a kanalizace, a. s.
 Vodovody a kanalizace Říčany, s.r.o.
 I.JVS, a. s.
 Vodospol Klatovy, a. s.
 VHS Dobruška, s.r.o.
 Hydria s.r.o.
 Vodovody a kanalizace Turnov, a. s.
 Severočeské VaK, a. s.
 AQUA Servis Rychnov n/K, a. s.
 Vodárna Plzeň, a. s.
 Středomoravská vodárenská, a. s.
 AUQA Příbram, s.r.o.
 VOSS, s.r.o.
 CTSE a.s.
 Veolia Water ČR s.r.o.
 Zlínská vodárenská a. s.
 Vodárna Kladno-Mělník a.s.
 VaK Hradec Králové a.s.

Brněnský VaK a.s.
 Ostravský VaK a.s.
 VAS a.s.
 Vodárny a kanalizace a.s.
 Šumperská vodohospodářská spol.
 VHS Benešov

VaK Jižní Čechy a.s.
 VaK Beroun a.s.

SmVaK Ostrava

Chebský VaK a.s. – GW
 VaK Náchod a.s.
 VaK Pardubice a.s.
 VaK Bruntál a.s.
 VaK Mladá Boleslav a.s.
 VaK Jablonné a.s.
 VaK Nymburk a.s.
 VaK Vsetín a.s.
 VODAK Humpolec s.r.o.
 VaK Havlíčkův Brod a.s.
 VaK Hodonín a.s.
 Slovácké VaK Uherské Hradiště a.s.
 VaK Kroměříž a.s.
 VaK Prostějov a.s.
 VaK Břeclav a.s.
 VaK Kmov s.r.o.
 Chodské VaK Domažlice a.s.
 VaK Píseň a.s.
 VaK Trutnov a.s.
 VaK Chrudim a.s.
 Vodoh. společnost Vrchlice-Maleč
 Vodohosp. Společnost Jičín a.s.
 Vodohosp. Společnost Čertinka

	Trinkwasser		kanalisiertes Wasser	
Transnationale	versorgte	%	angeschlos.	%
Konzerne	Einwohner	auf Markt	Einwohner	auf Markt
Veolia	4232467	49,71	2869113	47,04
Ondeo	1525674	17,92	1254438	20,57
Penta	716822	8,41	496024	16,1
Energie	621803	7,3	271628	4,45
Andere	2211227	16,66	1480132	29,84
Tschechien gesamt	8513800		6099100	



Pražské vodovody a kanalizace a.s. (PVK) -	100% Veolia Water Prague
1 JVS a.s. -	100% Generale des Eaux
Severočeské vodovody a kanalizace a.s (SčVaK)-	50,1% Generale des Eaux 49,1% SVS. a.s. 0,8 % ostatní
Aqua Příbram s.r.o -	100% PVK Praha
Vodospol Klatovy s.r.o -	100% 1 JVS
VOSS Sokolov s.r.o -	100% SčVaK
VaK Říčany s.r.o. -	100% SčVaK
Aquaservis Rychnov/Kněžnou a.s. -	100% SčVaK
Zlínská vodárenská a.s. -	100% Veolia Water Prague
Středomoravská vodárenská a.s. -	100% Veolia Water Prague
VaK Turnov a.s. -	100 % SčVaK
VaK Hradec Králové a.s. -	
Vodárna Kladno-Mělník a.s. -	



Brněnský VaK –	51% Stadt Brno 46% Suez (Ondeo) 3% andere
VaK Ostrava -	50,67% Suez (Ondeo) 28,75% Stadt Ostrava 21,28% andere
VaK Karlovy Vary -	49,78% Suez (Ondeo) 46,76% VSOZČ, Wasserverbund Westböhmen 3,46% andere
VHS Benešov -	100% Suez (Ondeo)
VAS Brno -	34% Suez (Ondeo) 68% Gemeinden 8% andere
Šumperská vodoh. –	100% Ondeo

Penta

SmVak – 98,37 % Waterfall holding
1, 63% andere



Vak Jižní Čechy – 95,21% Energie AG Bohemia s.r.o
4,79% andere

VaK Beroun - 58,3% Energie AG Bohemia s.r.o
41,7 % Gemeinden

Auswirkungen der Privatisierung auf die soziale Struktur in Tschechien

- Arbeitsplatzabbau – 25519 Arbeitsplätze im Jahre 1991
14 479 im Jahre 2004
- Anstieg der Arbeitslosenrate – 9,9 % im Jahre 2004
- Gefährdung der Sozial- und Lohnstandards ➤
- schwierigere Verteidigung gegenüber transnationalen Konzernen ➤
- Erhöhung der Wasser- und Abwassergebühren



Struktur der Kollektivverhandlungen

- Kollektivverträge höheren Ranges - 

- betriebseigene Kollektivverträge



Kollektivverträge höheren Ranges

❖ in den Jahren 1992 bis 2000 unproblematisch, wurden jedes Mal ausverhandelt

❖ im Jahre 2000 wurde in den Statuten des Wasserwirtschaftsverbandes die Arbeitgeberfunktion aufgehoben, neue Verhandlungen finden nicht statt

❖ Umbruch im Jahre 2003, der Arbeitgeberverband Veolia wird gegründet, für Veolia wird ein Kollektivvertrag höheren Ranges ausverhandelt

❖ Schere zwischen Löhnen und Bedingungen öffnet sich



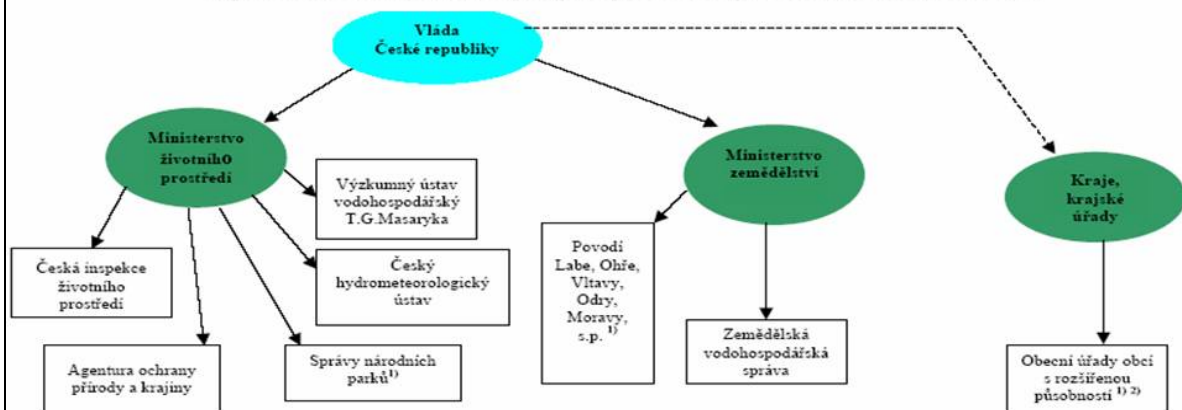
Europäische Betriebsräte

☐ Richtlinie des Rates 94/45/EG vom 22. Sept. 1994 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen

- ✓ bei Suez (Ondeo) – wir sind Vollmitglieder
- ✓ bei Veolia – wir sind im Vorbereitungsausschuss
- ✓ bei Energie AG – Verhandlungen wurden aufgenommen
- ✓ bei Penta - ??????



Organizační schéma institucí spolupracujících na implementaci Rámcové směrnice



1) Vymezená územní působnost (ostatní instituce působí celostátně)

2) 206 obcí

Vláda České republiky	Regierung der Tschechischen Republik
Ministerstvo životního prostředí	Umweltministerium
Česká inspekce životního prostředí	Tschechische Umweltinspektion
Agentura ochrany přírody a krajiny	Agentur für Natur- und Landschaftsschutz
Výzkumný ústav vodohospodářský T.G. Masaryka	T.G. Masaryk-Forschungsinstitut für Wasserwirtschaft
Český hydrometeorologický ústav	Tschechisches hydrometeorologisches Institut
Správy národních parků ¹⁾	Nationalparkverwaltungen ¹⁾
Ministerstvo zemědělství	Landwirtschaftsministerium
Povodí Labe, Ohře, Vltavy, Odry, Moravy ¹⁾	Gewässer der Elbe, Eger, Moldau, Oder, March ¹⁾
Zemědělská vodohospodářská správa	Landwirtschaftliche Wasserwirtschaftsverwaltung
Kraje, krajské úřady	Kreise, Kreisämter
Obecní úřady obcí s rozšířenou působností ^{1), 2)}	Gemeindeämter mit erweitertem Wirkungskreis ^{1), 2)}
1)	1) eingeschränkte Gebietsbefugnisse (andere Institutionen wirken gesamtstaatlich)
2)	2) 206 Gemeinden

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Durchschnittslöhne

Durchschnittslohn gesamt	
VaK Kladno-Mělník	17989
VaK Pardubice	17346
VAS Brno	17080
VaK Krnov	17039
Středomoravská Olomouc	17030
VaK Hradec Králové	16910
VaK Jablonné	16374
VaK Přerov	15989
VaK Prostějov	15740
VAK Vyškov	15712
Vodospol Klatovy	15327
Šumperksá provozní	15264
VAK Chrudim	14475
VHOS Jičín	14358
VaK Kroměříž	14348
VS Čerlinka	12689
Tschechien	17455

Durchschnittslohn ohne Management	
PVK Praha	21682
1jVS	18226
Vodáma Plzeň	17686
SčVaK Teplice	17069
VaK Pardubice	16793
VAS Brno	16298
Středomoravská Olom	16026
VaK Krnov	15517
VaK Vyškov	15308
VaK Jablonné	15175
VaK Prostějov	14439
VOSS Sokolov	14938
Vodospol Klatovy	14429
VHOS Jičín	14103
Šumperksá provozní	13812
Rychnov nad Kněžnou	13789
VaK Chrudim	13701
Aqua Příbram	13512
VaK Kroměříž	13512
VaK Říčany	13388
Vak Hradec Králové	13008
VS Čerlinka	12689



Deutschland

Nikolaus Geiler, Arbeitskreis Wasser im BBU, Freiburg

Privatisierungsdiskussion und Privatisierung in den Anrainerstaaten Österreichs – Beispiel Deutschland

Standard der Siedlungswasserwirtschaft in Deutschland

Die Siedlungswasserwirtschaft in Deutschland weist im weltweiten Vergleich einen überdurchschnittlichen Anschlussgrad an die Systeme der Wasserver- und der Abwasserentsorgung auf. Auch bei der Ver- und Entsorgungssicherheit, der Minimierung der Leitungsverluste, der Trinkwassergüte und dem Niveau der Abwasserreinigung kann die deutsche Siedlungswasserwirtschaft einen der vordersten Plätze im Ranking der Industrienationen belegen. In den Neuen Bundesländern hat seit der „Wende“ in den letzten 16 Jahren eine weitgehende Angleichung an die Standards in Westdeutschland stattgefunden. Wegen überdurchschnittlich hoher Anschlussbeiträge und Gebühren in den Neuen Bundesländern kam und kommt es weiterhin zu erheblichen Protesten der Bevölkerung. Gemessen am durchschnittlichen Familieneinkommen liegen die Wasserpreise und Wassergebühren im Bundesdurchschnitt aber nicht höher als in vielen anderen EU-Ländern.

Das insgesamt hohe Niveau der Siedlungswasserwirtschaft liegt zum einen an den günstigen klimatischen Bedingungen (beispielsweise im Vergleich zu den deutlich niederschlagsärmeren und wärmeren Mittelmeerländern) sowie an der wirtschaftlichen Prosperität in der Nachkriegszeit - vor allem aber auch daran, dass die Wasserver- und die Abwasserentsorgung in Deutschland traditionell zum Kernbestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge zählt.

Ausschreibungswettbewerb zwischen Transparenz und Oligopol

Ob die Wasserver- und die Abwasserentsorgung tatsächlich als essentieller Bestandteil des „public service“ aufzufassen ist, wird seit Ende der 1990er Jahre zunehmend hinterfragt – zum einen aus der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulszene, insbesondere aber aus dem Bereich jener Firmen und Konzerne, die im Wassersektor ein Geschäft wittern. Attestiert werden diese Kreise von „neoliberal“ gesinnten Politikern (vor allem aus der FDP) sowie zunehmend seitens der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof. Nachdem die von der „EWERS-Kommission“ im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums vorgetragenen Vorstellungen eines „Wettbewerbes im Markt“ mit einem „Durchleitungswettbewerb“ (ähnlich wie im Strommarkt) angesichts hygienischer, chemischer und haftungsrechtlicher Risiken im Trinkwassersektor zumindest vorläufig zu den Akten gelegt werden mussten, konzentrieren sich die Vorstöße der Wettbewerbspolitiker inzwischen auf den „Ausschreibungswettbewerb“: Konzessionen sowie Ver- und Entsorgungsverträge sol-

len zeitlich befristet ausgeschrieben werden. Nachdem schon vor Jahren der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in dieses Horn gestoßen hat, wurde jüngst ein entsprechender Forderungskatalog auch vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vorgelegt. Der DIHK fordert zudem auch eine Trennung von „Produktion“ und Netz, um auch in der Wasserwirtschaft ein „Unbundling“ wie in der Strombranche durchzusetzen. BDI und DIHK versprechen sich von ihren Vorschlägen u.a. eine Senkung der Wassertarife zu Gunsten der industriellen Abnehmer.

Ein rigoroser Ausschreibungswettbewerb kann zwar einerseits zu mehr Transparenz bei der Vertragsvergabe führen, birgt aber andererseits die Gefahr, dass nur noch finanzstarke Konzerne erfolgreich aus den Ausschreibungen hervorgehen werden. Zwangsläufig droht dann das Risiko, dass sich im Wasser- und Abwassersektor (ähnlich wie über die letzten Jahrzehnte hinweg in Frankreich) Oligopole bilden werden. Bis jetzt steht allerdings die Privatisierung des auf 20 Mrd. Euro Jahresumsatz geschätzten Wasser- und Abwassersektors in Deutschland erst am Anfang. In der Wasserversorgung - und noch mehr in der Abwasserentsorgung - wird der weitaus größte Teil der Bevölkerung noch von Unternehmen versorgt, die völlig oder zumindest zum größten Teil kommunal beherrscht werden.

Der Stand der „Wasserprivatisierung“ in Deutschland

Im Gegensatz zur immer noch hoheitlichen Abwasserentsorgung (trotz § 18 a (2a) Wasserhaushaltsgesetz [WHG] und entsprechender Länderparagraphen in Sachsen und in Ba.-Wü.) konnte die zentrale Wasserversorgung seit ihrer Entstehungsgeschichte privat ausgeführt werden (siehe aber Sonderregelungen in Hessen und in Bayern).

Größter privater Wasserversorger in Deutschland war bis zur kürzlich erfolgten „Rekommunalisierung“ die **GELSENWASSER AG** (zuletzt eine Tochter des E.ON-Konzerns mit dem Schwerpunkt in NRW). Verschiedene Tochterunternehmen von großen Energiekonzernen haben sich auf den Kauf von Minderheitsbeteiligungen an Stadtwerken spezialisiert (siehe Freiburg). In erster Linie ist hier die **THÜGA** zu nennen - über die RUHRGAS AG ebenfalls dem E.ON-Konzern zugehörig. Da die Stadtwerke vielerorts die Trinkwasserversorgung betreiben, ist die THÜGA indirekt einer der größten Wasserkonzerne in Deutschland. Zwischenzeitlich hat das Kartellamt (wegen der Bildung von vertikal strukturierten Energieoligopolen) weiteren Aufkäufen der THÜGA AG teilweise einen Riegel vorgeschoben (siehe Ulm).

Neben dem E.ON-Konzern ist ein wichtiger Player auch im nationalen „Wassermarkt“ der RWE-Konzern, der über **RWE WATER** (und **THAMES WATER**) vor allem in Nordrhein-Westfalen gewichtige Aufkäufe im Wasserversorgungsbereich getätigt hat (s. RWW in Mülheim/Ruhr). In Ostdeutschland gehören die Tochterunternehmen der beiden großen französischen Wasserkonzerne (**SUEZ, VEOLIA**) zu den führenden privaten Wasserversorgern. Eine der ersten relevanten „Wasser-Privatisierungen“ in Ostdeutschland war kurz nach der „Wende“ in Rostock erfolgt, wo sich **EURAWASSER** (ein Tochterunternehmen von SUEZ) in die Wasserver- und Abwasserentsorgung eingekauft hatte. VEOLIA ist ins-

besondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt über Töchter und Enkelinnen im „Wassermarkt“ engagiert – nach eigenen Angaben bei mittlerweile über 400 Kommunen.

In Baden-Württemberg fungiert die **EnBW** als Hecht im Karpfenteich. An der EnBW ist mit etwa einem Drittel des Aktienkapitals der französische Atomstromkonzern Electricité de France (EdF) beteiligt. Die staatliche EdF steht derzeit ebenfalls vor einer (heftig umstrittenen) Teilprivatisierung. Die EnBW beherrscht beispielsweise den „Wassermarkt“ in Stuttgart. Darüber hinaus hat sich die EnBW in über 30 Stadtwerke in Baden-Württemberg (aber auch darüber hinaus) eingekauft.

Bei den meisten „Wasser-Privatisierungen“ handelt es sich nicht um Vollprivatisierungen, sondern um Teilprivatisierungen (neuhochdeutsch: *public privat partnership (ppp)*; siehe Berlin).

Diese Aktivitäten haben dazu geführt, dass sich von rund 900 Stadtwerken nur noch etwa 500 Stadtwerke im Vollbesitz der Kommunen befindet. Wenn die Gesamtheit der rund 6.500 Wasserwerke und deren „Kunden“ in Deutschland betrachtet wird, kann man allerdings konstatieren, dass schätzungsweise noch 80 Prozent der „Kunden“ durch kommunale Unternehmen versorgt werden.

Ein Sonderrolle spielen die umstrittenen US-Cross-Border-Leasing-Geschäfte, bei denen Wasserversorgungsanlagen an US-Trusts verleast worden sind (siehe Bodenseefernwasserversorgung, Landeswasserversorgung, Leipzig usw.).

Die weiteren Perspektiven der „Wasser-Privatisierung“ werden durch folgende Punkte bestimmt:

- „Modernisierung der deutschen Wasserwirtschaft“; insbesondere Abschaffung der „steuerlichen Ungleichbehandlung“.
- Mögliche Ausschreibungspflicht über die EU
- Aufbrechen der interkommunalen Zusammenarbeit in Wasser- und Abwasserverbänden durch den Europäischen Gerichtshof
- Finanzarmut der Kommunen
- steigende Anforderungen an Hygiene- und Qualitätsmanagement
- notwendiger Umbau der Wasserversorgungsinfrastruktur infolge des zurückgehenden Wassergebrauchs (demographischer Wandel)
- „Zwangsbenchmarking“ (Leistungsvergleiche) durch die Hintertür (ISO TC 224: Dienstleistungsnorm für Wasserversorger)

Einseitiges Kommerzdenken greift auch in kommunalen Wasser- und Abwasserbetrieben um sich

Von Kritikern einer Privatisierung kommunaler Wasser- und Abwasserbetriebe wird befürchtet, dass private Konzerne Renditen auf Kosten

- der Versorgungssicherheit,
- des bis jetzt hochstehenden Niveaus der Trinkwassergüte und der Abwasserreinigung,
- der Ökologie
- und der Belegschaften

erwirtschaften könnten. Diese Befürchtungen kontrastieren gegenwärtig aber noch damit, dass die privaten Konzerne im Wasser- und Abwassersektor Spitzenleistungen abliefern. Um den „Wassermarkt“ zu erobern, können sich die privaten Dienstleistungskonzerne zur Zeit keinerlei Fehler und Missstände erlauben. Um ein gutes Klima zu schaffen, geben sich die Wasserkonzerne auch als äußerst spendable Sponsoren und verpflichten sich zur Übernahme des Personal bei einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen für fünf oder noch mehr Jahre (siehe z.B. Braunschweig).

Dass gegenwärtig bei den großen Wasserkonzernen noch keine Standardabsenkungen zu erkennen sind, liegt auch daran, dass die dort tätigen Ingenieure und Techniker aus dem gleichen „Stall“ kommen wie ihre kommunalen Kollegen. Die in der Siedlungswasserwirtschaft tätigen Ingenieure sind über die letzten 30 Jahre von einem Kanon geprägt worden, der gleichermaßen hohe Standards in der Versorgungssicherheit aber auch in sozialer und ökologischer Hinsicht beinhaltet. Längerfristig ist allerdings zu befürchten, dass dieses hohe Ethos erodiert wird – vor allem dann, wenn in den Wasserunternehmen nicht mehr die Techniker, sondern die Kaufleute den Ton angeben.

Derzeit weiß das Führungspersonal der Konzerne in Deutschland aber, dass es unter öffentlicher Beobachtung steht und dass den privaten Akquisitionsbemühungen mit großem Misstrauen begegnet wird. Nach einer Umfrage im Auftrag des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) lehnen 61 Prozent der Bevölkerung in Deutschland eine „Wasser-Privatisierung“ ab. Zahlreiche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, die angesichts von „Wasserprivatisierungen“ in Deutschland angestrengt worden sind, dokumentieren den breiten Widerstand gegen den Einstieg von privaten Gesellschaften in die kommunale Wasserwirtschaft. Den von Kritikern an die Wand gemalte Qualitätsverfall zu Gunsten der „Profirate“ können sich die privaten Dienstleistungskonzern derzeit noch nicht erlauben.

Eine Gefährdung der hohen versorgungstechnischen, ökologischen und sozialen Standards in der Wasserver- und Abwasserentsorgung besteht gegenwärtig eher darin, dass die anhaltende Debatte um die „Liberalisierung“ und Privatisierung des „Wassermarktes“ und das Vordringen des privaten Kapitals in diesem Sektor zu einer durchgreifenden Kommerzialisierung auch der kommunalen Wasser- und Abwasserbetriebe geführt hat. Ein überzogenes Kostendenken nach dem Motto „*Wir sparen um jeden Preis, koste es was es wolle!*“ hat jetzt bereits zu einem schleichenden Niveauperlust bei der Substanzerhaltung der Anlagen geführt. Anlagen werden mehr und mehr am Limit gefahren – vor allem in personeller Hinsicht: Selbst Großkläranlagen mit 100.000 Einwohner Anschlussgröße werden zunehmend nur noch von einer Person betreut.

Wir haben uns also mit dem Paradoxon auseinanderzusetzen, dass die Teilprivatisierung kommunaler Wasser- und Abwasserbetriebe zu einem Niveauperlust führt – aber nicht deshalb, weil die privaten Konzerne die Standards jetzt schon auf breiter Front aktiv drücken würden, sondern weil die öffentlich-rechtlichen Wasser- und Abwasserbetriebe aufgrund der Privatisierungsdiskussion dem Irrglauben verfallen sind, sie müssten im Wettbewerb um die Ausschöpfung der größten Kosteneinsparpotenziale mit vermeintlich vorbildhaften Rationalisierungsbemühungen der privaten Dienstleistungskonzerne gleichziehen.

Substanzerhaltung nicht mehr gewährleistet

Verschärft wird die Lage in Deutschland noch dadurch, dass die allgemeine Wirtschafts- und Konjunktursituation, der damit verbundene Anstieg der kommunalen Sozialausgaben und der Einnahmeausfall bei der Öffentlichen Hand aufgrund einer fragwürdige Steuersenkungspolitik zu Gunsten der „Besserverdienenden“ und der Konzerne die meisten Kommunen an den Rand des finanziellen Zusammenbruches geführt hat. Vielerorts sind die kommunalen Haushalte auf Grund ihrer Schieflage seitens der Kommunalaufsicht bei der Regierungspräsidien nicht mehr genehmigungsfähig. Um die Haushaltslöcher zu stopfen, denken immer mehr Kämmerer über einen (Teil-)Verkauf der kommunalen Wasser- und Abwasserbetrieb nach.

Vielerorts befürchtet das Leitungspersonal der kommunalen Wasser- und Abwasserbetriebe nach dem Einstieg privaten Kapitals nicht mehr Herr im eigenen Haus bleiben zu können – oder es wird gemutmaßt, dass fremde Konzernmanager das Zepter übernehmen könnten. Die einzige „Lebensversicherung“ vieler Wasserwerkechefs besteht deshalb darin, maximale Gewinne zu erwirtschaften: Die Gewinne kommunaler Wasserunternehmen müssen so hoch geschraubt werden, dass sich ein Verkauf dieser „Goldesel“ nicht mehr lohnt. Nicht wenige Wasserwerker sind inzwischen der Meinung, dass die Kommunen ihre Wasserunternehmen noch mehr auspressen als es ein privater Dienstleistungskonzern derzeit wagen würde.

Dazu kommt, dass „traditionell“ in vielen Kommunen die Einnahmen aus den Wasserpreisen und Abwassergebühren satzungswidrig nur teilweise in den Wasser- und Abwasserbetrieben reinvestiert worden sind. Die Einnahmen wurden vielmehr im „Querverbund“ in den Öffentlichen Nahverkehr oder auch in die Subventionierung des Stadttheaters gelenkt. Zusammengenommen hat dies in der Wasserversorgung, vor allem aber im Abwassersektor, dazu geführt, dass die Substanzerhaltung der Anlagen nicht mehr gesichert ist.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hat erst jüngst wieder darauf hingewiesen, dass im Abwassersektor nach dem derzeitigen durchschnittlichen Sanierungstempo die Kanäle mindestens 150 Jahre halten müssten. Tatsächlich liegt die Lebensdauer aber bei lediglich 60 bis 80 Jahren. Hinsichtlich der Wasserversorgungsinfrastruktur weist der Verband darauf hin, dass die Investitionen in den Erhalt der Wasserleitungen von 2001 auf 2002 um 15 Prozent gesunken sind. Drei Milliarden Euro müssten jedes Jahr investiert werden. 2,3 Milliarden Euro werden aber nur investiert – und das mit weiter sinkender Tendenz.

Von den Privatisierungsapologeten wird der Milliardenbedarf zur Überwindung der Investitionslücke dazu genutzt, um unter Verweis auf die exorbitanten Sanierungskosten jetzt erst recht die Beteiligung privaten Kapitals an den kommunalen Wasser- und Abwasserbetrieben einzufordern. Dass jeder Kommunalkredit günstiger ist als die Einbindung privaten Kapitals, das auf eine Rendite von 15 Prozent und mehr spekuliert, wird bei dieser Betrachtungsweise regelmäßig unterschlagen. Und dass bei einem Eingehen auf ein ppp-Geschäft

mit üblicherweise 49 Prozent Privatbeteiligung auch 49 Prozent des Gewinns der Wasserwerke bzw. der Eigenkapitalverzinsung der Abwasserbetriebe weg von der Kommune und ihren Bürgern auf die Konten von Konzernzentralen und anonymen Aktionären wandert, verschwindet in dieser Privatisierungsapologetik ebenfalls hinter einem argumentativen Nebelvorhang, der von Bankern, Beratern, Gutachtern, Wirtschaftsprüfern und Wirtschaftsredakteuren aufgespannt wird.

EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof im Angriff auf den Wassersektor

Die somit schon höchst facettenreiche Debatte wird noch durch mehrere Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in den letzten Wochen sowie durch einige aktuelle Vorstöße der EU-Kommission „bereichert“. Im „Halleurteil“ hat der EuGH im Januar diesen Jahres entschieden, dass ausschreibungslose „Inhouse-Geschäfte“ in der Entsorgungssparte dann nicht mehr zulässig sind, wenn Privatkapital an kommunalen Betrieben auch nur geringfügig beteiligt ist. Inwieweit dieses Urteil auch künftige – oder sogar bestehende – public-private-partnerships im Wasser- und Abwassersektor tangiert, hat in Fachkreisen in den letzten Wochen zu Kaffeesatzlesen auf höchstem Niveau geführt.

Unklar ist auch noch, inwieweit der Angriff der EU-Kommission auf interkommunale Verbandslösungen im Abwasser- und im Müllentsorgungsektor künftig generell die kommunale Zusammenarbeit in Wasser- und Abwasserzweckverbänden torpedieren könnten.

Fasst man den gegenwärtigen Verlauf der Debatte in Deutschland und Brüssel zusammen, muss man feststellen, dass die Wasserver- und Abwasserentsorgung als Kernbestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge erheblich gefährdet ist. Nicht ohne Grund hat der VKU das Jahr 2005 als mögliches Schicksalsjahr für den Erhalt einer kommunal geprägten Wasserwirtschaft eingestuft. Es liegt auch an uns - den Gewerkschaften, den kommunalpolitischen Flügeln der Parteien und den Umweltverbänden –, ob Brüssel, die privaten Wasserkonzerne und ihr Tross von Propagandisten in den Banken, Beratungs- und Gutachterbüros, bei KPGM und PriceWaterhouse sowie bei anderen Wirtschaftsprüfern und in den Redaktionen der Wirtschaftspresse in diesem Jahr die „Marktführerschaft“ in der Privatisierungsdebatte erobern können ...

Weiter Auskunft beim Referenten:

Nikolaus Geiler

D-79106 Freiburg, Rennerstr. 10

Tel.: 0761/275 693, Fax: 0761/288 216

E-Mail: nik@akwasser.de

Internet: www.akwasser.de; www.regiowasser.de

Schweiz

Urs Kamm, SVGW, Zürich

Grundsätzliche Überlegungen

Trinkwasser ist ein lebensnotwendiges Gut, das durch nichts zu ersetzen ist, und es stellt sich daher die Frage, ob Trinkwasser ein öffentliches Gut ist.

Gemäss Wirtschaftsfachleuten ist ein öffentliches Gut dadurch gekennzeichnet, dass das Ausschlussprinzip nicht funktioniert und keine Rivalität im Konsum herrscht. Beispiele für öffentliche Güter sind die innere und äussere Sicherheit.

Das Nichtfunktionieren des Ausschlussprinzips bedeutet, dass prinzipiell niemand vom Konsum eines Gutes ausgeschlossen werden kann, auch wenn er dafür nicht bezahlt. Die Anwendbarkeit des Ausschlussprinzips ist eine wichtige Bedingung dafür, dass eine öffentliche Infrastruktur auch privat angeboten werden kann. Nichtrivalität bedeutet, dass der Konsum eines Gutes durch ein Wirtschaftssubjekt den Konsum desselben Gutes durch ein anderes Wirtschaftssubjekt nicht beeinträchtigt.

So wie die Trinkwasserversorgung bei uns organisiert ist, sind beide Kriterien, Ausschlussprinzip und Rivalität erfüllt. Aus dieser Sicht ist Trinkwasser kein öffentliches Gut.

Allerdings ist ein Ausschluss aus politischen, sozialen und ethischen Gründen nicht erwünscht. Dies bedeutet, dass Trinkwasser wohl die Bedingungen für ein öffentliches Gut formal nicht erfüllt, dagegen faktisch.

Wasserversorgungen sind natürliche Monopole. Definitionsgemäss spricht man von einem natürlichen Monopol, wenn es kostengünstiger ist, die Nachfrage – in diesem Fall des notwendigen Trinkwassers – durch ein einziges Unternehmen anstelle von mehreren abzudecken. Die Gründe dafür bei den Wasserversorgungen sind die hohen Investitionen – vor allem beim Leitungsnetz – und die lange Lebensdauer der Investitionen bzw. der Infrastrukturanlagen.

Aufgrund der dargelegten Rahmenbedingungen und der weit verbreiteten Regel, wonach staatliche Monopole nicht durch private Monopole zu ersetzen sind, erstaunt es nicht, dass die Mehrheit der Wasserversorgungen Unternehmen der öffentlichen Hand sind.

Allerdings wird dem Staat infolge des fehlenden Wettbewerbes mangelnde Effizienz vorgeworfen. Dabei ist zwischen betrieblicher, dynamischer und allokativer Ineffizienz zu unterscheiden.

a) Betriebliche Ineffizienz

Die öffentlichen Leistungen werden nicht zu den bestmöglichen Kosten produziert. Die Arbeiten und Investitionen sind ressourcengesteuert. Anreizsysteme für die Mitarbeiter zur Senkung der Kosten fehlen meistens gänzlich.

b) Dynamische Ineffizienz

Der fehlende Konkurrenzdruck schwächt den Anreiz für Prozessinnovation. Beispielsweise fehlt der Anreiz für die Einführung neuer, kostengünstiger Aufbereitungsmethoden (Membrantechnik) oder Verrechnungssysteme (Billing-Systeme).

c) Allokative Ineffizienz

Allokative Ineffizienz besteht, wenn ein öffentliches Unternehmen quantitativ oder qualitativ nicht diejenigen Waren oder Dienstleistungen herstellt, welche die versorgte Bevölkerung und die versorgten Unternehmen wünschen. Das Hotelgewerbe möchte möglicherweise ein "Paketangebot" für Strom, Wärme und Wasser« die Bevölkerung wünscht sich mehr Information über ihre Wasserversorgung usw. Die allokative Ineffizienz hat bei Wasserversorgungen weniger einen ökonomischen Einfluss als vielmehr Auswirkungen auf das Image der betreffenden Wasserversorgung.

Nun ist sich die Mehrheit der Ökonomen darüber einig, dass eine Privatisierung von Unternehmen und eine Liberalisierung von Märkten in der Regel zu Effizienzverbesserungen führt und eine private Versorgung derjenigen der öffentlichen Hand überlegen ist, falls kein Marktversagen herrscht. Die beste Kostendisziplin und angemessene Innovationen bringen der Wettbewerb.

Die Trinkwasserversorgung weist allerdings, wie bereits erwähnt, spezielle ökonomische Eigenschaften auf. Wettbewerb ist im Trinkwassersektor nur sehr eingeschränkt möglich.

Trotzdem ist unbestritten, dass mit der Öffnung der Märkte in den Bereichen Telekommunikation, Gas und Elektrizität der Liberalisierungsdruck auf die Wasserversorgung zugenommen hat. Dies nicht zuletzt, weil viele Wasserversorgungen in der Schweiz in Querverbundunternehmen eingebunden sind. Liberalisierung bedeutet allerdings nicht zwangsläufig Privatisierung.

Die Liberalisierung ist ein Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Tätigkeiten und beruht auf der Einführung von Wettbewerb.

Eine Privatisierung im engeren Sinn entspricht der teilweisen oder vollständigen Übertragung des Eigentums am Kapital bzw. der Infrastruktur des öffentlichen Versorgungsbetriebes an die Privatwirtschaft durch die Ausgabe von Titeln an der Börse oder dem direkten Verkauf.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich Privatisierung auf die Übertragung des Eigentums vom öffentlichen auf den privaten Sektor bezieht, Liberalisierung auf die Einführung von Wettbewerb, in der Regel durch freien Marktzutritt.

Überblick über die Trinkwasserversorgung in der Schweiz

Die schweizerische Wasserversorgung setzt sich aus rund 3000 Betrieben unterschiedlicher Grösse, Rechtsform und Organisation zusammen. Rund 2'300 Angestellte

arbeiten in diesen Wasserversorgung. Die jährliche Fördermenge beträgt 1,1 Milliarden Kubikmeter. Dies entspricht bei einer Einwohnerzahl von 7.4 Millionen einer durchschnittlichen Tagesmenge von 400 Liter pro Person, wobei rund 160 Liter allein im Haushalt benötigt werden. Trotz hohem Versorgungsniveau sind die Kosten für das Trinkwasser tief. Für 1000 Liter, zu jeder Tages- und Nachtzeit ins Haus geliefert, müssen im Durchschnitt Fr. 1.60 (ca. 1 Euro) bezahlt werden.

Unterschiedliche Strukturen

Die Wasserversorgung gehört zu den traditionellen Tätigkeitsgebieten der öffentlichen Hand. In der Regel sind es die politischen Gemeinden, die die Wasserversorgung betreiben. Mehrheitlich handelt es sich bei den Versorgungsbetrieben um öffentliche Anstalten. Daneben findet man aber auch öffentlich-rechtliche Körperschaften, die genossenschaftlich organisiert sind. Vereinzelt wird die Wasserversorgung auch durch Aktiengesellschaften bewerkstelligt. Vielerorts schliessen sich mehrere Gemeinden zusammen, um die Aufgabe der Wasserversorgung gemeinsam zu lösen. Meist werden diese Gruppenwasserversorgungen als Zweckverbände oder einfache Gesellschaften konstituiert. Neben reinen Wasserversorgungen gibt es zahlreiche Betriebe in denen verschiedene Versorgungsaufgaben zusammengefasst sind, beispielsweise Gas- und Wasserversorgungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgungen. Die Grössen der verschiedenen Wasserversorgungen, gemessen an den versorgten Einwohnern, weisen grosse Unterschiede auf. Lediglich fünf Versorgungen - Genf, Zürich, Basel, Lausanne und Bern - liefern an mehr als 100'000 Personen Wasser. Dagegen besteht eine grosse Anzahl von mittleren und kleineren Versorgungen. Interessant ist ein Blick auf die geförderten Wassermengen. Während die fünf grössten Betriebe rund 250 Millionen Kubikmeter umsetzen, sind es bei den über 1000 Kleinversorgungen lediglich 50 Millionen Kubikmeter.

Liberalisierung und Privatisierung in schweizerischen Wasserversorgungen

Die europaweiten Liberalisierungsbewegungen auf dem Strom- und Gasmarkt haben auch Auswirkungen auf die schweizerische Wasserversorgung, umso mehr als verschiedene Wasserversorger im Querverbund mit der Gas- und Elektrizitätsversorgung sind. Verstärkt werden die Forderungen durch die aktuelle Debatte über die Verwaltungen, deren scheinbar fehlende Effizienz zur Vergrösserung des Finanzdefizits beiträgt. Die Wasserversorgungen stehen damit unter dem Druck, mit Verbesserungen ihre Effizienz zu steigern.

Bedingt durch verschiedene Skandale bei privatisierten Unternehmen im In- und Ausland ist bei der schweizerischen Bevölkerung eine zunehmende Abneigung gegen die Liberalisierung festzustellen. So lehnte das schweizerische Stimmvolk am 22. September 2002 überraschend das Elektrizitätsmarktgesetz ab, das die rechtliche Grundlage für eine geordnete Öffnung der Elektrizitätsversorgung gebildet hätte. Bei einer landesweiten Repräsentativumfrage, die der SVGW in Auftrag gegeben hatte, sprachen sich 86 Prozent der Befragten gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung aus. Im Frühjahr 2003 führte der SVGW bei seinen Mitgliedwasserversorgungen eine Umfrage durch. Bei der Frage, ob

das Unternehmen Veränderung plane oder beabsichtige, antworteten die Unternehmen wie folgt:

77% Nein

12% Zusammenschluss mit anderen Wasserversorgungen

8% Ausgliederung, neue Organisationsform

3% Zusammenschluss mit anderen Sparten wie Gas, Strom, usw.

Trotz Zurückhaltung gegenüber der Liberalisierung und Privatisierung entscheiden sich heute viele, vor allem mittlere und grosse Versorgungsbetriebe für privatrechtliche Unternehmensformen. Das Kapital verbleibt dabei allerdings in der öffentlichen Hand. Der primäre Grund dafür ist entpolisierte, schnellere Entscheidungen und höhere Kompetenzen der Unternehmen.

Der Liberalisierung und Privatisierung bei den schweizerischen Wasserversorgungen steht man mehrheitlich ablehnend gegenüber. Allerdings können sich hier Änderungen auf internationalen Druck hin ergeben, insbesondere durch die Vereinbarungen im Rahmen der GATS (General Agreement on Trade in Services).



Privatisierung des Wassersektors in Europa

SCHWEIZ

Urs Kamm, dipl. Ing. ETH, SVGW, Zürich

Symposium vom 9. März 2005 in Wien



Wm_privatisierung_wassersektor_D03



Ist Trinkwasser ein öffentliches Gut?

- Ausschlussprinzip gilt
- Rivalität ist möglich

Ein Ausschluss von Personen ist aus politischen, sozialen und ethischen Gründen nicht erwünscht.

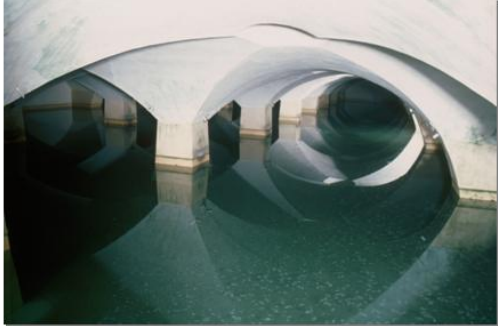
Formal ist Trinkwasser kein öffentliches Gut, aber faktisch



Wm_privatisierung_wassersektor_D03

Wasserversorgungen sind natürliche Monopole

- Hohe Investitionen
- Economies of scale
- Lange Lebensdauer der Investitionen
- Ortsgebundene Investitionen beim Verteilnetz



© W. Frey R., 2001

Effizienzdefizite durch Fehlen von Wettbewerb

- Betriebliche Ineffizienz**
Öffentliche Leistungen werden nicht zu den bestmöglichen Kosten produziert (Ressourcengesteuert, Verzinsung Eigenkapital, u.s.w.)
- Dynamische Ineffizienz**
Fehlender Konkurrenzdruck schwächt die Anreize für Produkt- und Prozessinnovationen (Nachttarife, Membrantechnik, Billingsysteme, ...)
- Allokative Ineffizienz**
Öffentliche Unternehmen stellen quantitativ oder qualitativ nicht diejenigen Waren und Dienstleistungen her, welche die Bevölkerung und die Unternehmen wollen («Paketangebote» mit Energie, ...)

© 1999 Frey R.: «Service public: Garantierte Grundversorgung oder Kampf um Renten?», WWZ Uni Basel, 2001



Liberalisierungsdruck

- Öffnung der Märkte bei Gas, Strom, Telekommunikation
- Querverbundunternehmen
- Finanzknappheit von Gemeinden und Staat



kn_privatisierung_wassersektor_D03

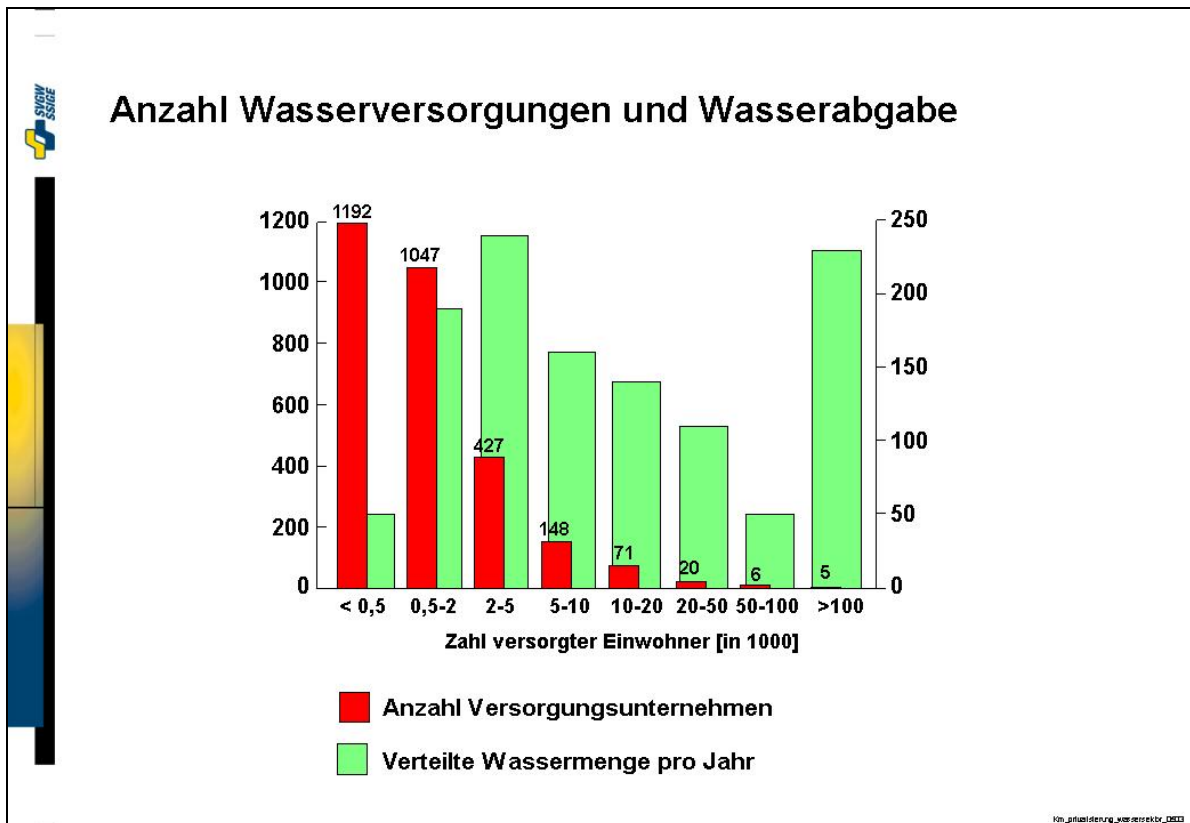
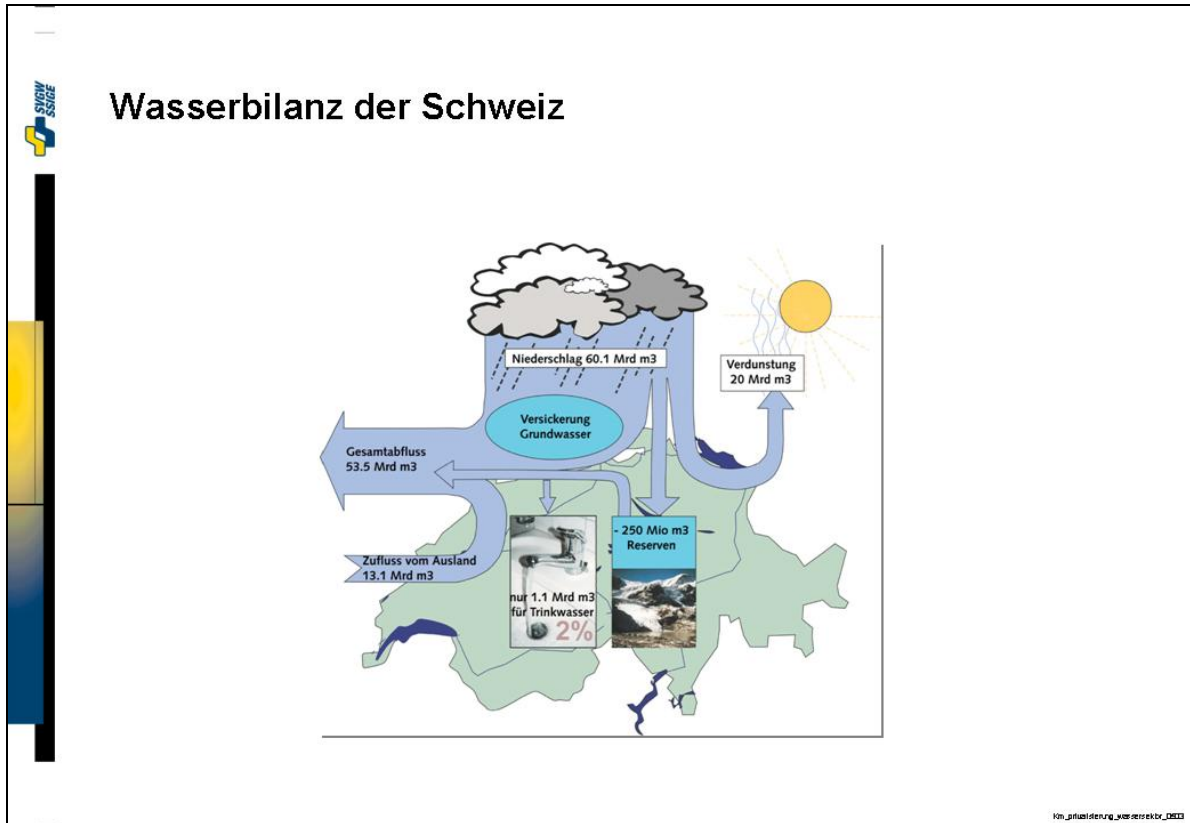



Liberalisierung - Privatisierung

- **Liberalisierung:**
Einführung von Wettbewerb, i.d.Regel durch freien Marktzutritt.
- **Privatisierung:**
Übertragung des Eigentums vom öffentlichen auf den privaten Sektor.



kn_privatisierung_wassersektor_D03






Die Wasserversorgung der Schweiz

Versorgte Einwohner:	7,4 Mio
Wassergewinnung:	1,1 Mia m ³
- Quellwasser:	40%
- Grundwasser:	40%
- Seewasser:	20%
Wasserabgabe:	1,1 Mia m ³
- Haushalt und Kleingewerbe:	60%
- Gewerbe und Industrie:	20%
- Rest:	20%
Mittlerer Tagesverbrauch:	400 Lt. pro Einw.
Mittlerer Tagesverbrauch im Haushalt:	160 Lt. pro Einw.
Durchschnittliche Kosten: 1m ³ :	1,60 SFR
1 Person im Haushalt:	0,30 SFR pro Tag

Wasserbildungswassersektor_0803

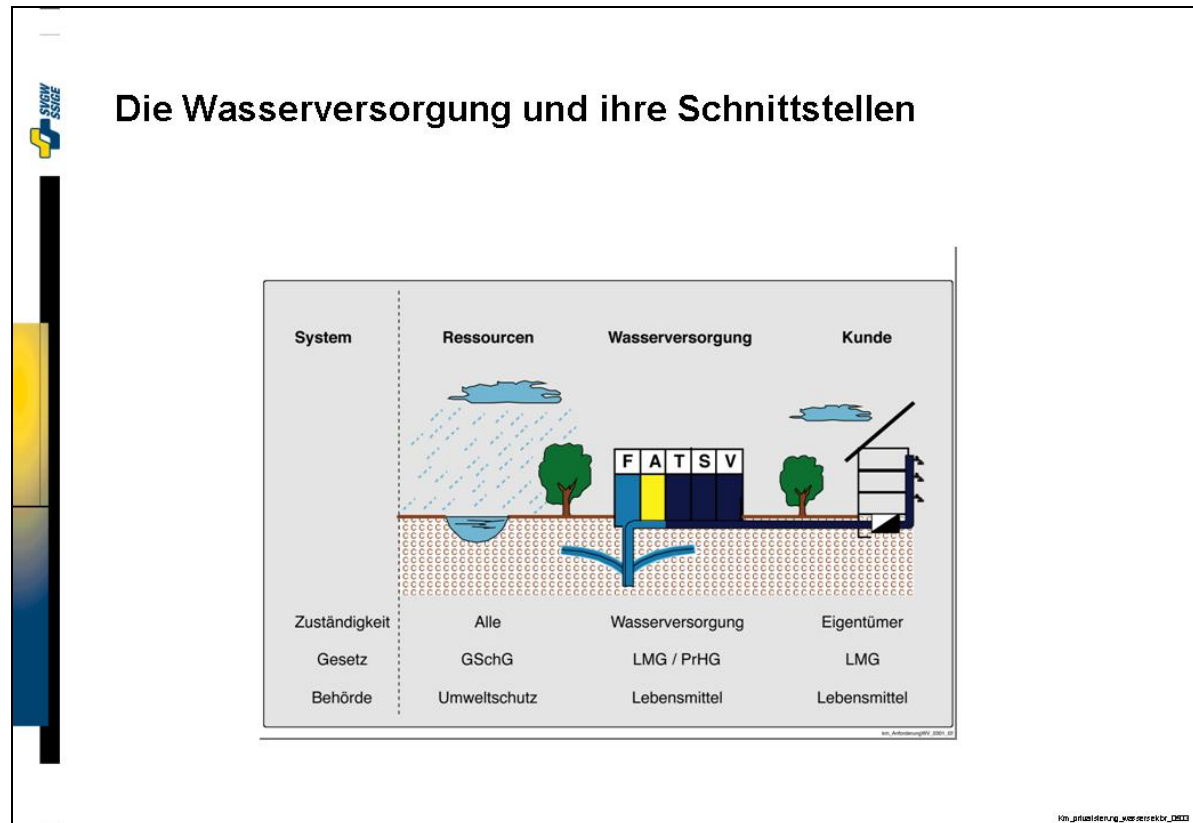


Die Wasserversorgung der Schweiz

Betriebswirtschaftliche Angaben

Vollbeschäftigte Angestellte:	2300
Betriebskosten	1,38 Milliarden SFR
- Personal:	310 Millionen SFR
- Betrieb und Unterhalt:	470 Millionen SFR
- Kapitaldienstkosten:	430 Millionen SFR
- Restaufwand:	170 Millionen SFR
Investitionen:	600 Millionen SFR

Wasserbildungswassersektor_0803



- Rechtsformen für Wasserversorgungen**
- Unselbstständige öffentlich-rechtliche Arbeit
 - verselbstständigte Verwaltungseinheit
 - eigene Rechnung
 - keine selbstständige juristische Person
 - Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt
 - verselbstständigte Verwaltungseinheit
 - bleibt stets staatlich
 - Legalitätsprinzip
 - Territorialität
 - Gleichbehandlung
 - Genossenschaft
 - Aktiengesellschaft
 - flexibel
 - ausbaufähig
 - apolitisch
 - kapitalmarktfähig
 - konkursanfällig
- ©n, privatisierung_wassersektor_0803



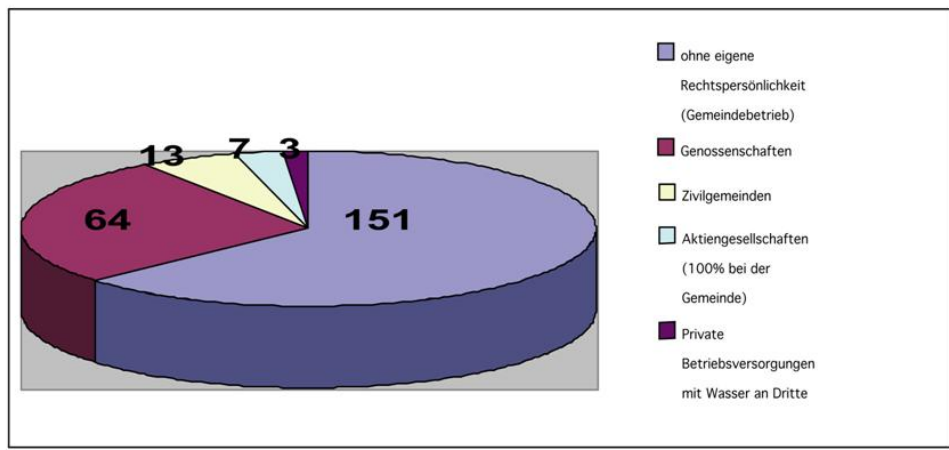
Grobbewertung möglicher Rechtsformen kommunaler Versorgungsbetriebe

	unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt	selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt	Genossenschaft	GmbH	Aktiengesellschaft
Effizienz der Abläufe	--	+	++	++	++
Kompetenzen der operativen Führung	--	+	++	++	++
Anpassungsfähigkeit	--	+	+	++	++
Kooperationsfähigkeit	-	+	++	++	++
Allianzfähigkeit	--	--	+	++	++
Kapitalmarktfähigkeit	--	+	+	+	++
Konkurrenzbeständigkeit	++	+	--	--	--
Politische Kontrolle	++	-	--	--	-
Service public	++	++	-	--	--

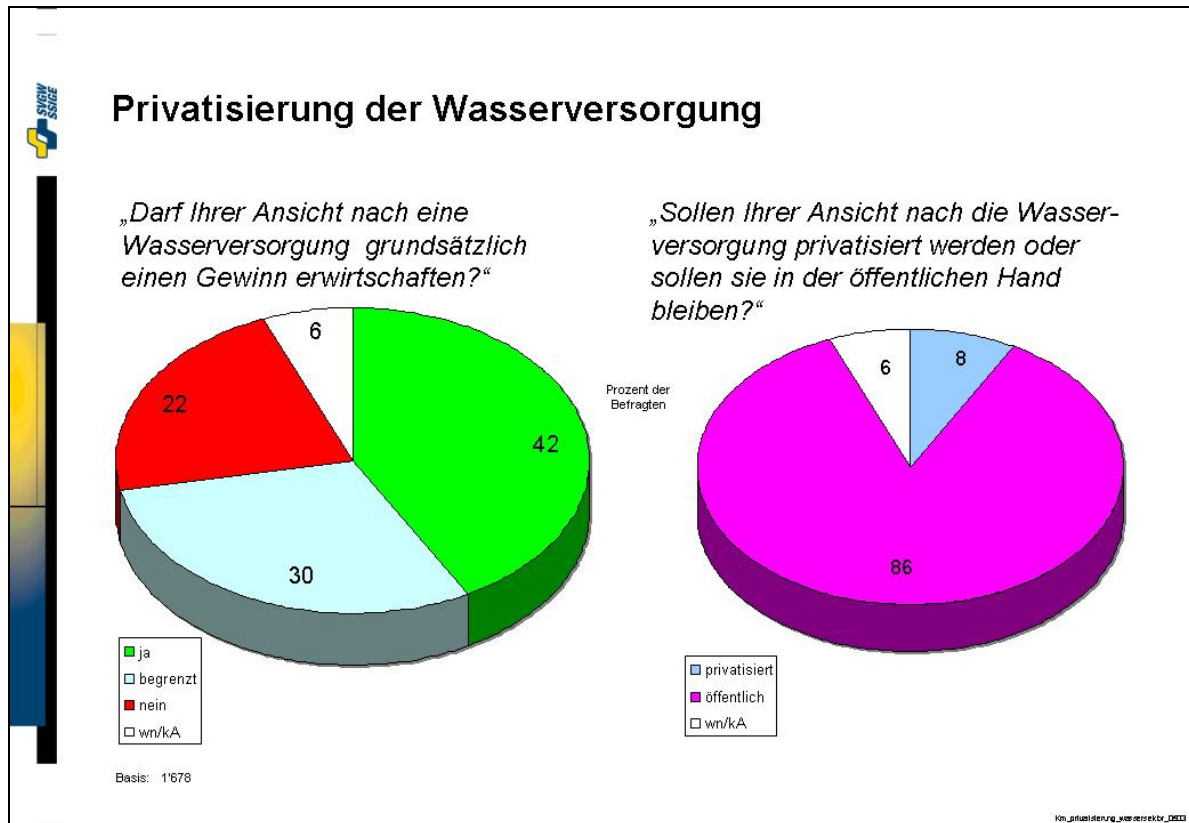
km_grobbewertung_wassersektor_D03

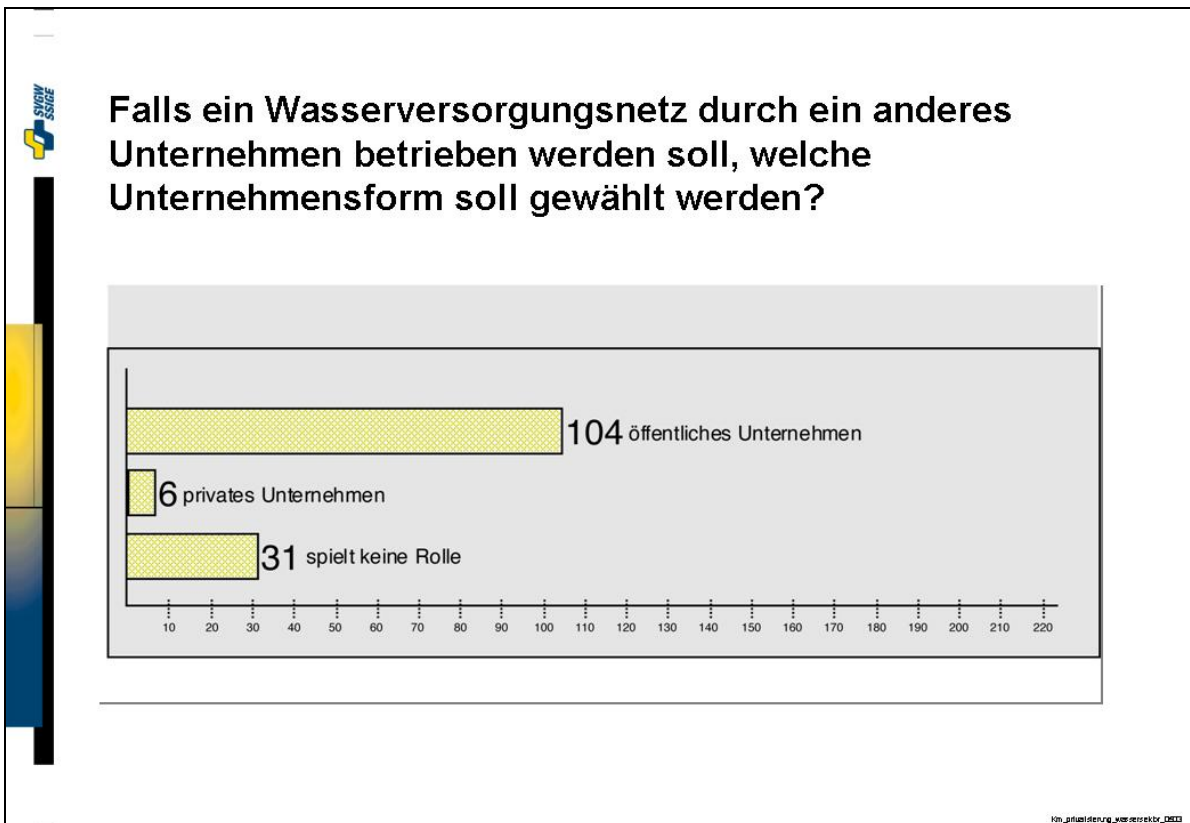
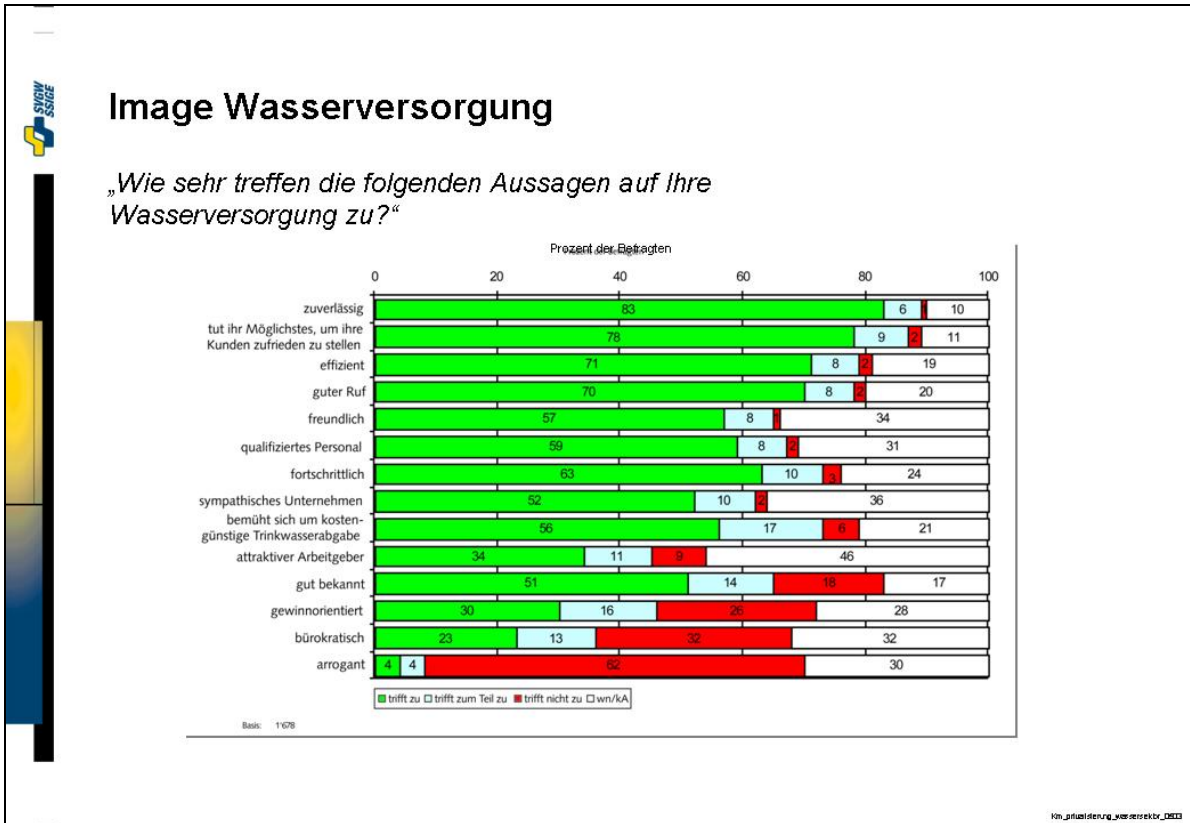


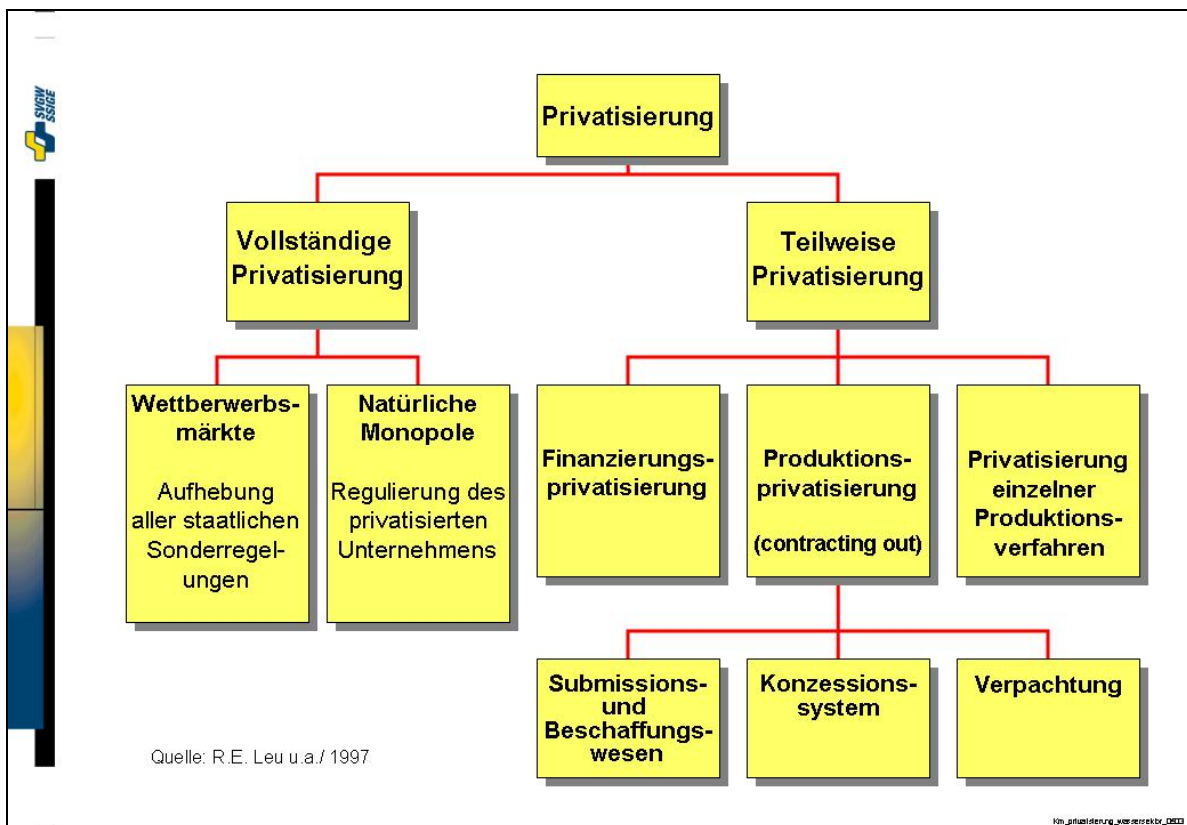
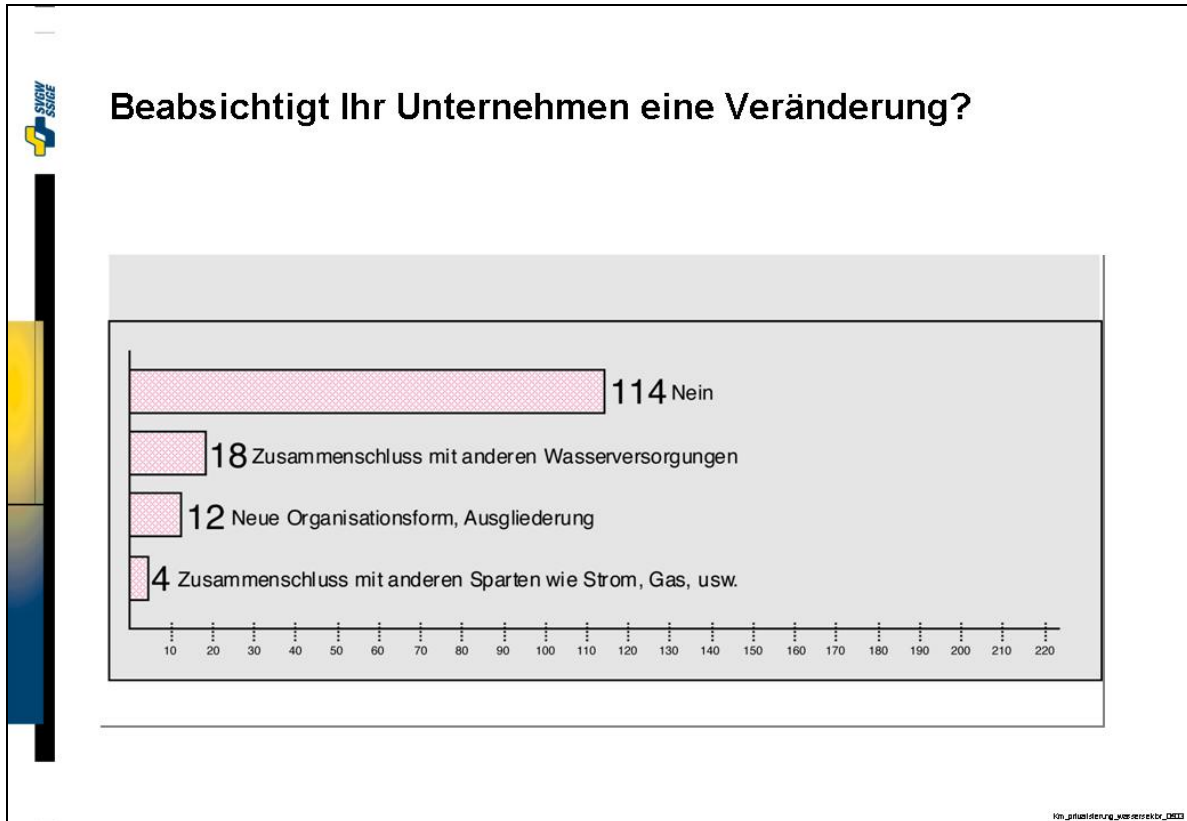
Arten von Wasserversorgungsunternehmen im Kanton Zürich

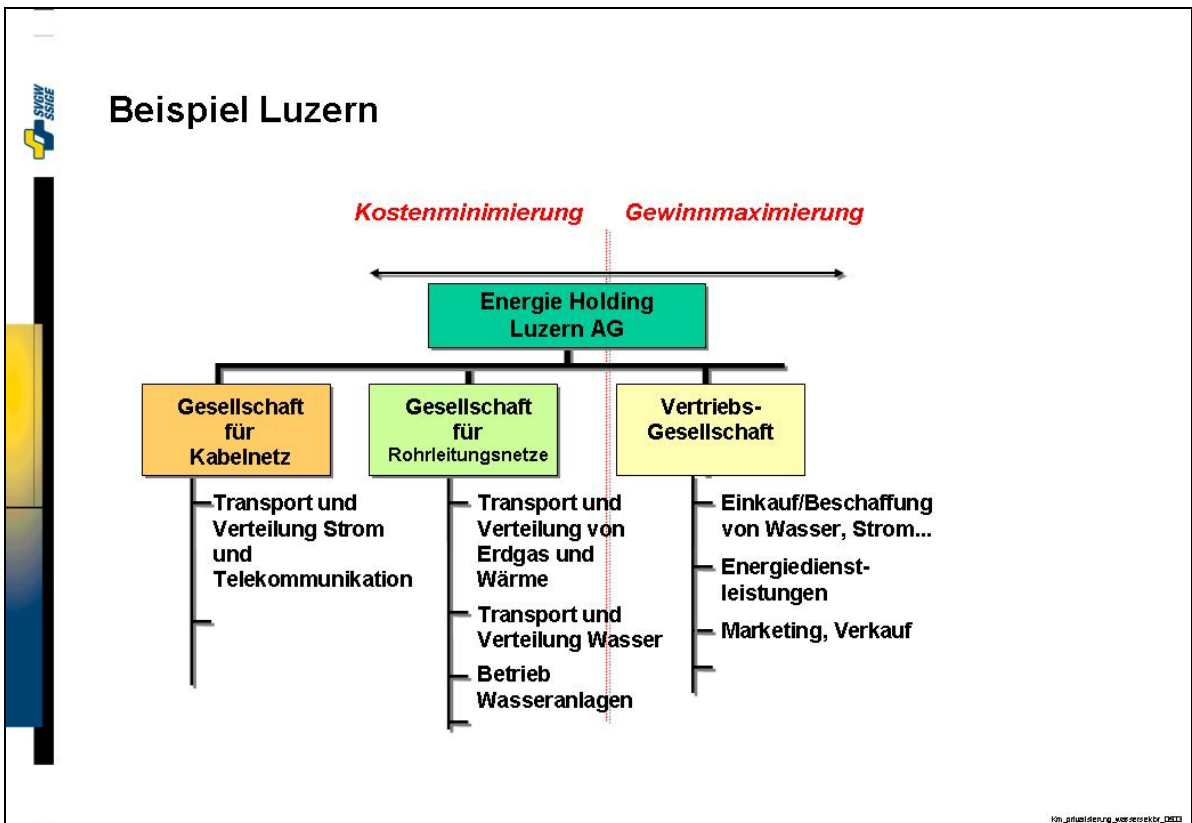
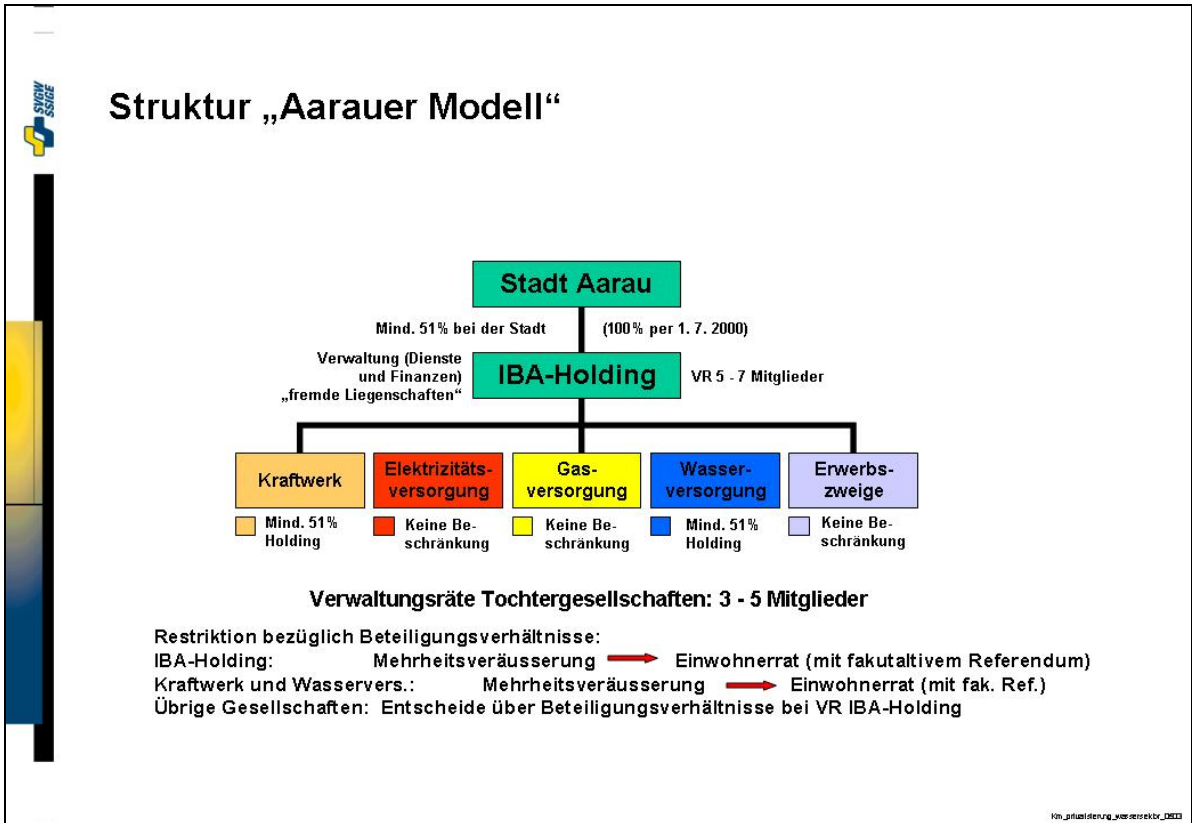


km_grobbewertung_wassersektor_D03









Italien

Emanuele Lobina, PSIRU, London

Privatisation of the Water Sector in Italy – Four Case Studies

This paper is based on research carried out under the EU-funded project WaterTime. The full reports on the National Context Report – Italy, and the case studies on Arezzo, Bologna, Milan and Rome are available online at www.watertime.org. Unless otherwise stated, the views expressed in this report are those of the author and do not necessarily reflect the views of the European Commission. The European Commission is not responsible for any use made of the data contained in this paper and the above mentioned reports.

1. The national context

Italy is an interesting country to observe the implications of privatisation in water supply and sanitation, as a large number of local authorities are experimenting with different forms of private sector participation (PSP) and other reforms such as in-house restructuring, within a relatively uniform institutional context. The variety of privatisation forms introduced ranges from the competitive award of a concession to a public-private company managed by a private operator as in Arezzo, to the listing on the stock exchange of the semi-privatised operator (retaining all infrastructure under public ownership) as in Rome; from the flotation of the semi-privatised operator (together with part of the infrastructure) as in Bologna, to the competitive award of BOT (Build-Operate-Transfer) contracts to a private wastewater operator as in Milan.

Italian law governing the water sector has undergone a number of reforms in recent years, first with the adoption of the 1994 Galli Law, requiring the restructuring of water supply and sanitation operations in broader concession areas, generally under a unique operator subject to regulation. The Galli Law did not require the introduction of PSP, but a number of subsequent laws have addressed the organisational form of water service providers, limiting the scope for public operations. Since 1994, legislative developments have facilitated growth in PSP, although publicly-owned water operators remain the large majority. Irrespective of a considerable initial delay in its implementation, the Galli Law is proving a major determinant of change with local authorities taking decisions on how to reform water supply and sanitation services at a pace that at the moment appears to have few equals in Europe.

The so-called Galli Law (l. n. 36/94) aimed at addressing past underinvestment and new investment requirements by introducing entrepreneurial management and reducing the territorial and functional fragmentation of water operations. The Italian water sector has in

fact known a long period of underinvestment caused by poor cost recovery. Estimates indicate that aggregate yearly capital investment in water supply and sanitation declined from ITL 4,478bn (€ 2.31bn) in 1985 to ITL 1,049bn (€ 542.8m) in 1995, equal to a 76.57% reduction, due to excessively low tariffs and insufficient cost recovery. Also, it has been estimated that ITL 85,000bn (€ 43.9bn) would be required to upgrade water supply and sanitation services in order to meet the needs of the population and comply with EU legislation. In order to reduce the fragmentation of the sector, the Galli Law required not only the reduction of the number of operators and an increase in their relative size but also the vertical integration of water supply and sanitation operations. As of 1990, the water sector was in fact highly fragmented with over 5,500 independent management bodies responsible for the provision of water supply, 7,000 for sewerage and 2,000 for wastewater treatment.

In order to overcome operational fragmentation and ensure the adequate dimensions of water operators, the Galli Law provided for the identification of 91 Optimal Territorial Basins or ATO (*Ambiti Territoriali Ottimali*). In each ATO, water supply and sanitation operations would be typically carried out under concessions of up to 30 years, irrespective of whether these were awarded to a private or a public undertaking. Municipalities and provincial governments were to be responsible for the organisation and operation of water supply and sanitation services, according to Italian law as applicable to the selection of operators. In each ATO, local authorities were required to set up a joint body ("*Autorità di Ambito*" or AATO), responsible for planning and the regulation of water operators on their behalf. The provision of water operations had to be in conformity with the principles of efficiency, effectiveness and cost-effectiveness and, in order to ensure economic viability, the Galli Law required the achievement of full cost recovery through tariffs. Local authorities had to set tariffs in relation to the organisational mode adopted – thus taking into account profitability requirements under different ownership and management arrangements. Average tariffs had also to reflect investment plans, in consideration of real costs and the economies obtained from efficiency improvements and the reduced fragmentation of operations. Although not explicitly mentioned by the Galli Law, an important motivation underlying its adoption was allowing for the liberalisation of the Italian water sector and for a more prominent role of private operators as a reaction to Italy's enormous public sector deficit. Prior to the enactment of the Galli Law, water undertakings active in the Italian water sector were mostly publicly-owned with private water companies accounting for only 4.9%.

Before 2001, Italian law had required the provision of public water operations under one or more of the following organisational modes: a) direct municipal management, whereby the service was provided by a department of the municipal authority with no distinction between the municipal budget and the operator's accounts; b) "*azienda municipalizzata*", a municipal undertaking deprived of juridical personality; c) "*azienda speciale*", a municipal undertaking enjoying juridical personality and managerial autonomy in light of the general objectives and overall strategy defined by local authorities; d) private concession; e) Public Limited Companies (PLCs) or limited companies majority owned by local authorities. At the end of 2001, in order to prevent the emergence of conflicts with EU competition law, the Italian Ministry of the Environment adopted a number of initiatives restricting the options for

local decision makers and aimed at introducing compulsory competitive tendering for the selection of water operators. Favour for compulsory competitive tendering in the selection of water operators was retained by the 2002 Budget Law adopted in December 2001, which attracted the attention of the EU Commission for alleged breach of EU law. The incriminated article of the 2002 Budget Law was thus substantially amended and, as of December 2004, Italian law provided for water supply and sanitation services to be operated under any of the following types of undertaking: a) a PLC selected through competitive tendering; b) a public-private joint venture whereby the private partner is selected through competitive tendering; c) semi-privatised PLCs listed on the stock exchange; d) a PLC wholly-owned by local authorities, subject to conditions laid out in the Teckal judgment (Lobina, 2005a).

2. Public-private concession in Arezzo

As of 1990, water supply, sewerage and wastewater treatment services in the commune of Arezzo were provided by municipal departments, under direct municipal management. The prospect of the adoption of the Galli Law prompted local authorities to prepare for sectoral reform and a decision was made in 1992 to award the operation of water supply, sewerage and wastewater treatment services to the publicly-owned gas supplier Coingas, which would previously be transformed into a “azienda speciale”. Arezzo mayor Valdo Vannucci could not implement the decision as his mandate terminated in 1995 and new mayor Paolo Ricci opted in favour of the award of water services to a public-private single purpose company, rather than to a wholly municipally-owned multi-utility. The debate on the merits of the two options was limited to the political domain and no comparative evaluation of business plans elaborated under the two hypotheses was carried out.

In 1999, water supply and sanitation operations in the Arezzo area (ATO 4 “Alto Valdarno”) were semi-privatised as a 25-year concession was awarded to a public-private joint venture managed by a Suez-led consortium. The decision to appoint a public-private PLC was justified by local authorities as it would allow for benefiting from the private operator’s experience in terms of entrepreneurial management and its ability to provide considerable financial resources to fund projected investments. However, such decision was also motivated by fiscal gains the Arezzo municipal government and other local authorities expected as a result of handing operations over to public-private PLC Nuove Acque. According to local consumer organisation FederConsumatori, the municipality of Arezzo obtained substantial fiscal gains from the transfer of water operations from its departments to the public-private concessionaire, which have been used to relieve the municipal budget. This is the longest standing case of implementation of water sector reform pursuant to the Galli Law and has proven highly controversial. Issues emerging from the case of Arezzo include restricted competition, poor performance in achieving the intended objectives of the reform, high level of conflict between local authorities and the private operator, the questionable dynamics of water pricing and investments under PSP, and concerns for regulatory capture.

As regards competition, the call for tenders required candidate companies to meet criteria so demanding that only three companies, two of which were the world leading water multinationals (MNCs), did put forward bids. Apart from Suez and Vivendi (now called Veolia Environnement), the other bidder was Rome's Acea. Although it had been providing water supply and sanitation services to a population of some 3 million people in Rome (almost 10 times that of the Arezzo concession area) for 15 years, Acea barely met the requirements set by local authorities to participate in the tender. More precisely, restricted competition was the result of, among other factors, the prominence of operating experience as a criterion, not only in the admission of candidates to the tender, but also in the evaluation of bids put forward.

The concession agreement requested the operator to constantly improve efficiency by reducing operating costs as a result of projected investments and provided for investments totalling over ITL 365.5 billion across the lifetime of the concession, with more than 75% of all investments concentrated in the first 12 years. The public-private concessionaire had a contractual obligation to start project financing in March 2000, tapping a total of ITL 70 billion in order to fund investments to be realised in the first six years of the concession. Not only has the private operator failed to tap project finance by the agreed date and subsequent extensions, but the expected efficiency has also failed to materialise as considerable losses were recorded in the first operating years.

Conflicts between local authorities and the private operator have arisen as the local regulator moved to sanction alleged inefficiencies in the conduction of semi-privatised water operations, after probing the costs and effectiveness of technical assistance (known as "prestazioni accessorie") purchased from the private shareholders and specifically Suez. Although local authorities owned 54% of the public-private joint venture, the latter forcefully reacted by taking a number of tactical initiatives against the very same local authorities, including blocking local authorities' decisions by resorting to the administrative justice and suspending payment of concession fees, which put communes under considerable pressure from the fiscal point of view as the foregone payments were undermining the ability of the municipalities to respect the stability pact. Also, the municipalities renounced exerting regulatory pressure due to the perceived threat of having to pay multi-million compensation in front of an arbitral tribunal. As a result, at the end of 2003 the municipal governments agreed to renegotiate the terms of the concession in favour of the private operator. While projected volumetric tariffs were maintained at stable levels, fix charges for access to the services were substantially increased and part of the investment programme was postponed.

According to the local citizen organisation Forum Sociale Arezzo, total investments projected by the 2003 business plan were some € 9.2 million less than what projected by the 2000 business plan in nominal terms, although the difference in real terms amounted to some € 17.9 million. Also, the aggregate value of the controversial "prestazioni accessorie" to be purchased from the private operator decreased by a mere € 0.8 million while total revenues from the fix charge for access to the service were projected at € 52.1 million.

Furthermore, the overall result of the renegotiation completed in December 2003 was that Nuove Acque would gain a total € 115.02 million in respect of what projected by the 2000 business plan, while taxpayers and consumers would only gain a total € 0.84 million. The net gain for the public-private concessionaire would thus amount to € 114.18 million (Lobina, 2005b).

3. Semi-privatised operations in Rome, diversification and the multinational factor

In the last 20 years, a number of decisions have been taken in Rome which have affected the institutional and organisational structure of water supply and sanitation services. Initially, the municipal multi-utility undertaking ACEA was restructured under full public ownership and management. In a second phase, the municipal enterprise was corporatised and part-privatised. More precisely, ACEA, which had provided water supply and sanitation services to the commune of Rome since 1985, changed status in 1992 from “*azienda municipalizzata*” to “*azienda speciale*”. In 1998, Acea was transformed into a PLC and listed on the stock exchange, although it remained majority owned by the municipality. Semi-privatised Acea has thus expanded into the Italian and international water market, becoming a relatively small MNC, and diversified in other sectors. In a different but parallel set of developments related to the implementation of the Galli Law, a subsidiary of Acea has been appointed as the only water supply and sanitation operator under a 30-year concession for the ATO-2 area, including Rome and other 111 municipalities for a total of 3.6 million inhabitants.

The 1992 restructuring of Acea was prompted by investigations on corruption (undertaken within the broader national phenomenon known as “Tangentopoli”, or Bribesville) and the ensuing political and organisational crisis which affected the undertaking and Rome’s municipal government itself. Acea’s transformation into a municipal undertaking enjoying juridical personality and managerial autonomy was mainly aimed at injecting transparency in its financial accounts. Without changes in ownership, the new organisational mode seems to have enabled a striking improvement in Acea’s finances and efficiency. Since 1993, Acea’s accounts recorded extremely positive results and an increased ability to contribute to the municipal budget. Despite the recovery of the municipal multi-utility’s finances under public ownership, Acea was semi-privatised in 1998 through listing on the stock exchange, with Rome’s city council retaining ownership of 51% of Acea’s capital while 49% of the shares were floated on the market. The decision was adopted mainly to address Rome municipality’s fiscal considerations, but also to reduce political interference as the local government would only act in its capacity of shareholder and to facilitate Acea’s expansion outside the territory of Rome.

Following part-privatisation, Acea has expanded at international level and more prominently in the Italian water market, while undergoing an unsuccessful diversification in telecommunications. Outside Rome, it has expanded water operations throughout Italy either by acquiring equity stakes in local companies (e.g. Acquedotto Nicolay and Acquedotto de Ferrari Galliera) or successfully bidding for a number of concessions awarded pursuant to the

Galli Law, including Sarnese Vesuviano (in the Campania region), Frosinone (Lazio region), Siena and Grosseto, Pisa and Florence (Tuscany). As of July 2003, Acea served 8,400,000 people across Italy which made it the largest water company operating in the country. While initially Acea was bidding with Italian partners like Enel, Acea has then set up an alliance with Suez and has been leading consortia participated by Suez Ondeo (e.g. in Siena and Grosseto, Pisa, and Florence). The alliance between Acea and Suez, which applies to both the water and energy sectors, was forged in 2002 with Suez Ondeo acquiring a 1.9% equity stake in Acea's capital and Suez energy subsidiary Electrabel setting up a joint venture with Acea. The alliance with Suez only applies to the Italian water market and Acea has expanded independently at international level, with contracts in Honduras, Peru, Armenia, Albania and, more recently, Colombia and the Dominican Republic.

In 1999, Acea established an alliance with the Spanish company Telefonica, aiming to enter the liberalised Italian telecommunications market and then the global market, and set up the joint venture Atlant. In March 2003, in the light of the poor performance of the telecommunications sector and the risk involved in carrying on with operations, Acea decided to entirely write-off its participation in Atlant. Telecommunications activities contributed € 108 million to net losses of € 165 million recorded by the group in 2002. As a result of the negative experience with diversification, Acea decided to re-focus its activities on the core water and energy operations.

As regards the implementation of the Galli law in the territory of Rome, local authorities decided in 1997 to select Acea as the unique water supply and sanitation operator for the whole ATO, once Acea would have been semi-privatised. In January 2000, Suez resorted to the administrative justice to annul the municipalities' decision to select the water operator without competitive tendering, but the court rejected Suez' claim as ungrounded. In January 2003, Acea's 96.5% owned subsidiary Acea ATO2 started water supply and sanitation operations in the Rome ATO under a 30-year concession, which would eventually serve 3.6 million inhabitants in 111 communes, with an increase of 20% in volumes supplied by Acea when its operations were confined to the city of Rome and of 1 million people in customers served. It remains to be seen how the pursuit of commercial considerations by Acea ATO2 will be reconciled with sustainability objectives. Current tariffs fail to cover the totality of costs under the agreed 30-year investment programme due to sustainability concerns (i.e. the social and political acceptability of the tariff increases actually required to cover the costs of the investment programme) so that higher tariff increases or public grants will be necessary to fund required investments. More precisely, total investments in the course of the 30-year concession were projected at € 3.810 billion although tariffs were only covering € 2.066 billion. Furthermore, Acea ATO2 might find itself in an advantageous position in respect of regulatory authorities and public shareholders and benefit from asymmetry of information, as it has played a crucial role in carrying out the survey of infrastructure preliminary to the elaboration of the investment programme. Finally, Suez has signalled its intention to increase its equity stake in Acea's capital after Suez made the Italian market a priority for expansion as it sought to improve its risk portfolio and recover losses suffered in the wake of the Argentine crisis. Therefore, it remains to be seen how sha-

reholders' demands will impact on Acea ATO2's performance and the sustainability of water operations (Lobina and Iacovitti, 2005).

4. Listing on stock exchange of Bologna's operator

Water supply and sanitation operations have been the object of a number of restructuring exercises under public ownership and management since 1984. The restructuring took place both in terms of the operator's organisational form, which changed from "azienda municipalizzata", to "azienda speciale" and eventually municipally-owned PLC, and extension of activities beyond the municipal territory of Bologna. The result of this process was the establishment of the PLC SEABO SpA in 1994 as a multi-utility active in the water supply and sanitation, gas and waste management sectors in the province of Bologna. Seabo's performance in water proved satisfactory according to a number of indicators, including UFW (Unaccounted-for-Water) at 19.20%, ROI (Return on Investment) at 3.48% and ROS (Return on Sales) at 12.44% (2001 data). Nonetheless, in November 2002, Seabo merged with 11 public undertakings in the neighbouring Romagna region and created the multi-utility Hera, which in June 2003 was listed on the stock exchange. In March 2005, Hera was 55.5% owned by local authorities and 44.5% owned by a number of institutional and other private investors. The decision to semi-privatise water operations appears to have been informed by a mix of fiscal considerations of municipal governments and commercial ambitions.

Such commercial ambitions can be seen in Seabo's attempt to penetrate the Albanian water market. In 2001, AMGA-led consortium Tirana Acque won a 4-year technical assistance contract in Tirana, Albania. The contract was awarded as part of an agreement between Italy and Albania, which provided for the issuance of an ITL 20.3bn (€ 10.48m) soft loan to the city of Tirana and the fact that only Italian firms could bid in the tendering process. Tirana Acque was 32% owned by Genoa's Amga, 32% owned by Rome's Acea, 8% owned by Empoli's Publiservizi, 20% owned by Ares (grouping of Emilia Romagna-based municipally-owned companies including Seabo Bologna) and 8% owned by Ancona's Consorzio Gorgovivo. In August 2003, Hera sold its 20% stake in Tirana Acque, so that Amga came to own 50%, Acea 40% and Consorzio Gorgovivo 10%. With this decision, Hera appeared to renounce to expand operations in the international water market, contrary to what Rome's Acea had done following semi-privatisation.

Another difference with the semi-privatisation process of Acea, is that Hera's infrastructure has been partly subject to floatation, limited to infrastructure in the Bologna area. Hera's structure is that of a holding company, with wholly-owned subsidiaries operating at local level in 5 contiguous areas: Bologna, Rimini, Ravenna-Lugo, Forlì-Cesena e Imola-Faenza. The reason for creating the holding company was to define strategy and ensure coordination among the operational subsidiaries, while producing economies for the group. At the same time, the size of the holding company was expected to enhance the competitiveness in a number of sectors at national level. The reason behind setting up the 5 operational

subsidiaries is to ensure a direct and close presence on the territory, without losing local knowledge. Overall, the area covered by Hera SpA includes 4 ATOs, corresponding to the provinces of Ravenna, Forli-Cesena, Rimini and Bologna. Hera Bologna initially provided water supply and sanitation services to 755,923 people in 49 communes.

In December 2004, a 20-year concession was awarded to Hera for the provision of water supply and sanitation services to 58 of the 60 communes in the Bologna ATO, while the remaining 2 communes would be served by the municipally-owned Sorgea until December 2006. The two water operators had been selected by the ATO agency following a benchmarking exercise aiming at compensating for the absence of a competitive tendering procedure. Projected investments across the duration of the Hera concession totalled some € 700 million, most of which would be implemented in the first 15 years of the concession as the investment programme has been diluted in respect of the industry practice to concentrate most investments in the first years of a concession. The timing of investments was in fact intended to ensure the sustainability (i.e. social and political acceptability) of tariff increases. Moreover, the investment programme would be partially funded by public grants amounting to € 107 million. The fact that the expected efficiency savings resulting of the operator's enlarged dimensions appear to have a limited effect in terms of tariff reduction and that the operator's dividend policy emphasises rewarding shareholders over reinvesting resources into the system lead to questioning the sustainability of the reform implemented. In fact, in 2002 Hera distributed 95% of profits as dividends and its president confirmed that the company's policy on dividend distribution would be maintained (Lobina and Matino, 2005).

5. Wastewater BOTs and in-house restructuring of water supply and sewerage operations in Milan

The reform of water supply and sanitation services in the city of Milan has followed two different sets of developments. Until very recently, virtually all of Milan's sewage was discharged untreated into water courses due to the lack of adequate wastewater treatment plants. PSP in the wastewater sector has been introduced through the award of three wastewater treatment contracts, including two major BOT-style contracts and a minor construction contract, which have proved highly controversial in many respects. Protracted delays have led to condemnation of the city on grounds of breach of EU Law, with other issues including allegations of excessive costs, corruption and restricted competition. It should be noted that French MNCs have resorted to a number of tactics and eventually succeeded in dominating the local market. By contrast, PSP in water supply and sewerage has not been introduced yet and, despite initial plans to part-privatise the operations which were carried out under direct municipal management, a short term concession has been recently awarded to a municipally-owned PLC. However, the municipality is now considering to part-privatise the latter PLC, together with its water operations.

As regards wastewater treatment, in 1998 former Milan vice-mayor Giorgio Malagoli and a number of Milan city councillors submitted a 103 pages long dossier to the judiciary, which

denounced the anti-competitive practices of a number of Italian and foreign companies in relation to the award of the wastewater BOTs in Milan. More precisely, the dossier exposed a December 1988 accord between 6 companies including Suez Degrémont aiming at rigging the award of works contracts related to Milan's wastewater treatment system.

In July 2001, Milan court magistrates convicted Alain Maetz, a senior manager in Veolia's water division, and local politicians for bribery in connection with the award of the tender for the construction and operation of the Milan South wastewater treatment plant. Former president of Milan city council Massimo De Carolis and Mr. Maetz received prison sentences. In May 2003 the appeal sentence confirmed corruption charges against both Mr. De Carolis and Mr. Maetz. In August 2000, the contract for the construction and management of the Milan South plant was awarded to a consortium led by small Spanish MNC Pridesa (now owned by RWE/Thames), but Suez Degrémont appealed to the administrative justice and succeeded in having the award annulled more than one year after works had started. The Milan South contract was effectively awarded to Degrémont in late 2001 without holding a new competitive tendering, nor a competitive assessment of Pridesa's and Degremont's bids. The threat of the EU-imposed multi-million penalty apparently was a major factor in the local decision to expeditiously award the contract. However, this led to a surge in the total costs of the construction and management of the plant as Degrémont had projected higher construction costs than Pridesa. As a result, the Milan South BOT is now more expensive than the Nosedo BOT although the former is smaller (1,050,000 population equivalent vs. 1,250,000 population equivalent) and is going to be managed by the private operator for a shorter period (5 years vs. 12 and a half years).

Conversely, the Nosedo BOT was awarded in March 2001 to a private consortium led by Veolia subsidiary Siba and including Suez Degrémont and Veolia's OTV. Works have been carried out by Siba, which is 50% owned by Veolia with the remaining 50% held by Italian company Emit. The municipality of Milan will directly contribute 45% of total costs (equal to some €60.66 million), by tapping into an ad hoc fund constituted by water bills paid by consumers since 1997, while the remaining 55% (corresponding to €74.14 million) is to be tapped by the private consortium in the form of project finance. Interestingly, the opposition had criticised the scheme for its soaring costs overtime and for the fact that the starting offer for the procurement auction had been fixed at 5/4 of the starting offer for the auction held for the smaller Milan South plant, instead of being set at 5/4 of Pridesa's successful bid. It should also be noted that Siba's mother company Emit had won the tender for the Nosedo BOT in 1984, before OTV acquired 50% of Siba. Following that, Emit's management was investigated on alleged irregularities in the award and the scheme was suspended for 4 years pending an environmental impact assessment. Emit then resorted to arbitration seeking damages for the delays suffered and in 1998 the two parties settled the dispute by agreeing that the city council would pay ITL 3billion damages to Emit. Also, the municipality of Milan would have contributed 45% of project costs, thus reducing the amount of project finance to be tapped by the private operator. Finally, construction of the minor Peschiera Borromeo wastewater treatment plant has been lately awarded to a joint venture between Veolia Siba and Suez Degrémont. It is worth noting that the conviction of

Veolia's senior manager Alain Maetz on grounds of corruption has apparently not affected the MNC's ability to bid for wastewater contracts in Milan.

As regards water supply and sewerage, following the adoption of the Galli Law, the restructuring of operations has been considered a number of times until the award of a short term concession to wholly municipally-owned PLC Metropolitana Milanese (MM) in 2003. The performance of water operations under direct municipal management had been satisfactory, as suggested by the relatively low level of UFW at less than 10%. However, considerable resources were diverted to the municipal budget to fund expenditure in other services rather than reinvestment into the water system, so that the ensuing under-spending affected not only infrastructure maintenance but also human resources development with the employment of new personnel being blocked despite the need for highly skilled technicians.

In March 1997, the administration of Milan mayor Marco Formentini approved a resolution to form a municipally-owned "Azienda Speciale" which would be responsible for operating water supply and sanitation services under a concession. That would have allowed for the introduction of financial transparency by separating the water service book-keeping from the municipal budget and addressing the issue of under-investment. Nonetheless, the decision could not be implemented as the Formentini administration did not have enough time prior to the 1997 municipal elections which saw the victory of Gabriele Albertini. The new mayor decided to reverse the decision of the prior administration and in October 1999 the city council adopted a decision to abolish the municipal department which had operated water supply and sewerage since the late XIX century, and to transfer operations to a PLC majority owned by the city council, after the latter had been set up. The PLC, which was to be named SOGEA, would be 99% owned by the city council and 1% owned by the partly municipally-owned electric utility AEM Milan. SOGEA was expected to start operations at the end of 2001 and, apparently, the city administration intended to proceed with its privatisation. However, before SOGEA was set up, the Italian Parliament approved l. n. 448/2001 in December 2001 (the 2002 Budget Law) whose art. 35 imposed *de facto* the selection of water operators exclusively through competitive tendering, with the only exception being represented by the direct award of a concession to a wholly publicly-owned company provided that within two years of the concession award an equity stake of at least 40% was sold to a private operator selected through competitive tendering.

As a reaction to the adoption of art. 35, l. n. 448/2001, in June 2003 a water supply and sewerage concession of between 2 to 5 years was awarded to Metropolitana Milanese (MM), a publicly-owned engineering and construction company operating the underground service in Milan. The direct award of the short-term concession to MM was motivated by: a) the municipal government's willingness to avoid competitive tendering pursuant to the national 2002 budget law, as it was feared that one of the French MNCs would have won the tender; b) the municipal government's willingness to take advantage of MM's experience and technical know-how, its potential and to enhance MM's valorisation, as its core activity was stagnating. Although MM appears fully equipped to address the weaknesses observed under direct municipal management, in terms of limited technical capacity and due to a

bureaucratic rather than flexible management style, the mayor was considering whether to list MM on the stock exchange or to sell around 40% of its capital to a private partner. As the issue does not seem to be neither technical capacity nor efficiency, it is questionable that the introduction of any form of PSP would result in the sustainable development of water supply and sewerage operations. To the contrary, it is extremely likely that privatisation would lead to the diversion of even more resources away from the water system as the municipality seeks to restore its fiscal position and private shareholders pursue profit maximisation (Lobina and Paccagnan, 2005).

6. Conclusions and discussion of findings

The observed case studies point to the following conclusions on the drivers for and consequences of PSP, irrespective of the differences in the contractual form adopted, duration of experiences and local specificities.

- Local authorities' fiscal considerations appear as a major driver for water privatisation, as privatisation receipts correspond de facto to "hidden taxation". More precisely, local authorities often use receipts obtained from the sale of public enterprises or dividends and concession fees paid by semi-privatised and privatised water operators to relieve their budget deficit or to fund municipal expenditure in the provision of other services, so that such receipts become an alternative source of revenue to taxation. Furthermore, fiscal considerations are often mixed with commercial ambitions, but sustainability objectives are seldom addressed in the decision making process on the reform of urban water services.
- Although the arguments in favour of PSP emphasise the superior efficiency, technical expertise and capacity of the private sector to tap investment finance, empirical evidence does not seem to support such general assumptions. As a matter of fact, the reality of Public-Private-Partnerships resembles more a power struggle than a collaborative endeavour.
- Once PSP is introduced, private water operators and particularly large MNCs appear in a position to pursue commercial objectives at the expense of other stakeholders, by deploying a range of tactics. Interest-seeking behaviour might include anti-competitive practices and corruption, submission of over-optimistic cost projections and resort to fiscal and legal pressures on local authorities aiming at renegotiating the agreed terms of the contract in the private operator's own favour. The superior capacity of private operators in respect of local authorities, in terms of knowledge, expertise and power, favours the achievement of commercial objectives and undermines the expected benefits of regulation.
- The dynamics of water pricing under PSP show a pattern of persistent upwards pressure directly or indirectly exerted by private operators. Political or social obstacles to increasing tariffs to commercially desirable levels are often bypassed by postponing the realisation of investment programmes or by reducing service provision costs as parts of initially agreed costs are transferred to taxpayers or consumers. In that sense, private operators' pursuit of profit maximisation conflicts with sustainability considerations.
- Local authorities' fiscal considerations and commercial ambitions also represent an impediment to exploiting the full operational potential of public water undertakings. It is advised that municipal governments should address legitimate concerns, such as the improvement of their fiscal position, in a more transparent and participatory fashion so that citizens are involved in difficult but necessary choices on increasing

local taxation and/or water tariffs, while ensuring that the maximum amount of resources is devoted to promoting the sustainability of water operations.

References

Lobina, E. (2005a) WaterTime National Context Report – Italy, *WaterTime Deliverable D10f* (http://www.watertime.net/docs/WP1/NCR/D10f_Italy.doc).

Lobina, E. (2005b) WaterTime case study - Arezzo, Italy, *WaterTime Deliverable D11* (http://www.watertime.net/docs/WP2/D11_Arezzo.doc).

Lobina, E. and Iacovitti, D. (2005) WaterTime case study - Rome, Italy, *WaterTime Deliverable D36* (http://www.watertime.net/docs/WP2/D36_Rome.doc).

Lobina, E. and Matino, P. (2005) WaterTime case study - Bologna, Italy, *WaterTime Deliverable D13* (http://www.watertime.net/docs/WP2/D13_Bologna.doc).

Lobina, E. and Paccagnan, V. (2005) WaterTime case study - Milan, Italy, *WaterTime Deliverable D33* (http://www.watertime.net/docs/WP2/D33_Milan.doc).

Privatisation of the Water Sector in Austria's Neighbouring Countries – Italy

Emanuele Lobina

Public Services International Research Unit, University of Greenwich

e.lobina@gre.ac.uk

www.psiru.org

Acknowledgments

- **This presentation draws on the results of the project Watertime, a research project funded by the European Commission under FP5: Energy, Environment and Sustainable Development Key Action 4: City of Tomorrow and Cultural Heritage Thematic Priority 4.1.2: Improving the quality of urban life
Contract No: EVK4-2002-0095 www.watertime.org**
- **Research carried out under WaterTime project, but conclusions presented are own, NOT WaterTime's**
- **WaterTime decision making model to be tested in Vienna**

Summary

- **National Context: legislation and practice**
- **Competitive concession to semi-privatised PLC in Arezzo (operated by MNC)**
- **Uncompetitive concession to semi-privatised PLC listed on stock exchange in Rome (infrastructure not floated)**
- **Uncompetitive concession to semi-privatised PLC listed on stock exchange (with infrastructure) in Bologna**
- **BOT contracts and direct award of short term water concession to POE in Milan**
- **Conclusions**

The National Context

- **1994 Galli Law: Water supply and sanitation restructured in broader concession areas (ATO), unique operator subject to regulation. Private sector participation (PSP) not compulsory**
- **Budget laws 2002-2004: Scope for public water operations restricted, subject to conditions as in Teckal sentence**
- **1990s to date: Growth in PSP but public operations remain large majority**

Public-private concession in Arezzo

- **1999**: 25-year concession to public-private jv run by Suez; longest example of application of Galli Law; highly controversial
- **Motivations**: Attract large MNC and tap experience; tap project finance; fiscal considerations
- **Issues**: Restricted competition; failure to meet objectives; no efficiency; conflicts with powerful MNC; regulatory capture; questionable pricing and investment dynamics

Public-private concession in Arezzo

- **Conflicts**: Arise as regulator probes efficiency and effectiveness of operations; Suez puts local authorities under pressure until they give up
- **MNC's tactics**: Suspension of payment of concession fees; resort to administrative justice; threatening multi-million compensation
➤ (similar tactics as in developing countries)
- **Outcome**: Regulatory pressure ceased; renegotiation favourable to MNC (prices increase and investments are postponed)

Stock exchange, multi-utility and MNCs in Rome

- **1992-1998**: Restructuring of municipal multi-utility Acea follows investigations on corruption (“Tangentopoli”); Acea finances improve but listed on stock exchange for fiscal reasons
- **1998-2003**: Acea becomes small MNC, expands in Italian water market, but telecomms operations fail with losses (back to basic)
- **2002 to date**: Suez becomes Acea shareholder (antidote to Argentine crisis); operational alliance in Italy (water & energy)

Stock exchange, multi-utility and MNCs in Rome

- **2003**: Acea starts water operations in Rome ATO under 30-year (non competitive) concession
- **Sustainability**: Investment programme not covered by tariffs; needed for future price increases or public grants
- **Concerns**: Acea with crucial role in planning (asymmetry of information); future demands of private shareholders (Suez) and sustainability

Listing on stock exchange of Bologna's multi-utility

- **1984-2002**: Restructuring of operations under public ownership; satisfactory quality
- **2002 to date**: Hera set up after M&As with nearby multi-utilities and listing on stock exchange (including part of infrastructure)
- **Motivations**: fiscal considerations and commercial ambitions

Listing on stock exchange of Bologna's multi-utility

- **2004**: 20-year water concession awarded to Hera (non competitive, only mock competition among local enterprises)
- **Investments**: Postponed (similar to Arezzo and Rome) and partly funded by public grants
- **Concerns**: Dubious sustainability as resources diverted and not reinvested due to fiscal gains and Hera's dividend policy; doubts on whether expected efficiency passed on to consumers

Wastewater treatment BOTs in Milan

- **BOTs**: 3 plants (2 large ones); long overdues; delays and EU proceedings
- **Issues**: Restricted competition; alleged corruption; soaring costs; MNCs and legal resources
- **Outcomes**: Two French MNCs dominate local market; municipality does not control process

In-house restructuring of water supply and sewerage in Milan

- **Up to 2003**: Direct municipal management with low UFW (10%) but problems with underspend as resources diverted to municipal budget
- **2003 to date**: Direct award of short term concession to municipally-owned PLC MM (avoidance of competitive tender as French MNCs not desirable)
- **Concerns**: MM able to address problems of the past, but mayor considers privatisation for fiscal reasons and commercial ambitions (not sustainability)

Conclusions

- **Fiscal considerations as major driver for privatisation**
- **Empirical evidence does not support arguments in favour of PSP: efficiency; investment finance; transparency and accountability**
- **PPPs appear as unequal partnerships with asymmetry of capacity in favour of MNCs (interest seeking and tactical behaviour)**

Conclusions

- **Dynamics of water pricing and investment under PSP are questionable in terms of sustainability**
- **Fiscal considerations as impediment to exploiting full potential of public water operations**
- **Fiscal considerations are legitimate but more transparency and participation required to adequately address sustainability objectives**

4. Was tut sich in Brüssel?

Simona Wolesa, Österreichischer Städtebund, Brüssel



Was tat sich in Brüssel? Was tut sich in Brüssel?

Simona Wolesa
Österreichischer Städtebund
Büro Brüssel

9. März 2005
WIEN AK Veranstaltung "Privatisierung des Wassersektors in Europa"

VORTRAG - 6 Teile



- 1. VERBAND
- 2. EU-ERFAHRUNG
- 3. KERNFRAGEN/KERNBEGRIFFE
- 4. SITUATION in BXL
- 5. ZUKUNFT
- 6. PROGNOSE

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND - WIEN



- **Verfassungsrechtliche Interessensvertretung der österreichischen Städte**
- **Vertritt Städte bei FAG Verhandlungen und vor Höchstgerichten**
- **Österreichische Städte: Tradition der Subsidiarität & kommunaler Selbstverwaltung**
- **hohe Qualität von Dienstleistungen zu angemessenen Preisen**

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND – BRÜSSEL



- Teil der österreichischen Delegation zur EU, Büro in der Ständigen Vertretung Österreichs
- Interessensvertretung der österreichischen Städte bei EU
- Europäischer Dachverband: *RGRE (Rat der Gemeinden & Regionen Europas)*; **Präsident: Bgm Häupl**

EU - LERNPROZESS



***Naivität gesunken,
Ernüchterung & Fatalismus
gestiegen***

- Öffentliche Dienstleistungen: gigantische wirt. & politische Umwälzungen
- zahlloser “Subsidiaritäts-Schlachtruf”
- Wettbewerbsrecht: besonderer Status
- wichtig: marktorientierte Überprüfung staatlicher Beihilfen



EU - LERNPROZESS

- **neue Schlagwörter**: *Deregulierung, Märkte, Wettbewerb, Effizienz und Liberalisierung*
- **veraltete Schlagwörter**: *Solidarität, soziale Kohäsion und Gemeinschaft*
- **integrierende Politikansätze**: *Feigenblätter für größere wirtschaftliche Effizienz*



EU - LERNPROZESS

Jacques Delors:

- **Sein Binnenmarktprojekt (1985) nicht verwirklicht** *(als Schutz & zur Entwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells gegen Globalisierung & neo-Liberalismus)*
- **Sein EU Integrationsmodell geändert**: *nur neo-liberale Ausrichtung sichtbar*

EU - LERNPROZESS



**Gipfel von Lissabon
attraktive Begleitung für
Herrn Wettbewerb :**

***Madame* Benchmarking**

KERNFRAGEN



Woher Liberalisierungsdruck ?

Warum Wassermarkt ?

KERNBEGRIFFE sog. MANTRAS der MULTIS



Markt ?
Liberalisierung ?
Privatisierung ?
Benchmarking ?
Wettbewerb ?

KRÄFTEFELD BRÜSSEL



Kommission
(EU Interesse;
24 GD)

Parlament
(EU & nationales
Interesse; 732
MdEP, 7 Fraktionen)

Rat
(nat. Interesse;
RAG, ASTV, Fachräte)

EU INSTITUTIONEN

Lobbyisten
(3.000 Büros,
Gewerkschaften,
NGOs, diplomat.
Vertretungen etc)

Europäische Dachverbände
(RGRE, CEEP, UNICE, Eureau
etc.)

Netzwerke
(Eurocities,
Recycling Cities
etc)

EUROPÄISCHE KOMMISSION



- politisch nicht neutral; eigene Agenda
- bevorzugt marktorientierte Lösungen
- hütet Verträge, interpretiert und re-interpretiert
- einige Abteilungen initiieren & dominieren Politik, beeinflussen öffentliche Meinung, regen Diskussion an
- legen Gesetzesvorschläge nur zum richtigen Zeitpunkt vor

EUROPÄISCHE KOMMISSION “Wasser marsch”



- untypisch: kontroversielles Thema; behutsame Vorgangsweise; weitere Studien & Konsultationen
- erklärungsbedürftig: man will ja “nur” Überblick
- auffällig: Gleichbehandlung aller netzgebunden Sektoren (*anders OECD*)
- interessant: im GATS, Mahnung nach Öffnung der Dienstleistungsmärkte

EUROPÄISCHES PARLAMENT



- **Fragiler Meinungsbildungsprozess**
- **Kräfteverhältnis: eher kulturell-historisch
als parteipolitisch:**
 - Liberal-Angelsächsisch
 - Französisch-Belgisch
 - Nord-/Zentraleuropäisch & Italien

RAT DER EU *“Wasser marsch ?”*



- **Gleichheiten: alle EU Regierungen für
mehr Liberalisierung**
- **Ähnlichkeiten : Liberalisierungsprojekte
der Kommission & Privatisierungs-
projekte der Mitgliedstaaten**

LOBBYISTEN



CEEP: (*Weiterentwicklung durch Modernisierung*)

- **Vergleichswettbewerb statt Liberalisierung**
- **Freiwillige Selbstverpflichtung; Stärkung der Wettbewerbs- & Leistungsfähigkeit**
- **vergleichbare/bekannte Rahmenbedingungen**
- **Anpassung der Systeme auf EU Ebene**

LOBBYISTEN



- **(große) private Unternehmen (Suez, RWE-Thames Water, Veolia, Saur...): nicht für totale Marktöffnung, sondern für Förderung von PPP**
- **NGOs: Kampagnen gegen Marktöffnung (z.B. Attac); siehe katastrophale Liberalisierung/Privatisierung in Süd Amerika, Afrika etc.**

LOBBYISTEN WARNUNG der STÄDTE



- **Forderung nach kommunaler Gestaltungsfreiheit**
- **Städte nicht gesichtslose, kapitalistische Gebilde, sie bestehen aus Menschen, deren Stimmen zu hören sind**
- **Was gut für Wirtschaft, ist nicht unbedingt gut für Bevölkerung**
- **Massenmobilisierung möglich**
- **Allgemeinwohl erfordert Regulierung**

ZUKUNFT ***Trendwende oder Verschnaufspause***



World Bank Policy Research Report (Jan 2005)
Reforming Infrastructure –Privatization, Regulation & Competition
und

Kommission - EUROMARKET Studie
(für Mitteilung Frühjahr 05?)

“...introducing competition in the supply of water is far more limited than in other network utilities. Local networks of pipes and sewers remain quintessential natural monopolies.”

ZUKUNFT

Trendwende oder Verschnaufspause



- *“... unbundling is not as attractive because increased competition in supply will likely provide far fewer benefits than in other network utilities”*
- *“...opportunities exist to introduce competition in sewage treatment.... concessions and leases will likely be the most effective way of increasing competition in this sector.”*

PROGNOSE



- **favorisiert: Wettbewerb um Markt, nicht im Markt**
- **nicht zu erwarten: “forsches”, rein ökonomisches Vorgehen (zB Marktöffnung per Gesetz)**
- **zu erwarten: Einzelmaßnahmen (zB Harmonisierungsversuche bei Preisbemessung)**

Autorenliste

Zsolt **Boda**, Ph. D., Institut für Politikwissenschaften, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest, boda@mtapti.hu

Karl Georg **Doutlik**, Dipl. Ing., Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien, karl.doutlik@cec.eu.int

Nikolaus **Geiler**, Dipl.-Biologe, Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Freiburg, nik@akwasser.de

David **Hall**, Direktor der Internationalen Forschungsabteilung Öffentliche Dienste (PSIRU) an der Universität Greenwich, London, D.J.Hall@gre.ac.uk

Roman **Havlicek**, Center for Environmental Public Advocacy, Friends of the Earth, Poniky, Slowakei, havlicek@changenet.sk

Urs **Kamm**, Dipl.Ing. ETH, Leiter Bereich Wasser, Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches, Zürich, u.kamm@svgw.ch

Wolfgang **Lauber**, Dipl.Ing. Dr., Stv. Leiter der Abt. Umwelt und Verkehr, Bundesarbeitskammer, Wien, wolfgang.lauber@akwien.at

Emanuele **Lobina**, PSIRU, Universität Greenwich, London, e.lobina@gre.ac.uk

Vesselina **Penevska**, Dr., Dept. of Sociology, New Bulgarian University, Sofia, veselina.penevska@consultant.bg

Erich **Pramböck**, Dkfm. Dr., Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Wien, post@staedtebund.gv.at

Bruno **Rossmann**, Mag., Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik, Bundesarbeitskammer, Wien, bruno.rossmann@akwien.at

Pavel **Ruzicka**, Trade Union of Workers in Woodworking Industry, Forestry and Management of Water, CMKO, Karlovy Vary, Tschechien, osdlvreqkv@vol.cz

Christoph **Streissler**, Dr., Abt. Umwelt und Verkehr, Bundesarbeitskammer, Wien, christoph.streissler@akwien.at

Herbert **Tumpel**, Mag., Präsident der Bundesarbeitskammer, Wien, herbert.tumpel@akwien.at

Simona **Wolesa**, Dr., Leiterin des Büros des Österreichischen Städtebunds, Brüssel, stb-bxl@skynet.be

Informationen zur Umweltpolitik

„Informationen zur Umweltpolitik“ werden in unregelmäßigem Abstand vom Institut für Wirtschaft und Umwelt der AK herausgegeben und behandeln aktuelle Fragen der Umweltpolitik. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

Bei Interesse an vergriffenen Bänden wenden Sie sich bitte an die Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der AK Wien.

- 1 Thomas Delapina
Umweltpolitik und Produktivität. 1983 (vergriffen)
- 2 Brigitte Unger
Die Bewertung des Nutzens von Umweltpolitik durch verhinderten Schaden. 1983 (vergriffen)
- 3 Harald Glatz/Werner Meißner
Verteilungswirkungen der Umweltpolitik. 1983 (vergriffen)
- 4 Jörn Kaniak
Small is beautiful. 1983 (vergriffen)
- 5 Werner Meißner
Auflagen und Abgaben als Instrumente der Altanlagenanierung. 1983 (vergriffen)
- 6 Werner Meißner
Subventionen als Instrument der Altanlagenanierung. 1983 (vergriffen)
- 7 Werner Meißner
Altanlagenanierung als Programm. 1983 (vergriffen)
- 8 Peter Schneidewind
Öffentliche Investitionserfordernisse im Umweltschutz Das Beispiel Straßenverkehrslärm. 1983 (vergriffen)
- 9 Peter Rosner
Wirtschaftswachstum und Umweltschutz. 1983 (vergriffen)
- 10 Kurt Bayer
Zur Finanzierung von Altanlagenanierung aus Umweltschutzgründen. 1983 (vergriffen)
- 11 Thomas Heinze/Peter Schneidewind
Öffentliche Investitionserfordernisse im Umweltschutz Das Beispiel Abwasserbeseitigung. 1984 (vergriffen)
- 12 Harald Glatz/Wolfgang Hein
Luftreinhaltepolitik Analysen und Maßnahmen. 1984 (vergriffen)
- 13 Harald Glatz/Rainer Juch/Renate Machat/Wolfgang Veit
Wiener Grünraumpolitik. 1984 (vergriffen)
- 14 Robert Luckesch/Günther Scheer
Landwirtschaft und Umwelt. 1984 (vergriffen)
- 15 Energiesparpolitik durch Energieversorgungsunternehmen? Die Übertragbarkeit der US-Modelle auf Österreich ("Tennessee Valley Authority"). 1985 (vergriffen)
- 16 William Stamatiou
Ökonomische Instrumente der Schadstoff- und Lärmbegrenzung im Verkehrssektor. 1985 (vergriffen)
- 17 Harald Glatz
Markt statt Paragraphen? Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik. 1985 (vergriffen)
- 18 Materialien zur kritischen Ökologie. 1985 (vergriffen)
- 19 Harald Glatz/Wolfgang Hein
Daten zur Umweltdiskussion. 1985 (vergriffen)
- 20 Sebastian Alber
Verpackungsverbrauch in Österreich. 1985 (vergriffen)
- 21 Günther Kittel
Pestizide und Umweltrecht Ein internationaler Überblick. 1985 (vergriffen)
- 22 Wolfgang Hein
Klärschlamm - Verwertung oder Beseitigung. 1985 (vergriffen)

- 23 Materialien zu einem Sonderabfallkonzept
Sonderabfalldeponien. 1985 (vergriffen)
- 24 Sebastian Alber
Ökobilanzen von Verpackungssystemen
Theoretische Grundlagen. 1985 (vergriffen)
- 25 Sebastian Alber
Ökobilanzen von Verpackungssystemen
Fallbeispiele für Österreich, 1985 (vergriffen)
- 26 *Materialien zu einem Sonderabfallkonzept
Thermische und chemisch-physikalische
Behandlung von Sonderabfällen.* 1985
(vergriffen)
- 27 *Ökologische und ökonomische Aspekte der
Sammlung, des Transports und der
Entsorgung von Sonderabfällen.* 1986
(vergriffen)
- 28 Stadtentwicklung und Grünraumpolitik. 1986
(vergriffen)
- 29 Hans Glatz
Fremdenverkehr und Umweltbelastung. 1986
(vergriffen)
- 30 Privatrecht und Umweltschutz I. 1986
(vergriffen)
- 31 Strafrecht und Umweltschutz. 1986
(vergriffen)
- 32 Gerhard Hirczi
Emissionsabgaben für die Bereiche Luft und
Wasser - Theoretische Grundlagen. 1986
(vergriffen)
- 33 *Privatrecht und Umweltschutz II.* 1986
(vergriffen)
- 34 *Privatrecht und Umweltschutz III.* 1986
(vergriffen)
- 35 Harald Glatz/Edith Pohl
Innovation und Umweltpolitik. 1986
(vergriffen)
- 36 Sebastian Alber/Helmut Effenberger
Biologische Müllvergasung. 1987 (vergriffen)
- 37 *"Waldsterben" und staatliche Politik in
Österreich Analyse und praktische
Empfehlungen aus sozialwissenschaftlicher
Sicht.* 1987 (vergriffen)
- 38 *Umweltschutz und Arbeitsplätze.* 1987
(vergriffen)
- 39 *Luftreinhaltepolitik Analysen. Daten.
Maßnahmen.* 1987 (vergriffen)
- 40 *Donaubereich Wien.* 1987 (vergriffen)
- 41 *Privatrecht und Umweltschutz IV.* 1987
(vergriffen)
- 42 *Abfallrelevante Verpackungsdaten für
Österreich.* 1987 (vergriffen)
- 43 *Gewerkschaften und Umweltpolitik.* 1987
(vergriffen)
- 44 Gerhard Hirczi
Die Abwasserabgabe Internationale
Erfahrungen - Anwendbarkeit für Österreich.
1987 (vergriffen)
- 45 Ingeborg Pirke
Die Finanzierung der Altlastensanierung.
1987 (vergriffen)
- 46 *Der Reaktorunfall von Tschernobyl
Störfallfolgen und Strahlenbelastung -
Auswirkungen und Maßnahmen in Österreich.*
1987 (vergriffen)
- 47 Werner Robert Svoboda
*Vollzugsdefizite im Umweltschutz I Überblick
über die Implementationsforschung.* 1988
(vergriffen)
- 48 Werner Robert Svoboda
*Vollzugsdefizite im Umweltschutz II
Gewerberechtliche Genehmigung - Rolle der
Sachverständigen.* 1988 (vergriffen)
- 49 Werner Niederle
*Schadstoffbegrenzung bei Dieselmotoren -
Fahrzeugtechnische Möglichkeiten.* 1988
(vergriffen)
- 50 Jan C Bongaerts/R Andreas Kraemer
*Haftung für Umweltschäden und Anreize zur
Vorsorge.* 1988 (vergriffen)
- 51 *Betriebsgeheimnis Schadstoffe?.* 1988
(vergriffen)
- 52 *Umweltpolitik und EG.* 1988 (vergriffen)
- 53 *Chemiepolitik.* 1988 (vergriffen)
- 54 Gerhard Hirczi
*Emissionsabgaben als Instrumente der
Luftreinhaltepolitik.* 1988 (vergriffen)
- 55 Thomas Wiederstein
Landwirtschaft und Wasserbelastung. 1989
(vergriffen)
- 56 *Umweltpolitik und EG II.* 1989 (vergriffen)
- 57 *Chlorierte Kohlenwasserstoffe als
Lösungsmittel.* 1990 (vergriffen)
- 58 Wolfgang Lauber
Umweltpolitik der EG zum Wasser I. 1989
(vergriffen)

- 59 Wolfgang Lauber
Umweltpolitik der EG zum Wasser II. 1989 (vergriffen)
- 60 Wolfgang Lauber
Umweltpolitik der EG zum Wasser III. 1989 (vergriffen)
- 61 *Transitgüterverkehr und Umweltbelastung.* 1989 (vergriffen)
- 62 Harald Glatz/Wolfgang Hein/Edith Pohl
Gedanken zum ökologischen Umbau des Steuersystems. 1989 (vergriffen)
- 63 *Umwelt und Öffentlichkeit.* 1989 (vergriffen)
- 64 Wolfgang Lauber
Zellstoffindustrie und Gewässerschutz in Österreich. 1989 (vergriffen)
- 65 *Haftung für Umweltschäden.* 1990 (vergriffen)
- 66 Walter Scharf/Sebastian Kux
Altpapier. 1990 (vergriffen)
- 67 *Umweltschutz. Qualifikation und berufliche Bildung.* 1990 (vergriffen)
- 68 Harald Glatz/Cornelia Krajasits/Edith Pohl
Mehr Markt oder mehr Staat in der Umweltpolitik? 1990 (vergriffen)
- 69 Wolfgang Lauber
Gedanken zur Einführung einer Abwasserabgabe in Österreich I. 1990 (vergriffen)
- 70 Kurt Kratena
Sektoraler Strukturwandel, Umweltbelastung und Beschäftigung. 1990 (vergriffen)
- 71 Wolfgang Hein/Wolfgang Lauber
Stromtarife und Energiesparen. 1991
- 72 Erika Furgler
Öko-Schmäh oder Information. 1991
- 73 *Der Zustand der Umwelt.* 1991 (vergriffen)
- 74 Wolfgang Hein
Energien der Zukunft - warum nicht schon heute? 1991
- 75 Wolfgang Lauber
Gedanken zur Einführung einer Abwasserabgabe in Österreich II. 1991
- 76 *Least-Cost-Planning Erfahrungen im Ausland - Möglichkeiten für Österreich.* 1991
- 77 *Wasser in der Großstadt.* 1992
- 78 *Vollzugsdefizite im Umweltrecht - Am Beispiel des gewerblichen Betriebsanlagenrechts.* 1992
- 79 Frieda Andorfer
Österreichisches Abfallrecht und europäischer Binnenmarkt. 1992 (vergriffen)
- 80 *Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Abfallprojekten.* 1992 (vergriffen)
- 81 Harald Glatz (Hrsg.)
Umweltpolitik und EG III. 1992
- 82 Cornelia Mittendorfer
Vollzugsdefizite im Umweltrecht II - Überlegungen zur Verbesserung der Vollzugssituation. 1992
- 83 Günther Kittel/Helmut Bohacek
Vergleich von Grenzwerten im Umweltschutz und Arbeitnehmerschutz. 1992
- 84 Wolfgang Lauber (Hg)
Hausmüllverbrennung - Zwischen Akzeptanz und Ablehnung. 1993, (vergriffen)
- 85 Franz Leutgeb (Hg)
Perspektiven der Chemiepolitik I - Chemiepolitik und Arbeitnehmerpolitik. 1993
- 86 Cornelia Mittendorfer
Umweltbeauftragte im Betrieb. 1993
- 87 Harald Glatz/Ditmar Wenty (Hg)
Energie aus Biomasse - Ausweg oder Sackgasse. 1993 (vergriffen)
- 88 Franz Leutgeb (Hg)
Perspektiven der Chemiepolitik II - Leitbilder und Instrumente. 1993
- 89 Harald Glatz (Hg)
Perspektiven der Chemiepolitik III - Chlorchemie. 1993
- 90 Franz Leutgeb (Hg)
Perspektiven der Chemiepolitik IV - Chemiepolitik national und international. 1993
- 91 Cornelia Mittendorfer
Eine Lobby für den Umweltschutz - Thesen zu Umweltbeauftragten im Betrieb. 1993 (vergriffen)
- 92 Ditmar Wenty/Alfred Schwinghammer (Hg)
Solarenergienutzung "Wunsch und Wirklichkeit". 1993
- 93 *Einschätzung der Hausmüllverbrennung als Abfallbehandlungsverfahren.,* 1993
- 94 Wolfgang Lauber
Cadmium in Österreich 1993
- 95 Erich Pospischil
Bauchemie - Gefahrenstoffe in der Bauwirtschaft. 1993 (vergriffen)

- 96 Anton Sapper/Georg Schadt
Möglichkeiten und Grenzen der Ökologisierung von Abwasser- und Abfallgebühren, 1993 (vergriffen)
- 97 *Ökologische Perspektiven für Österreich – 20 Jahre Umweltpolitik der AK*. 1993
- 98 Werner Hochreiter
Abfallwirtschaft und EU. 1994 (vergriffen)
- 99 Thomas Ritt
Verteilungswirkungen von Energiesteuern. 1994
- 100 *AK – Umweltprogramm*. 1994
- 101 Andreas Käfer
Luftverkehr und Umweltauswirkungen. 1994
- 102 Franz Rauchenberger
Nitrat im Grundwasser. 1994
- 103 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) vergriffen
Umweltzeichen und Öko-Audit. 1994
- 104 Werner Hochreiter
Abfallwirtschaft privat oder öffentlich? 1994
- 105 Sepp Eisenriegler, Harald Glatz (Hrsg.)
Brav getrennt und dann ...? 1994
- 106 Angela Köppl, Claudia Pichl
Entsorgungswirtschaft in Österreich I – Branchenstudie. 1994 (vergriffen)
- 107 Susanne Kummerer, Günther Kittel
Entsorgungswirtschaft in Österreich II, Arbeitsbedingungen in der Entsorgungswirtschaft. 1994
- 108 Uwe Schubert, Martin Büchele, Alois Flatz
Stoffstrommanagement am Beispiel der Elektronikbranche. 1994
- 109 Sepp Eisenriegler, Harald Glatz (Hrsg.)
Von der Abfallwirtschaft zum Stoffstrommanagement. 1994
- 110 Wilfried Schönböck (Hrsg.)
Kosten und Finanzierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Österreich. 1995 (vergriffen)
- 111 Harald Glatz
Österreichische Umweltpolitik, Eine kritische Einschätzung der Instrumente. 1995
- 112 Gabriele Hrauda
Checkpoint Umwelt – Brauereien. 1995
- 113 Ditmar Wenty, Alfred Schwinghammer
Vom Stromerzeuger zum Energiedienstleistungsunternehmen. 1995 (vergriffen)
- 114 Thomas Ritt
Standort, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz. 1995
- 115 Renate Gabriel
Elektroaltgeräte in Österreich, Übernahme, Demontage und Aufarbeitung. 1996
- 116 Thomas Ritt
Ökologische Steuerreform. 1996
- 117 Herbert Laa, Claudia Palt
Umweltbeauftragte II – Vom Ingenieur zum Prozeßverantwortlichen. 1996
- 118 Christian Schrefel, Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Agenda 21, Nachhaltigkeit – Die Herausforderung. 1997
- 118a (In englischer Sprache erschienen)
- 119 Mathias Grandosek, Cornelia Kühhas, Wolfgang Lauber
Angst vor der Öffentlichkeit? Der Umgang von Behörden und Betrieben mit der Störfallinformation. 1997
- 120 Goldschmid Helga, Hauer Walter
Kosten der Abfallwirtschaft für Konsumenten. 1997
- 121 Oliver M. Fritz, Edith Kranvogel, Helmut Mahringer
Die Beschäftigungssituation im Umweltbereich – Eine empirische Untersuchung für Österreich, Umwelt und Arbeit I. 1997
- 122 Angela Köppl, Claudia Pichl
Wettbewerbsvorteile durch umweltorientierte Innovation – Überprüfung der First-Mover-These, Umwelt und Arbeit II. 1997
- 123 Michael Kosz
Integrierter Umweltschutz und Arbeit – Erste Erfahrungen und langfristige Perspektiven, Umwelt und Arbeit III. 1997
- 124 Thomas Ritt (Hrsg.)
Umwelt und Arbeit – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Umwelt und Arbeit IV. 1998
- 125 Franz Kok, Reinhard Steurer
Klimaschutzpolitik in Österreich – Ziele, Maßnahmen, Umsetzungsstand, Hemmnisse und Empfehlungen. 1998
- 126 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Osterweiterung, Umwelt- und Verkehrsfragen
- 127 Christian Onz, Christoph Streissler
Altlastensanierung in Österreich – Regelungs- und Vollzugsprobleme. 1998

- 128 Werner Hochreiter
Das Projekt „nachsorgefreie Deponie“ vor dem Scheitern? 1998
- 129 Oskar Grün, Julia Michl, Herbert Haller, Anita Eder
Genehmigungsverfahren bei Betriebsanlagen, Dauer, Beschleunigungspotentiale, Effizienz – Maßnahmenhandbuch. 1998
- 130 Waltraud Winkler-Rieder, Dieter Pesendorfer
Landwirtschaft und Kulturlandschaft – Zur internationalen Diskussion. 1998
- 131 Christine Podlipnig, Wolfgang Stock
Wegefreiheit im Wald – Umwelt im Interessenkonflikt. 1998
- 132 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Abfallpolitik und Konsumenteninteressen - Nationale Erfahrungen im europäischen Vergleich - Künftige Regelungen für Altautos und Elektroaltgeräte am Prüfstand. 1999
- 133 Renate Gabriel
Autoverwertung - Fallstudien zur Behandlung von Alt-Pkw in Autoverwertungsbetrieben. 1999
- 134 Österreichisches Institut für Raumplanung
Verkehrsentwicklung in Österreich Verkehrsmengen und Emissionen auf wichtigen Straßen. 1999
- 135 Manfred T. Kalivoda
Verkehrslärmschutz in Österreich Maßnahmen und Aufwände im Vergleich je Verkehrsträger Schienen-, Straßen- und Luftverkehr. 2000
- 136 Manfred T. Kalivoda
Verkehrslärmschutz in Österreich – Teil II Anteil des LKW-Verkehrs am Straßenverkehrslärmproblem. 2000
- 137 Ralf Aschemann
Umweltfolgen von Gesetzen Ausländische Erfahrungen mit a priori-Abschätzungen – Möglichkeiten für Österreich? 1999
- 138 Christian Onz
Deregulierung im Umweltrecht Ein Überblick. 1999
- 139 Eckart Hildebrandt, Eberhard Schmidt (Hg.)
Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz Die ökologische Erweiterung der industriellen Beziehungen in der Europäischen Union. 2000
- 140 Mario Offenhuber
Wegefreiheit im Wald II Historische Entwicklung in Österreich Mit einem Anhang über das Betretungsrecht in Schweden, Schweiz und Deutschland. 2000
- 141 Österreichisches Institut für Raumplanung
Verkehrsentwicklung und Schadstoffemissionen im Straßennetz von Wien. 2001
- 142 Klaus Federmair
Unternehmensverflechtungen in der österreichischen Entsorgungswirtschaft. 2001
- 143 Werner Hochreiter, Christoph Streissler, Walter Hauer
Lenkungswirkung und Verwendung des Altlastenbeitrags – Beiträge zur Umsetzung der Deponieverordnung und zur Reform der Altlastensanierung in Österreich. 2001
- 144 Oliver Fritz, Michael Getzner, Helmut Mahringer, Thomas Ritt
Umwelt und Beschäftigung Strategien für eine nachhaltige Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung. 2001
- 145 Michael Hecht
Partizipation und Access to Justice im Umweltbereich – Umsetzung der Aarhus-Konvention in Österreich. 2001
- 146 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Abfallpolitik zwischen Nachhaltigkeit und Liberalisierung – Das Projekt „Gesamtreform“ aus Arbeitnehmer- und Konsumentensicht. 2001
- 147 Beate Littig, Erich Griesler
Umwelt und Arbeit – Integrierter Umweltschutz; Innerbetriebliche Veränderung und Partizipation. 2001
- 148 David Hall, Klaus Lanz
Kritik der Studie von PricewaterhouseCoopers über Wasserver- und Abwasserentsorgung. 2001
- 148a (In englischer Sprache erschienen)
- 149 Thomas Ritt (Hrsg.)
Soziale Nachhaltigkeit Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit ? 2002
- 150 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Wasser zwischen öffentlichen und privaten Interessen – Internationale Erfahrungen. 2002

- 151 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Umwelthaftung - bitte warten. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Umwelthaftung – Wem nützt er wirklich ? 2002
- 152 Michael Hecht
Das rechtliche Umfeld des Berichts von PricewaterhouseCoopers zur österreichischen Siedlungswasserwirtschaft. 2003
- 153 Bände 1-5
Wilfried Schönböck et.al.
*Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft.*2003
- 153/Band 1: *Länderstudie Österreich.*2003
- 153/Band 2:*Länderstudie England und Wales.*2003
- 153/Band 3:*Länderstudie Frankreich.*2003
- 153/Band 4:*Überblicksdarstellungen Deutschland und Niederlande.*2003
- 153/Band 5:*Systemvergleich vor europäischem und ökonomischem Hintergrund.*2003
- 154 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Was kostet die Umwelt ? GATS und die Umweltrelevanz der WTO-Abkommen Tagungsband.2003
- 155 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Ausverkauf des Staates ? Zur Privatisierung der gesellschaftlichen Infrastruktur, Tagungsband. 2003
- 156 Thomas Gutwinski, Christoph Streissler (Hrsg.)
Umweltschutz- und ArbeitnehmerInnenenschutz- Managementsysteme. 2003
- 157 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Bestrafung von Unternehmen – Anforderungen an die kommende gesetzliche Regelung aus ArbeitnehmerInnen- und KonsumentInnen-sicht, Tagungsband. 2003
- 158 *Was kostet die Umwelt? Wie umweltverträglich ist die EU?* Tagungsband. 2004
- 159 Walter Hauer
Schutz von Getränkemehrwegsystemen – Aufarbeitung fachlicher Grundlagen anlässlich der Aufhebung der Getränkeziele durch den Verfassungsgerichtshof. 2003
- 160 Beate Littig, Erich Grießler
Soziale Nachhaltigkeit. 2004
- 161 Hans Huber Abendroth
Der „Wasserkrieg“ von Cochabamba. Zur Auseinandersetzung um die Privatisierung einer Wasserversorgung in Bolivien. 2004
- 162 *Hauptsache Kinder! Umweltpolitik für Morgen* Tagungsband. 2004
- 163 Österreichisches Institut für Raumplanung
Verkehrsmengen und Verkehrsemissionen auf wichtigen Straßen in Österreich 1985 – 2003. 2004
- 164 *Einflußfaktoren auf die Höhe der Müllgebühren,* 2005
- 165 *Anteil des LKW-Quell-Ziel-Verkehrs sowie dessen Emissionen an gesamten Straßengüterverkehr in Wien* Österreichisches Institut für Raumplanung, 2006